



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

79. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 17. Oktober 2014, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

	Dietmar Eifler, CDU	24
	Jochen Schulte, SPD	25
	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	30
	B e s c h l u s s	32
Antrag der Fraktion DIE LINKE Evaluierung und Fortschreibung des Aktionsplans Klimaschutz Mecklenburg-Vorpommern 2010 – Drucksache 6/3336 –	3	
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	3, 11	
Minister Christian Pegel	4, 10	
Jürgen Seidel, CDU	5, 13	
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7	
Rudolf Borchert, SPD	8, 14	
David Peterreit, NPD	10	
Peter Ritter, DIE LINKE	14	
B e s c h l u s s	15	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Offshore-Konzept für Mecklenburg- Vorpommern entwickeln – Drucksache 6/3331 –	15	
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15, 29	
Minister Christian Pegel	17	
Rudolf Borchert, SPD	20	
Regine Lück, DIE LINKE	22	
	Antrag der Fraktion der NPD Innere Sicherheit stärken – Polizeiarbeit fördern – Drucksache 6/3346(neu) –	42
	Antrag der Fraktion DIE LINKE Bei Neuordnung der Bund-Länder- Finanzbeziehungen Landtage und Kommunen beteiligen – Drucksache 6/3335 –	32
	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/3388 –	32
	Jeannine Rösler, DIE LINKE	32, 42
	Ministerin Heike Polzin	33
	Burkhard Lenz, CDU	36
	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	37
	Thomas Schwarz, SPD	39
	Udo Pastörs, NPD	40
	B e s c h l u s s	42

Tino Müller, NPD	43, 45
Peter Ritter, DIE LINKE	44
David Petereit, NPD	46
Stefan Köster, NPD	47
 B e s c h l u s s	 47

Nächste Sitzung

Mittwoch, 12. November 2014	47
-----------------------------------	----

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 79. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen die Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Evaluierung und Fortschreibung des Aktionsplans Klimaschutz Mecklenburg-Vorpommern 2010, Drucksache 6/3336.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Evaluierung und Fortschreibung
des Aktionsplans Klimaschutz
Mecklenburg-Vorpommern 2010
– Drucksache 6/3336 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich mit einem Zitat beginnen: „Mit dem Schutz des Klimas stehen wir vor einer der größten Herausforderungen der Menschheit. Um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, ist die Reduktion von Treibhausgasemissionen unerlässlich.“ So ist es im Aktionsplan Klimaschutz Mecklenburg-Vorpommern 2010 zu lesen. Die Bilanz für das Klima ist aktuell weder nachhaltig noch wirtschaftlich vernünftig. Nun ist es nicht nur so, dass die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre seit Beginn der Industrialisierung stark angestiegen ist, die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen wurde in den letzten 25 Jahren ausgestoßen. Nie war die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre so hoch wie heute – Tendenz steigend.

Eine drastische Reduzierung der Emissionen ist dringend erforderlich, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt, wenn es überhaupt noch eine Chance geben soll, das von allen Fachleuten als magische Grenze bezeichnete 2-Grad-Ziel zu schaffen oder zu erhalten. Die Realität lässt allerdings wenig Hoffnung.

Und in Deutschland? Die Kanzlerin war mal für kurze Zeit in die Rolle einer Klimakanzlerin geschlüpft. Deutschland sollte Vorreiter in Sachen Klimaschutz sein.

(Egbert Liskow, CDU:
Sind wir ja auch. Sind wir ja auch.)

Aber wie sieht es aus? Ein Beispiel: Der Anteil der Stromproduktion aus Braun- und Steinkohle ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und die deutlich weniger schädlichen Gaskraftwerke stehen still. Der CO₂-Ausstoß steigt. Ich habe gerade in der Zeitschrift „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ in der neuesten Ausgabe gelesen, dass Deutschland heute der fünftgrößte CO₂-Emittent ist in der Welt, und das trotz wachsenden Anteils des Grünstroms.

Das ist nicht nur Energiewende paradox, wir tragen dazu bei, dass klimaschädliche Emissionen weltweit steigen.

Mit anderen Worten: Es läuft aktuell etwas ziemlich schief in Deutschland. Gelingt es uns nicht, in absehbarer Zeit die Umkehr zu schaffen, werden wir es in den kommenden Jahrzehnten mit drastischen Auswirkungen zu tun bekommen. Diese werden regional sehr unterschiedlich sein. Schon heute ist es so, dass die ärmsten Länder und Regionen am stärksten betroffen sind, obwohl sie zum Klimawandel gar nicht oder nur in geringem Maße beitragen.

Es scheint so zu sein, dass Mitteleuropa zu den Regionen gehört, die relativ glimpflich davonkommen könnten. Aber auch Mecklenburg-Vorpommern verbucht jetzt schon steigende Kosten für den vorbeugenden Küstenschutz zum Beispiel. Die Landwirte stöhnen über die in immer kürzerer Folge auftretenden Extremwetterereignisse – Regen und Hochwasser und andererseits lang anhaltende Trockenperioden.

(Burkhard Lenz, CDU: Wer sagt das?)

Neue Schädlinge und Krankheiten sind entweder schon da oder auf dem Weg zu uns und wir haben noch kein richtiges Konzept dagegen. Zudem wage ich zu prognostizieren, dass das Elend und Leid, das die sogenannte Erste Welt in die ärmsten Regionen der Welt gebracht hat, in Form von wachsenden Flüchtlingsströmen zu uns zurückkommt. Im Moment sind es noch überwiegend Flüchtlinge, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen. Aber die Klimaflüchtlinge, die Armutsflüchtlinge werden mehr. Und irgendwann wird die Mauer, die Deutschland mit sogenannten sicheren Drittländern um sich errichtet, nicht mehr hoch genug sein.

Allen negativen Prognosen zum Trotz: Klimaschutzpolitik ist nicht populär, sie kostet Geld, und die Auswirkungen – negative wie positive – sind nicht unmittelbar zu sehen oder zu spüren.

Es ist verständlich, dass der einzelne Mensch zuerst an die Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse denkt, und dann erst an Politik. Das wusste schon Karl Marx. Aber Politik beeinflusst das Denken. Und zurzeit ist es so, dass Klimaschutzpolitik in der öffentlichen Wahrnehmung eine immer geringere Rolle spielt. Die sehr mageren beziehungsweise nicht vorhandenen Ergebnisse internationaler Klimakonferenzen tragen leider dazu bei. Zudem ist es sehr leicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen und zu sagen: Solange die nicht zu Einsichten kommen, halten wir uns auch zurück. Meist wird noch hinzugefügt: im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist das immer wieder zu hören. Insgesamt ist nach größeren deutschen und europäischen Fortschritten in Sachen Klimaschutz seit einiger Zeit Stagnation und sogar Verschlechterung festzustellen. Der europäische Emissionshandel, ein weiteres Beispiel – immerhin das zentrale Instrument der EU-Klimaschutzpolitik –, hat versagt. Darüber haben wir schon öfters geredet. Die Lenkungswirkung tendiert gegen null. Statt CO₂ zu sparen, wird der Emissionshandel zum Goldesel für Aktieninhaber.

Von Anfang an hatten wir in Bund und Land gewarnt, Stahl-, Energie- und Chemiekonzernen, Bankdirektoren und Börsianern den Klimaschutz zu überlassen. Warum sollte ausgerechnet der Markt, der allein dem Gesetz von Wachstum und Profit folgt, die Erderwärmung aufhalten? Stattdessen haben zehn Firmen, wie ThyssenKrupp und BASF, allein mit überschüssigen Klimazertifikaten bis

2010 über 780 Millionen Euro verdient. Verbindliche Reduktionsziele braucht die Wirtschaft. Dafür ist Politik zuständig und das muss sie auch tun. Sie ist verantwortlich für konkrete Zielvorgaben und deren Umsetzung, auch um schädliche Marktmechanismen zu beseitigen. Und sie soll nicht nur Vorschriften erlassen. Politik muss aufklären und vor allem muss sie Vorbild sein. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, bei der es aber auf jeden einzelnen Akteur ankommt. Jede Tonne vermiedener CO₂-Ausstoß, egal wo auf der Erde, ist dabei wichtig.

Meine Fraktion behauptet nicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern nichts für den Klimaschutz getan wird. Wir sind sogar der Meinung, dass Mecklenburg-Vorpommern gar nicht so schlecht dasteht.

(Heinz Müller, SPD: Aha! –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ganz verstecktes Lob.)

Die relativ kurze Geschichte von Klimaschutzprogrammen der Landesregierung zeigt aber eines: Wir können noch viel mehr tun, Herr Kollege Ringguth. Dazu bedarf es allerdings einer klaren Handlungsstrategie der Landesregierung für die Ausrichtung der eigenen Politik und für das Auftreten im Bund. Der Aktionsplan Klimaschutz ist durchaus ein geeignetes Instrument dafür. Aber schon bei der letzten Evaluierung hat meine Fraktion bemängelt, dass die Landesregierung zu zaghaft war. Wir vermissten konkrete Zielvorgaben, zum Beispiel bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Wir vermissten konkrete Zielvorgaben bei der Energieeffizienz. Wir vermissten konkrete Festlegungen beim Energiesparen. Und wir kritisierten die schon bei der Veröffentlichung zum Teil überholten Zahlen.

Aus Sicht meiner Fraktion ist es an der Zeit, mit dem heutigen Wissen und dem heutigen Vermögen diesen Plan neu zu bewerten, zu hinterfragen und auf seine Umsetzung zu schauen. Sie alle wissen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien viel weiter ist, als 2010 prognostiziert wurde. Und wir wissen auch, dass an der Vorbildrolle der öffentlichen Verwaltung noch gearbeitet werden kann, um es mal freundlich zu formulieren.

Deshalb schlägt Ihnen meine Fraktion vor, den Aktionsplan Klimaschutz Mecklenburg-Vorpommern bis zum 31. März 2015 zu evaluieren und als zweiten Schritt bis zum 31. Dezember 2015 fortzuschreiben. Und dabei ist es Zeit für konkrete Festlegungen von Zielen und Maßnahmen auf Gebieten, auf die die Landesregierung direkt Zugriff hat, also auch für die gesamte Landesverwaltung.

Wie wollen wir sonst die Menschen motivieren, ihr eigenes Handeln zu hinterfragen und selbst etwas für den Klimaschutz zu tun? Wie wollen wir sonst die Unternehmen unseres Landes mit ins Boot holen? Beides brauchen wir – das Bewusstsein des ganz normalen einzelnen Menschen und darunter auch des Unternehmens.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beweisen Sie Mut! Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis

zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst meinerseits einen guten Morgen!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Guten Morgen!)

Konzepte stehen ja oft am Anfang eines langen Weges. Und es sind hier auch Konzepte angesprochen worden, die in den letzten zehn, zwölf Jahren entstanden sind. In Sachen Klimaschutz – und da trifft sich mein Wortbeitrag in Teilen mit dem von Ihnen, Frau Abgeordnete Schwenke – glaube ich, dass dieses Land längst aktiv auf diesem Weg unterwegs ist. Konzepte stehen am Anfang. Ich glaube, wir sind schon auf einem Weg. Dies flankiert die Landesregierung durch die Erstellung eines Energiekonzeptes, mit dem eine ganz wesentliche Facette des Klimaschutzes in unserem Bundesland weiter ausgestaltet werden soll. Dieses Energiekonzept behandelt ganz wesentliche Aspekte des Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern. Wie in der Fragestunde – ich glaube, im letzten Landtagszyklus – der Landtagssitzung bereits mitgeteilt, befinden wir uns im Energieministerium derzeit in der internen Endredaktion des Energiekonzeptentwurfes. Es wird danach noch einmal eine Ressortabstimmung geben, und ich gehe davon aus, wie damals auch schon avisiert, dass wir spätestens zum Jahresende eine öffentliche Diskussion zu dem Energiekonzept führen werden, an der dann selbstverständlich auch die Gremien dieses Hohen Hauses Anteil haben werden.

Ich halte es für außerordentlich sinnvoll, dass wir alle Facetten der Energiewende – und dazu zählt der Klimaschutz – in einem zentralen Konzept bündeln. Und dies soll nach Überzeugung der Landesregierung eben dieses künftige Energiekonzept sein.

Ich erlaube mir aber gleichermaßen den Hinweis, und damit knüpfe ich auch ein ganzes Stück weit an Ihre Hinweise an, dass wir Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern längst auf allen Ebenen, die wir staatlicherseits im Kommunalen haben, praktisch realisieren, praktisch leben. Dies zeigt sich, glaube ich, auch darin, dass wir spätestens 2014 aller Voraussicht nach rein rechnerisch, bilanziell wohl gemerkt, den in unserem Bundesland verbrauchten Strom zu 100 Prozent aus regenerativen Energieerzeugungsquellen bezogen haben werden. Dies werden wir – auch wenn ich es mir für andere Bundesländer wünschen würde, dass die auch 100 Prozent zeitnah schaffen oder wenigstens 50 Prozent – auf andere Bundesländer nur durch deren aktives Tun ausdehnen können. Ein Klimaschutzkonzept, das wir uns für unser Bundesland geben, wird die dortigen 50 oder 100 Prozent Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen nicht erreichen. Dies werden eben diese anderen Bundesländer in ihren Konzepten festschreiben müssen, aber vor allem – und das ist mir viel wichtiger, ich glaube, Konzepte sind nur ein Bruchteil der Miete – in ihrem realen praktischen Klimaschutzhandeln vor Ort umsetzen müssen.

Gleiches gilt für den von Ihnen angesprochenen europäischen Emissionshandel. Auch den wird – ein europäischer Emissionshandel, ich betone es gern noch mal – ein Landesenergie-, ein Landesklimaschutzkonzept nicht erreichen und nicht verändern können, ebenso wenig die von Ihnen eben genannten zehn größten Emittenten in Deutschland – bei der Kritik des Emissionshandels sind wir dicht beieinander –, aber auch die liegen, soweit ich das bisher überschaue, allesamt nicht in diesem Bundesland. Wir werden also mit Maßnahmen, mit konzeptionellen Ansätzen die zehn größten Emittenten, die in anderen Bundesländern liegen, nicht erreichen können.

Der praktisch gelebte Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern wird auch praktisch in der Förderung von Unternehmen und Kommunen durch das Land mit europäischen Fördermitteln im Rahmen der Klimaschutzrichtlinie erkennbar. Wir ermöglichen damit praktizierten Klimaschutz vor vielen kleinen eigenen Haustüren und geben damit die von Ihnen geforderte Vorbildwirkung nach meiner Überzeugung gerade in diesen vielen kleinen praktischen Maßnahmen und in Anreizwirkung. Und wir helfen mit dieser praktischen Umsetzung, dass die nationalen und internationalen Zielsetzungen auch lebenspraktisch vor Ort realisiert und aufgegriffen werden können. Gerade diese praktische Hilfe für Kommunen, Verbände und Vereine sowie Unternehmen im Land werden wir auch – darüber haben wir bereits gesprochen – in der nächsten EU-Förderperiode fortsetzen. So werden künftig 4 Millionen Euro pro Jahr für CO₂-mindernde Maßnahmen in Unternehmen als Fördermöglichkeiten bereitstehen. Knapp 2 Millionen Euro pro Jahr werden für Fördermöglichkeiten der Kommunen in der neuen Förderperiode pro Jahr bereitgestellt werden können. Diese Gelder stehen beispielsweise für Aktivitäten in Unternehmen und Kommunen in Sachen Elektromobilität bereit. Ebenso werden auch weiterhin Energieeffizienzmaßnahmen unterstützt werden können.

Ein Schwerpunkt wird weiterhin auch die Investitionshilfe für die Wärmeerzeugung – wir gucken ja immer ganz stark auf die Stromerzeugung, auf die Stromwende – aus regenerativen Erzeugungsquellen sein. Hierzu gehört insbesondere auch die Infrastruktur, die wir beispielsweise für die Wärmeerzeugung aus Nahwärmenetzen dringend brauchen, damit dann die entsprechende Wärmequelle bis zu den Haushalten kommen kann.

Wir knüpfen damit an die erfolgreiche Arbeit der abgelauteten EU-Förderperiode oder der gerade im Ablaufen befindlichen EU-Förderperiode an. Allein im laufenden Jahr 2014 haben wir aus Mitteln der letzten EU-Förderperiode bisher – wohlgemerkt bisher – 84 Zuwendungsbescheide an Kommunen überreicht. Insgesamt sind dabei Zuschüsse in Höhe von 6,4 Millionen Euro vergeben worden. Damit war es möglich, mit 6,4 Millionen Euro haben wir Gesamtinvestitionen von gut 18,8 Millionen Euro auslösen können. Durch die geförderten Maßnahmen werden in Zukunft jährlich – ich betone, pro Jahr – knapp 14.000 Tonnen CO₂-Ausstoß im Land eingespart werden. Ich glaube, dass wir damit einen sehr praktischen Nutzen für den Klimaschutz gestiftet haben.

Um dieses Ziel von 14.000 Tonnen CO₂-Einsparungen pro Jahr einmal ein bisschen zu quantifizieren, in Bilder zu fassen, will ich gern eine Vergleichsgröße benennen: Ein Mittelklasse-Pkw mit einer angenommenen jährlichen Fahrleistung von 15.000 Kilometern emittiert rund 2,25 Tonnen. Eben sagte ich, 14.000 Tonnen können

wir einsparen. Ein Mittelklassewagen emittiert rund 2,25 Tonnen CO₂ pro Jahr. Damit wird also – wenn man es rechnerisch betrachtet – allein durch die im laufenden Jahr 2014 bisher bereits geförderten Projekte die jährliche Emission von rund 6.200 Mittelklassewagen eingespart werden.

Lassen Sie mich gern auf ein ganz konkretes praktisches kleines Projekt gucken, weil ich glaube, dass wir von vielen kleinen praktischen Projekten leben, wenn wir Klimaschutz machen wollen: Der Zweckverband Kühlung betreibt im Auftrag der umliegenden Gemeinden eine Kläranlage in Neubukow. Wir fördern dort eine Abwasserpumpe zur Beheizung des Betriebsgebäudes. Derzeit wird das Gebäude noch mit Nachtspeicheröfen und Heizlüftern beheizt. Mit der vorgesehenen Nutzung der natürlichen Wärme des Abwassers – ich weiß, beim ersten Zuhören kein besonders schönes Thema –, aber mit der natürlichen Wärme des Abwassers, die im Klärwerk ankommt, kann die jährliche Energieeinsparung von circa 28.800 Kilowattstunden erreicht werden, durch diese Wärmetauscher, und eine jährliche Emissionsminderung von knapp 16,6 Tonnen erreicht werden.

Diese vielen kleinen Projekte brauchen Sie, um den Klimaschutz zu erreichen, und Sie brauchen die Kreativität vor Ort. Sie werden nie diese Vielfalt an Ideen in ein Landeskonzept packen können. Sie brauchen immer die, die vor Ort eine Idee haben. Und da haben wir ja zwischenzeitlich einen sehr breiten Fächer erreicht.

Ich hoffe, dass ich mit der kurzen Bilanz der im laufenden Jahr – nur in diesem Jahr, da gucken wir noch nicht auf die vorangegangenen Jahre – geförderten Projekte und dem eben geschilderten kurzen Beispiel aufzeigen konnte, dass bei uns im Land Klimaschutz längst politische Praxis geworden ist. Diese längst geübte Klimaschutzpraxis wird künftig flankiert werden durch die Diskussion zum Energiekonzept. Wir geben uns damit auch weiterhin einen theoretischen Rahmen mit Zielen durch das Energiekonzept vor. Wir wollen aber Klimaschutz insbesondere praktisch betreiben, und zwar auf allen Ebenen – Land, Kommunen, Kreise. Hierzu gehört insbesondere, dass wir auch weiterhin Unternehmen und Kommunen durch Förderungen helfen werden, viele kleine, aber für den Klimaschutz sehr hilfreiche Einzelmaßnahmen tatsächlich zu realisieren.

Die Landesregierung will eben diesen eingeschlagenen Weg des praktischen Klimaschutzes engagiert fortsetzen, und hierbei sind insbesondere die Worte „praktischer Klimaschutz“ besonders bedeutsam. Konzeptionell werden wir dies im Energiekonzept untersetzen.

Lassen Sie uns gemeinsam gerade auch an diesem praktischen Klimaschutzstrang ziehen. Für Ihre Hilfe dabei danke ich bereits vorab ganz herzlich. Zunächst danke ich Ihnen aber ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche eine erfolgreiche Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte zur Historie des Klimaschutzes in Mecklen-

burg-Vorpommern verlieren. Und ich will an dieser Stelle sagen, dass ich ja eigentlich, wenn ich das ganz ehrlich gestehe, durch den gestrigen Auftritt des Landwirtschaftsministers Dr. Till Backhaus motiviert bin, Ihnen noch einmal deutlich zu sagen, dass jetzt vor Ihnen der Vater des Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern steht.

(Heiterkeit und Beifall
vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Oh!)

Ich muss das sagen, weil ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Das ist
eigentlich schon der Opa und nicht der Vater. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, damit muss ich leben.

... in der Tat wir, ich als damaliger Umweltminister 1996 mit den Mitarbeitern und mit vielen engagierten Fachleuten als Erste begonnen haben, ein Klimaschutzkonzept in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Es wurde dann 1997 durch meine Nachfolgerin seinerzeit – Frau Bärbel Kleedehn – der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir waren damals die Ersten, zumindest von den neuen Ländern. Es ging um Probleme wie Ozon. Jedes Mal, wenn man am späten Freitag nach Hause fuhr, ließ man sich noch mal die Werte zeigen, weil man immer mit einem Fahrverbot im Hinterkopf spekulierte. Das spielt heute keine Rolle mehr. Das Ozonloch schließt sich, wie ich gelernt habe. So ändern sich manchmal die Zeiten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich will dann auch durchaus darauf hinweisen, dass übrigens vor 18 Jahren, um das noch mal deutlich zu sagen,

(Egbert Liskow, CDU: Hört, hört!)

die Fortschreibung 2005 durch Professor Methling vorgenommen wurde, soweit ich das einschätzen kann, eine qualitativ sehr hochwertige Arbeit.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das haben wir dann wieder fortgesetzt im April 2009, haben das „EnergieLand 2020“ zusammen mit den Universitäten dieses Landes, mit Forschungseinrichtungen und Verbänden erstellt – eine schwierige Arbeit, auch schwierige Diskussionen mit dem Koalitionspartner. Das kann man nicht verhehlen.

(Rudolf Borchert, SPD:
Wohl wahr, wohl wahr.)

Dazu kam dann eben der Aktionsplan Klimaschutz, wie er ja zwischenzeitlich hieß, und der hat neben den allgemeinen Zielen eine Reihe von konkreten Projekten, nämlich ganz konkret 55, beinhaltet – der gilt ja, wenn man so will, heute noch –, zum Beispiel der Wettbewerb für innovative Klimaschutzprojekte oder eben auch die Berufung eines Klimarates mit 18 Mitgliedern. Also ich glaube, wir waren und sind da auf einem guten Weg. Der Minister hat es ja gerade sehr deutlich dargestellt. Wir haben dann zusätzlich 2011 den „Landesatlas Erneuerbare

Energien“ erarbeitet, der gedacht war als eine Handreichung für potenzielle Investoren, um Möglichkeiten, Potenziale, aber auch Grenzen der Nutzung von erneuerbaren Energien – ich denke da nur an das Thema Biogas – aufzuzeigen.

Also man kann mit Fug und Recht sagen, dieses Land verfolgt zumindest seit dieser Zeit eine klare Strategie und die zeigt Ergebnisse, wie der Minister, wie ich finde, sehr anschaulich gerade noch mal dargestellt hat.

Natürlich gibt es, wenn man sich aus heutiger Sicht die Dinge anschaut, einen entscheidenden Mangel, und darauf hat DIE LINKE zu Recht hingewiesen. Es ist eine Fortschreibung notwendig, keine Frage. Es ist ja zwischenzeitlich auch was passiert, zum Beispiel Fukushima mit all den Folgen für die Energiepolitik in Deutschland. Und dann muss man natürlich zur Kenntnis nehmen, dass die – eigentlich waren es sogar mehrere – EEG-Novellen in der Zwischenzeit natürlich auch eine Wirkung auf solche Dokumente haben. Insofern, da gebe ich Ihnen recht, ist eine Fortschreibung notwendig. Aber wissen Sie, und da will ich gern an alle appellieren, wir sollten nicht immer wieder der Versuchung erliegen, das Ganze zu begründen mit Horrorszenarien. Ich glaube, die Menschen kann man nicht zu großartigen Taten bewegen, wenn man ihnen ein Horrorszenario an die Wand malt.

Sie haben gerade, Frau Dr. Schwenke – das habe ich mir notiert –, die Landwirtschaft zitiert. Die Landwirtschaft stöhnt über die vielen Extremwetterlagen. Also wenn ich die Landwirtschaft im Moment wahrnehme, dann ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD,
Wolfgang Waldmüller, CDU,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Erst mal stöhnt die immer. Das kennen wir. Aber dieses Jahr habe ich etwas gehört von einer Rekordernte, wie sie – der Landwirtschaftsminister ist nicht da – seit 1945 überhaupt noch nie in diesem Lande geerntet wurde. Das ist die Situation.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also insofern wollen wir das mal mit dem Stöhnen ein bisschen relativieren. Ich will nichts davon wegnehmen. Natürlich gibt es sehr ernsthafte Entwicklungen in der Welt. Aber wir wissen natürlich auch, wie groß der deutsche Anteil an diesen Entwicklungen überhaupt ist.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ich glaube, das muss man alles ein bisschen im Hinterkopf haben, wenn man Menschen wirklich motivieren will, und das wollen wir.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass der Energieminister sehr anschaulich dargestellt hat, welchen Weg er gehen will. Und ich kann ihn da vorbehaltlos unterstützen. Ich finde es sehr gut, gerade diesen praktischen Ansatz zu wählen, dass man nicht nur auf die konzeptionelle Seite schaut. Natürlich muss man eine Konzeption haben, man muss einen Fahrplan im Kopf haben, gar keine Frage, und man muss auch bestimmte Risiken abschätzen, aber am Ende kommt es darauf an, dass wir praktische Projekte haben. Ich habe mir sagen lassen, wir haben gegenwärtig, glaube ich, so 70 Projekte, die im

Lande gefördert wurden. Ich will mich da nicht ganz festlegen.

Das ist es, was am Ende Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern ausmacht, und insofern, finde ich, ist es richtig. Und da weiß die Opposition natürlich ganz klar, dass eine Regierung sich nicht von der Opposition vorschreiben lässt, was sie jetzt unmittelbar zu tun hat, wenn sie eben auf dem Wege ist, und das ist sie.

Insofern glaube ich, nach der Darstellung des Ministers wird es ein Konzept in der allernächsten Zeit geben. Aber auch hier, würde ich meinen, ist das Prinzip, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht, genau richtig. Im Übrigen würde ich mir wünschen, dass für die gesamte Energiewende dieses Prinzip gilt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Es geht immer um das energiepolitische Dreieck, die Energie muss umweltgerecht erzeugt werden, Versorgungssicher und bezahlbar. Und dann sind wir auf einem guten Weg. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Jaeger.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Burkhard Lenz, CDU)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir hatten ja einen ähnlichen Antrag 2012 gestellt und ich finde es richtig, dass der Antrag jetzt auf jeden Fall erneut wieder auf die Tagesordnung kommt, denn auch uns interessiert: Was ist denn aus den vielen Ankündigungen geworden, die wir uns 2012 schon angehört haben?

Zur Erinnerung will ich Ihnen noch ein paar Sachen vortragen. Damals war es noch der Minister Schlotmann, der uns hier zu diesem Bericht etwas erzählt hat,

(Vincent Kokert, CDU: Da ging es ganz aktiv um die Energiewende. Das müssten Sie doch begrüßen.)

und zwar zu dem entscheidenden Argument in diesem Klimaschutzplan Mecklenburg-Vorpommern 2010. Da steht auf Seite 11, das können Sie gern nachlesen: „Die Ergebnisse werden im Rahmen eines jährlichen Energieberichtes veröffentlicht und in Investitionsentscheidungen einbezogen.“ Und das war der Anlass unseres Antrages zu sagen, das empfinden wir als eine gute Idee, wir würden gern einen solchen Bericht sehen.

Ein solcher Bericht ist nie vorgelegt worden. Der Minister hat sich damals auch sehr klar dazu geäußert im Sinne von: Man muss nicht um des Berichtes willen berichten. Und noch ein Bericht – da hat er Heinz Erhardt zitiert. Es sei reiner Bürokratismus, was hier verlangt werde, Ankündigungen, dass um den Jahreswechsel 2012 eine Überprüfung der einzelnen Aktionen und Maßnahmen stattfinden wird, was auch nicht stattgefunden hat. Die Ergebnisse werden dann komplett und umfassend auf der Internetseite www.Klimaschutzaktionen-mv.de eingestellt. Ich weiß auch nicht, ob das passiert ist. Ich glaube, eher nicht. Und ansonsten sei diese ganze Berichtspflicht, die wir hier aus der Eigenankündigung der Lan-

desregierung ableiten würden, eine überflüssige AB-Maßnahme. Das war seine Zusammenfassung.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Boah, Hammer, Hammer!)

Man kann ja so denken, aber man muss nicht gleichzeitig einen Bericht als Landesregierung rausgeben, in dem drinsteht, dass man die Berichte vorlegen will. Das ist eine Form von politischer Täuschung. Dann stehen Sie dazu und sagen: Wir brauchen keine Berichte, wir haben das nicht nötig, wir machen eine Superarbeit, das kann jeder im Land sehen, aber schriftlich wollen wir das nicht machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Mignon Schwenke, Die LINKE)

Den Ausführungen will ich jetzt auch nicht viel hinzufügen. Es ist so, dass das Thema Klimaschutz inzwischen in der Bedeutung angesichts anderer politischer Krisen immer weiter in den Hintergrund tritt. Das nehmen, glaube ich, alle deutlich wahr. Ich kann auch die Kritik deutlich verstehen, dass Leute, die versuchen, das Thema Klimaschutz voranzubringen, immer mit dramatischen Szenarien kommen, um Leute wieder zu motivieren, über das Thema nachzudenken. Diese Szenarien treten dann in der Regel so nicht ein, woraus alle messerscharf schlussfolgern, mit dem Klimaschutz, das sei gar nicht nötig, weil die angekündigten dramatischen Ereignisse ja so nicht kämen.

Nach dem, was ich von seriösen Wissenschaftlern höre, ist die Situation durchaus langfristig

(Vincent Kokert, CDU: Das heißt, die anderen sind unseriös.)

und mittelfristig dramatisch.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist eine typische Rhetorik von Ihnen. Sie sind seriös, die anderen nicht.)

Sie ist dramatisch, aber sie ist derartig schleichend und langsam, dass niemand von uns sicher sagen kann, ob irgendeines dieser extremen Wetterereignisse auch wirklich etwas mit dem Klimawandel zu tun hat. Das heißt aber nicht umgekehrt, dass der Klimawandel nicht stattfinden würde, sondern dass er so langsam stattfindet, dass wir kaum darauf reagieren, weil wir alle das Gefühl haben, so schlimm ist es ja nicht.

(Rudolf Borchert, SPD: Alles klar, da passiert doch nichts.)

Es gibt ein schönes Beispiel, was übrigens biologisch falsch ist, vom Frosch, der in einem Wasserkessel sitzt, unter dem man Feuer macht, und der den Zeitpunkt verpasst, wann er da rausspringen muss, weil es so langsam warm wird in dem Wasserkessel, dass er irgendwann kocht.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD – Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Das stimmt inhaltlich nicht, wie gesagt, aber das ist sozusagen ein Beispiel für das Gefühl, wie wir uns momen-

tan wahrscheinlich fühlen. Es wird immer heißer, keiner reagiert darauf, und irgendwann wird der Zustand eingetreten sein, den wir eigentlich vermeiden wollen.

Aber noch mal zurück zum Thema: Warum brauchen wir denn Berichte, warum brauchen wir ein Landesenergiekonzept?

(Vincent Kokert, CDU: So was vom Freund der Frösche, das finde ich nicht in Ordnung.)

Warum brauchen wir ein Landesenergiekonzept?

Eines der Konzepte, Herr Pegel, oder eines der Projekte, die Sie gefördert haben, ich will es auch konkret machen, war Anfang 2014 eine Wärmepumpenanlage bei der WIRO. Rainer Albrecht kann das bestätigen, das ist groß durch die Medien gegangen, ein tolles Projekt. Dem Eis wird da Wärme entzogen oder zugeführt, jedenfalls ist es eine Form der Heizung, die zugegeben sehr modern ist. Aber sie ist an diesem Standort der absolute Unfug, der absolute Unfug – und so etwas macht man nur, wenn man kein Konzept hat –, weil die WIRO mitten in einem Fernwärmegebiet liegt. Das ist die beste Form, die klimaschutzfreundlichste Form, wie man die Wärmeversorgung in diesem Neubaublock sozusagen darstellen kann.

(Rainer Albrecht, SPD: Dann sprechen Sie mal mit den Stadtwerken!)

Das hat nicht nur mit den Stadtwerken zu tun, Rainer, das ist genau die richtige Frage. Hängt das jetzt nur damit zusammen, dass natürlich die Stadtwerke etwas weniger Gewinn machen, weil einzelne Unternehmen sagen, sie gehen raus in die Fernwärme? Darüber können wir uns doch gerne streiten, aber wichtig ist, dass es ein Konzept im Hintergrund gibt, was diese Frage beantwortet. Ist es so, dass die Fernwärme so wichtig ist? Und wenn sie es ist und wir das in einem Konzept feststellen, dann ist es totaler Unfug, mitten in einem Fernwärmegebiet eine solche Wärmepumpe zu installieren und Fernwärme einzusparen, die man in dem Sinne nicht einspart, weil es Abfallwärme ist aus der Stromproduktion, die einfach nur in die Luft ausgeblasen wird.

Dieses Konzept der WIRO hat insgesamt über 100.000 Euro Fördermittel genutzt, ein Gesamtprojekt in einer Höhe von über 400.000 Euro. Es wäre ein gutes Projekt, wenn es an einem besseren Standort gewesen wäre, wo man nämlich aus einem anderen Energieträger wie Kohle, Öl oder Strom ausgestiegen und auf ein besseres Heizungssystem umgestiegen wäre, aber niemals in einem Fernwärmeverangebiet, wo man sich sozusagen genau da reinbegibt, wo wir eigentlich alle der Meinung sein müssten, Fernwärme ist der richtige Weg.

Aber, wie gesagt, wenn Sie darüber Zweifel haben, ob Fernwärme der richtige Weg ist,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

dann weist das auf die Notwendigkeit eines solchen Energieberichts hin, in dem man nämlich feststellen würde, ob das so ist, sich dazu bekennt oder eben auch schreibt, sorry, es ist nicht so, wir haben neue Erkenntnisse, auf die ich dann natürlich sehr gespannt wäre.

Zusammenfassend möchte ich noch mal sagen, auch die Frage, ist es denn sinnvoll, dass sich die Landtagsver-

waltung oder die Landesregierung mit relativ kleinen Einzelprojekten Gedanken machen – und sie machen sich Gedanken, das will ich ausdrücklich sagen, ich weiß es von der Landtagsverwaltung, die sich darüber Gedanken macht, ob wir ein Elektrofahrzeug anschaffen können –, das sind wichtige Signale in unser Land hinein und wir sind auf diese Signale angewiesen. Wir sind auch auf die Diskussionen und die Fehlentwicklungen angewiesen, weil auch andere davon lernen und eben sagen können, wir haben das geprüft, ein solches Elektroauto ist sinnvoll oder ist eben nicht sinnvoll. Das hat eine Ausstrahlung ins gesamte Land und genau diese Diskussionen möchte ich haben. Und wir können die Diskussionen nur führen, wenn es solche Berichte gibt, über die wir diskutieren können, ob sie richtig oder falsch sind, und es nicht einfach gemacht wird, denn das ist nur die halbe Miete.

Wir könnten mehr aus dem machen, was wir momentan im Land tun, und das wünsche ich mir. Deswegen würde ich mir von Ihnen, Herr Minister, etwas mehr Druck wünschen, damit wir einen solchen Energiebericht, wie Sie ihn sich ja selber vorgenommen haben, auch mal zu sehen bekommen, damit wir solche Fragen dann auch fachlich diskutieren können. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert.

(Rainer Albrecht, SPD: Rudi, stell das klar, was die WIRO angeht!)

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der jüngste Bericht des Weltklimarates hat noch einmal deutlich gemacht, welche Folgen der Erderwärmung wir auf der Welt zu verzeichnen haben: Hitzewellen, Dürrekatastrophen, Überflutungen, Wirbelstürme, steigende Wasserspiegel der Weltmeere. Das sind keine Horrorszenarien, das sind Fakten, meine Damen und Herren, und die sind völlig unstrittig, weil sie zumindest bei denen, die sich mit den Themen beschäftigen, inzwischen ja auch bekannt und, wie gesagt, unstrittig sind.

Es ist auch bekannt und unstrittig, dass wir, wenn es zu keinen wirksamen Maßnahmen zur Minderung der CO₂-Emissionen weltweit kommt, um 2100 eine Erderwärmung haben, die zwischen 3,5 und 5 Grad Erderwärmungszuwachs seit dem letzten Industriezeitalter liegt, und wir demzufolge mit dramatischen und katastrophalen Folgen für die Welt zu rechnen haben.

Meine Damen und Herren, das mag noch weit hin sein für den einen oder anderen, aber wenn man die Jahreszahl noch mal nennt, es sind nur noch 85 Jahre. Es sind nur noch 85 Jahre! Bekannt ist allerdings auch, dass man noch das Schlimmste verhindern kann, da muss man allerdings die Erderwärmung, so, wie es verabredet ist, auf 2 Grad begrenzen. Auch das ist bekannt und ist bereits Gegenstand von politischem Handeln, auch der Bundesregierung. Nächste Woche wird es dazu eine wichtige Entscheidung in Brüssel geben. Die Europäische Union wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit im Ministerrat darauf verständigen, dass man richtigerweise die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 bis 2030 um 40 Prozent reduzieren will und muss. Deutschland hat

sich noch ein höheres Ziel gestellt und will bereits bis 2020 um 40 Prozent reduzieren, zurzeit liegen wir allerdings nur bei 33 Prozent, sodass die Gefahr besteht, dass wir unsere Vorreiterrolle nicht wie erwartet oder wie erhofft bis 2020 erfüllen werden. Insofern läuft die Debatte international und auch national auf vollen Touren. Es wird nicht nur geredet, es wird auch gehandelt, und das ist gut so.

Allerdings sind nicht nur die Nationalstaaten verantwortlich, sondern so wie in Deutschland selbstverständlich auch die Bundesländer. Die Bundesländer gehen unterschiedliche Wege, wenn es darum geht, Klimaschutz administrativ umzusetzen. Die einen machen es mit Aktionsplänen, so, wie wir es praktisch gemacht haben. Und da muss man sagen, schon 1995, beginnend mit dem ersten Klimaschutzkonzept und dann mit dem Aktionsplan fortgesetzt, waren das zur damaligen Zeit im Vergleich mit anderen Bundesländern wirklich richtige Schritte, und es war auch eine gewisse Vorreiterrolle.

Andere Länder in Deutschland wählen den Weg der Klimaschutzgesetze. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben sich für Klimaschutzgesetze entschieden. Wir hier in Mecklenburg-Vorpommern, der Minister hat es gesagt, werden einen noch anderen Weg gehen, der in anderen Bundesländern so bisher nicht die Praxis ist, indem wir Energiekonzept und Klimaschutzkonzept zusammenfügen zu einem integrierten Gesamtkonzept „Energie- und Klimaschutzkonzept Mecklenburg-Vorpommern“.

Ich finde diesen Weg richtig, weil Klimaschutz nur wirksam gelingen kann, wenn es uns möglichst bald gelingt, die gesamte Energieversorgung zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzustellen. Das ist der Königsweg und, wie ich finde, möglicherweise auch der einzige Weg, um wirksam Klimaschutz betreiben zu können, denn unstrittig entsteht der Großteil der CO₂-Emissionen durch Energieerzeugung.

Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel hat eine CO₂-Jahresemission von circa 10 Millionen Tonnen, meine Damen und Herren, davon werden allein durch das Steinkohlekraftwerk in Rostock 3 Millionen Tonnen emittiert. 3 Millionen, das heißt also, fast ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen in Mecklenburg-Vorpommern einzuleiten durch ein einziges Steinkohlekraftwerk.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Das habe ich nicht gesagt, aber man sollte die Zahlen zur Kenntnis nehmen, und ich bin ehrlich, wenn EnBW in der Konzernführung demnächst zu der Entscheidung kommen würde, dass das Steinkohlekraftwerk Rostock möglicherweise – wie andere – nicht mehr wirtschaftlich ist und es demzufolge möglichst bald abgeschaltet wird, hätte ich persönlich nichts dagegen. Es wäre zumindest gut für den Klimaschutz.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Regine Lück, DIE LINKE – Egbert Liskow, CDU:
Die arbeiten dann alle beim BUND.)

Meine Damen und Herren, ich finde den Hinweis vom Kollegen Johann-Georg Jaeger auf den September 2012 schon mal interessant, denn wir haben in der Landtagsitzung im September 2012 den Antrag der GRÜNEN

„Berichtspflicht der Landesregierung zur ökologisch-ökonomischen Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern – Klimaschutzbericht vorlegen“ beraten. Es stimmt, wir haben das heutige Thema damals schon diskutiert, und es stimmt, auch damals wurde uns angekündigt, dass in einem neu zu erarbeitenden Energie- und Klimaschutzkonzept die Fortschreibung und Evaluierung des Klimaaktionsprogramms und Klimaaktionsplans erfolgen wird. Das mal als Erinnerung.

Ich möchte auch daran erinnern, zumindest die Mitglieder des Ausschusses, geschätzte Kollegin Mignon Schwenke: In der 56. Sitzung am 25. Juni haben wir im Energieausschuss im Tagesordnungspunkt 1 den Minister gebeten, doch mal zu berichten, wie denn der Stand bei der Erarbeitung des angekündigten Energie- und Klimaschutzkonzeptes ist. Seine Aussage, die wir dann entgegengenommen haben, war klar und eindeutig, so wie heute auch: Es wird an einer Vorlage gearbeitet und die novellierte Version wird in der zweiten Jahreshälfte, sprich also jetzt im Herbst 2014, vorgelegt. Der Minister hat das heute in der Rede auch noch mal deutlich angekündigt. Insofern, meine Damen und Herren, halten wir als SPD-Fraktion den heutigen Antrag der LINKEN schlicht und einfach – freundlich ausgedrückt – für entbehrlich, weil ich davon ausgehe,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das hätte mich auch sehr gewundert,
wenn es anders gewesen wäre.)

dass das, was uns heute noch mal angekündigt wird, auch erfolgt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, weil ich noch etwas Zeit habe, mal meine Erwartungen an den zukünftigen Abschnitt „Klima“ im neuen Gesamtkonzept zu formulieren. Ich erwarte schon, dass wir uns hier im Land verständigen, ausgehend von einer entsprechenden Bestandsanalyse: Welche Ziele stellen wir uns in Mecklenburg-Vorpommern mittel- und kurzfristig oder miteinander auch langfristig bis 2050 bezüglich unserer CO₂-Emissionen? Es gibt Städte bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, so wie Greifswald, die haben sich das Ziel gesetzt, bis 2050 rechnerisch CO₂-neutral zu sein, andere Städte auch. Das wird im Land diskutiert, und nicht nur diskutiert, sondern mit konkreten Maßnahmen umgesetzt. Ich halte es für richtig, die Frage zu stellen, ob es nicht auch machbar ist, dieses möglicherweise für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt zu erreichen. Eine spannende Frage, die es zu diskutieren gilt, denn eins ist klar, die jetzige CO₂-Emission von circa 10 Millionen Tonnen in Mecklenburg-Vorpommern kann ja wohl nicht das Ende der Fahnenstange sein, sondern hier brauchen wir auch in der Gesamtbilanz eine deutliche Reduzierung.

Dann möchte ich deutlich sagen, dass wir vielleicht auch das Fahrrad dahin gehend nicht neu erfinden müssen. Ich fand die Methode im jetzigen Aktionsplan Klimaschutz hervorragend, dass man viele verschiedene Aktionsfelder definiert hat, in denen dann ganz konkret die Maßnahmen umgesetzt werden. In dem Zusammenhang freue ich mich auch, dass es gelungen ist, im Rahmen der neuen EU-Förderperiode die Klimaschutzrichtlinie, die ja jetzt auch in einer neuen Fassung vorliegt, mit mehr Geld auszustatten als in der Vergangenheit. Wir werden mit erheblichen Mitteln die Möglichkeit haben, von 2014 bis 2020 mit ganz konkreten Maßnahmen – der

Minister hat einige Beispiele genannt – aktiven Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern voranzutreiben,

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

denn eins ist klar, konsequenter globaler Klimaschutz erfordert auch konsequenten lokalen Klimaschutz.

Ich möchte dann auch meine Erwartung zum Ausdruck bringen, dass wir dem Thema „Vorbildwirkung des Landes“, damit meine ich sowohl Landtagsverwaltung als auch Landesverwaltung, noch besser gerecht werden. Der Kollege Jaeger hat darauf hingewiesen. Ich halte es nach wie vor für sinnvoll und notwendig, dass wir von der Landesregierung jährlich, oder alle zwei Jahre im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt, einen Jahresenergiebericht bekommen, in dem wir ganz klar und transparent nachvollziehen können: Wie sind die Energieverbräuche? Welche Maßnahmen werden zur Energieeinsparung, zur Energieeffizienz getroffen? Wie kann man durch Eigenerzeugung den Eigenverbrauch auch über die Erneuerbaren besser abdecken als bisher? Und wie kann man zum Beispiel den CO₂-Verbrauch der Fahrzeugflotte des Landes, der Landesregierung reduzieren?

Alles das, meine Damen und Herren, werden wir im Rahmen des zu erwartenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes zu diskutieren haben, insofern freue ich mich auf die heute konkret angekündigte Vorlage des Konzeptes bis Jahresende. Wir werden das natürlich insbesondere im zuständigen Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, aber vielleicht auch in anderen Ausschüssen, die mitberatend Interesse an dem Thema haben, weil es sie letztendlich auch fachlich berührt, beraten.

Ich bin ganz optimistisch, dass wir dann möglichst bald auch hier im Landtag diese Debatte zu einem integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept für Mecklenburg-Vorpommern fortsetzen können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Jaeger, Sie haben eben etwas angesprochen, worauf ich – normalerweise würde ich kein zweites Mal ans Mikro gehen, weil ich weiß, dass Ihre Debattenstruktur da sehr fest ist – an der Stelle gern nur kurz erwidern oder aufklären würde. Sie haben sozusagen den Eindruck gehabt, 2012 ist etwas zugesagt worden, was nicht eingehalten worden ist, die Evaluation. Da würde ich gerne im Interesse der Kolleginnen und Kollegen sehr deutlich betonen, die ist erfolgt. Und was Sie jetzt vermisst haben, dazu ist zu sagen, auf der Internetseite gibt es den Klimaschutzplan und da gibt es aber keinen Link, wo drinsteht, das ist anders oder geändert worden. Man kann sich da zwischen Baum und Borke befinden. Ich finde den jetzt gewählten Weg der Kolleginnen und Kollegen den richtigeren. Darüber können wir gerne noch mal diskutieren außerhalb des Protokolls.

Wenn Sie Gesetze ändern, dann haben Sie oft Gesetze, wo drinsteht, Paragraph 7 Absatz 5 Satz 9, da werden die letzten drei Worte geändert. Dann stehen bloß in Anführungszeichen die drei Worte und so weiter. Und manchmal haben Sie Gesetze, die Gesetze ändern, Gesetze ändern. Das ist für Sie als Profis überhaupt kein Problem, für den Laien draußen ist das manchmal eine echte Herausforderung. Dann fängst du an, das Gesetz zu lesen, das Änderungsgesetz, das Änderungsgesetz, das Änderungsgesetz ... Wir haben uns deshalb damals entschieden, das heißt, die Kolleginnen und Kollegen, die haben einfach im Internet eine Vielzahl von Änderungen vorgenommen und gesagt, diese Internetseite soll dazu dienen, einem laienhaften Betrachter das Lesen zu ermöglichen, und das ist das, was wir aktuell umsetzen wollen.

Deshalb gibt es sozusagen auch keine Word-Änderungsfunktion in den klassischen Internetmedien, das heißt, das, was da drinsteht, ist die geänderte Fassung. 2012 ist die Evaluation erfolgt, 17 oder 18 massive Änderungen, zum Teil neue Maßnahmen rein, zum Teil erledigte Maßnahmen raus, zum Teil Anpassungen. Das wollte ich bloß zur Ehrenrettung der Kollegen sagen.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja.)

Wenn nachhaltiges Interesse besteht, biete ich dem Ausschuss gerne an, dass die Kolleginnen und Kollegen vielleicht mit der Anlage noch mal in eine der nächsten Sitzungen kommen, damit man nachvollziehen kann, was wir geändert haben, und Sie sich jetzt nicht wieder hinsetzen müssen, die alte Broschüre nehmen, neben das Internet legen und versuchen müssen herauszulesen, was sich geändert hat. Das wäre das Angebot. Nur zur Ehrenrettung der Kolleginnen und Kollegen: Die sind engagiert dabei. Es ist nicht so, dass wir das beiseitegelegt haben, nicht mehr beachten, sondern es ist evaluiert worden, es ist geändert worden.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und drittens, ein ganz praktisches Beispiel: Der Klimaschutzwettbewerb lebt ja auch weiter, also wir setzen das auch weiterhin um. Das wollte ich bloß einmal der Vollständigkeit halber ergänzt haben. Herzlichen Dank, dass ich das kurz durfte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Petereit.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte war im Großen und Ganzen ja vorhersehbar. Es besteht zum Thema große Einigkeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Petereit, der Seher.)

der Antrag wird trotzdem abgelehnt, weil die Landesregierung schon was viel Besseres macht.

Allerdings ist mir doch etwas aufgefallen, und zwar, Frau Schwenke, fand ich Ihre Argumentation bezüglich der Klimaflüchtlinge sehr bemerkenswert,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Na ja,
das habe ich mir gedacht, Herr Petereit. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

denn Sie stellten nicht als negativ heraus, dass diese Menschen dann ihre Heimat verlassen müssen, sondern Sie malten ein Schreckensszenario von: Die kommen alle nach Europa und reißen die Festung Europa nieder.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nee, das machen Sie immer.)

Daraus ziehe ich den Schluss, dass es ja offenbar doch noch so etwas wie einen Selbsterhaltungstrieb bei den LINKEN gibt, und das war schon sehr interessant. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Guter Beitrag.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Auf den letzten Blödsinn muss ich jetzt nicht eingehen.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zu Herrn Kollegen Seidel, zu seiner Vaterschaft.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?! –
Torsten Renz, CDU:
Das habe ich mir gedacht.)

Ich gestehe Ihnen das gerne zu, Herr Kollege Seidel, dass Sie der Vater ...

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich damit gut fühlen, von mir aus.

(Jochen Schulte, SPD: Aber da
muss er auch die Alimente zahlen.)

Das ist also nicht das Problem. Allerdings will ich Ihnen dann auch noch sagen, Sie haben großes Glück, dass es mit dem Steinkohlekraftwerk in Lubmin nichts geworden ist, denn die Vaterschaft, die entgegen dem Klimaschutz steht, die hätten Sie dann auch anerkennen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Regine Lück, DIE LINKE: Ja, ja, ja, genau. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ansonsten, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die
Alimente wären teuer geworden!)

Genau.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

... ansonsten habe ich mir natürlich schon gedacht, dass der Antrag für die Koalitionsfraktionen entbehrlich ist, dass sie schon alles machen gemeinsam mit der Landesregierung, dass sie unsere Aufforderung nicht brauchen und dass bei uns sowieso alles paletti ist.

(Andreas Butzki, SPD: Dann weiß ich nicht,
warum Sie den Antrag gestellt haben.)

Also das hatte ich mir schon vorher gedacht, dass die Argumentation hier kommt, das wäre ja auch nichts Neues.

Aber ich habe zu den Ausführungen des Ministers, vor allen Dingen, nachdem Herr Kollege Borchert gesprochen hat, noch eine Frage. Ich hatte es also nicht so verstanden, dass das Energiekonzept, das wir nun hoffentlich wirklich bald auf dem Tisch haben, tatsächlich ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept sein soll. Also wenn das so sein sollte, dann würde ich das gut finden, aber ich glaube es erst, wenn ich es sehe, das muss ich wirklich so sagen. Energiewirtschaft oder die Energieerzeugung ist natürlich ein wichtiger Bereich im Klimaschutz, das ist richtig, aber sie ist nicht alles, also insofern muss es über Energiefragen hinausgehen. Aber dazu komme ich noch.

Also, wie gesagt, Sie haben deutlich gemacht, Sie brauchen den Antrag nicht. Darauf habe ich auch nicht so sehr mit Verwunderung reagiert. Trotzdem – ich betrachte es als unsere Aufgabe, den Finger in die Wunde zu legen, und Wunden gibt es,

(Andreas Butzki, SPD: Nee, auf keinen Fall.)

meine Damen und Herren. Dass Sie die nicht sehen, na gut, das ist bedauerlich, aber das wissen wir auch nicht erst seit heute.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion hat am Ende der Sommerpause in diesem Jahr ihre Klausurtagung in Weitin bei Neubrandenburg durchgeführt. Das Thema unseres ersten Tages waren Wechselwirkungen des Klimawandels mit Natur und Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu hatten wir Gäste – das ist ja überall so üblich bei den Klausuren der Fraktionen –: als Erstes den Wetter- und Klimaexperten Stefan Kreibohm – den kann ich Ihnen übrigens für solche Themen wirklich nur wärmstens empfehlen –, Professor Dr. Karl-Otto Wenkel, den ehemaligen Leiter des Instituts für Landschaftssystemanalyse im Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, den Kollegen Dr. Peter Röhe, stellvertretender Abteilungsleiter im Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzministerium und ein profunder Kenner der Forstwirtschaft, und Toni Jaschinski, Geschäftsführer der Agrargesellschaft Chemnitz mbH und stellvertretender Vorsitzender des regionalen Bauernverbandes.

Wir haben das Thema aufgesetzt, weil wir die Notwendigkeit sehen, den Klimawandel und dessen Auswirkungen auch für uns wieder ins Zentrum der politischen Diskussion zu stellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hm, das wäre gut.)

Unsere Gäste waren mit uns in vielen Dingen einig.

Wir sind mittendrin im Klimawandel. Noch nie wurde so viel Treibhausgas in die Atmosphäre geblasen wie heutzutage, das haben mehrere hier schon gesagt. Allein das zeigt, dass eben nicht alles gut ist. Die Auswirkungen des globalen Klimawandels, auch das habe ich bei der Einbringung schon gesagt, werden regional sehr unterschiedlich ausfallen. Aber auch Herr Kreibohm drückte es

so aus: Auch wenn wir in einer Region der Glückseligen wohnen, die Auswirkungen werden auch bei uns massiv sein. Er und die anderen Gesprächspartner waren ebenfalls mit uns einer Meinung, dass jeder jetzt ausgegebene Euro uns später ein Vielfaches erspart. Europa, Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern haben eine große Verantwortung – uns selbst, unseren Kindern gegenüber –, alles dafür zu tun, den Klimawandel soweit wie nur möglich zu begrenzen.

Mit unserem Antrag, das haben Sie sicherlich bemerkt, wollen wir jetzt nicht gleich die Weltrevolution ausrufen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht?)

Sie haben möglicherweise auch bemerkt, dass ich mich mit Kritik an der Landesregierung doch deutlich zurückgehalten habe.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war vielleicht der Fehler.)

Wir erheben ja mit unserem Antrag eher bescheidene Forderungen, denn das ist deutlich geworden, glaube ich, in mehreren Beiträgen hier: Klimaschutz erfordert viel, viel mehr als die Punkte, die dort aufgeschrieben sind. Aber wir wollen auch mit der heutigen Debatte an unsere Verantwortung erinnern. Zum Beispiel taut in der Tundra der Permafrostboden

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, da kommen die Mammuts wieder.)

und das darin eingeschlossene Methan – darüber wird heute noch gar nicht so richtig diskutiert, nicht nur hier bei uns im Landtag, sondern insgesamt in der Welt – wird die Zusammensetzung der Atmosphäre grundsätzlich verändern.

Herr Kollege Seidel hat von Horrorszenarien gesprochen. Das ist kein Horrorszenario! Ich verstehe, dass das für Menschen schwer nachvollziehbar ist, etwas so weit, regional auch weit Entferntes auf sich selbst zu beziehen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber wir wissen auch, das will ich noch mal betonen, dass natürlich so etwas von Mecklenburg-Vorpommern aus nicht alles gelöst werden kann, das ist doch völlig klar. Aber wir als Politiker haben die Verantwortung, das im Hinterkopf zu behalten, mit den Leuten darüber zu reden und auf die Dinge hinzuweisen, die sozusagen an Auswirkungen heute auch bei uns schon da sind. Auch wir in Mecklenburg-Vorpommern sind Teil dieser Welt und tragen Mitschuld an den steigenden Emissionen. Trotzdem, jede und jeder von uns ist nicht nur Teil des Problems, sondern kann und muss auch Teil der Lösung sein, und die öffentliche Verwaltung ist in der Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Ich wiederhole es noch einmal: Es geht uns heute hier nicht darum, der Regierung Nichtstun vorzuwerfen. Gerade – darauf will ich noch mal hinweisen – der Beitrag von Herrn Dr. Röhe auf unserer Klausur hat uns eindrucksvoll gezeigt, wie langfristig und nachhaltig die Forstwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern für den Klimaschutz arbeitet. Das, finde ich, ist ziemlich beispielgebend für viele andere Bereiche in der Landesverwaltung.

Also wir erkennen an, dass hierzulande schon einiges getan wird. Es reicht aber nicht und es geht zu langsam, die Zeit läuft uns davon.

(Regine Lück, DIE LINKE: Es ist aber gut, dass wenigstens ein Minister zuhört. Ein einziger!)

Konkrete Vorgaben hinsichtlich der Treibhausgasreduzierung für das Energiesparen, für Energieeffizienz, eine komplette Ausrichtung der Beschaffung auf solche Vorgaben, mehr, aber sinnvolle energetische Sanierungen der Bestandsgebäude, Neubau nur noch nach dem Passivhausstandard und nicht erst, wie gesetzlich vorgesehen, ab 2019, mehr PV-Anlagen auf die Dächer – das sind für uns richtige Wege.

Althergebrachte Denk- und Lebensweisen müssen verändert werden und nicht zuletzt müssen wir Geld dafür in die Hand nehmen. Es ist richtig, Geld nicht in erster Linie in den Straßenneubau zu stecken, sondern in den Erhalt der Straßen. Der öffentliche Nahverkehr, das wissen Sie genauso gut wie ich, ist eine riesige Baustelle in unserem Land. Die Ausrüstung von Dachflächen im Gebäudebestand der Landesverwaltung mit PV-Anlagen ist bisher nicht der Rede wert. Auch über den Fuhrpark der Landesverwaltung und der Landtagsverwaltung ist zu reden – oder des Landtages insgesamt, nicht nur der Verwaltung. Veränderungen sind hier für meine Begriffe dringend erforderlich. Ministerfahrzeuge können auch sicher sein, wenn sie eine Nummer kleiner sind

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

und vielleicht sogar im CO₂-Ausstoß den Vorgaben der EU entsprechen.

(Beifall Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir dann noch dazu kommen, die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf 130 Kilometer pro Stunde zu begrenzen, dann brauchen wir auch keine Autos mehr, die schneller als 200 fahren müssen

(Rainer Albrecht, SPD: Pro Achse?!)

oder können. Ich meine ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ach, Herr Köster, hören Sie auf mit dem dummen Gewäsch!

Ich meine das nicht mal wirklich als Vorwurf. Ich wiederhole, ich meine das nicht mal direkt als Vorwurf, auch die Dienstfahrzeuge meiner Fraktion finde ich überdimensioniert.

(Dietmar Eifler, CDU: Oh!)

Es ist doch aber irre, dass Politik, die sich verbal immer zum Klimaschutz bekennt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

zulässt, dass Automobilkonzerne ihre größten, klimaschädlichsten Limousinen

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

mit dem höchsten Kraftstoffverbrauch besonders rabattieren und somit nahezu den Zwang ausüben, diese zu leasen, und nicht klimafreundlichere Modelle.

(Andreas Butzki, SPD: Sie fahren auch Auto, nicht Eisenbahn.)

Es nützt nichts, meine Damen und Herren, wir müssen uns selbst an die Nase fassen und unser Verhalten ändern.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Und noch ein Beispiel möchte ich nennen: Aus meiner Sicht ist es dringend erforderlich, dass wir unsere Diskussionen zur Energiewende wieder deutlicher mit der Notwendigkeit des Klimaschutzes verbinden.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

Mit Sorge erkenne ich, dass die Diskussionen zur Ausweisung der Windenergieeignungsgebiete zunehmend irrationale Züge annehmen. Dafür gibt es zahlreiche Ursachen, auf die will ich jetzt hier nicht eingehen. Aber fast alle Protestbriefe, die mich erreichen, beginnen damit: „Wir sind für die Energiewende, aber ...“, und dann kommen viele Gründe, warum nun gerade nicht in der eigenen Nachbarschaft.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich habe zunehmend den Eindruck, dass der Einleitungssatz nur dasteht, weil es opportun ist, weil es heute einfach zum guten Ton gehört.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich habe es schon einmal gesagt, Klimaschutz ist eine umfassende Aufgabe und erfordert zahlreiche Maßnahmen in allen gesellschaftlichen und sonstigen Lebensbereichen. Aber ohne die Energiewende beim Strom, bei der Wärmeversorgung, bei Kraftstoffen kann von Klimaschutz keine Rede sein. Das wieder deutlicher zu machen, ist unser aller Aufgabe. Ich hoffe, wir sind uns hier im Hohen Hause quer durch alle demokratischen Fraktionen einig, dass wir keinen Stillstand beim Klimaschutz zulassen dürfen.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Wenn das aber so ist, dann können Sie eigentlich gar nicht anders, als unserem Antrag zuzustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Seidel.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich glaube, jetzt stellt er seine Vaterschaft infrage.)

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Dr. Schwenke, ich glaube, das mit dem Antrag und der Zustimmung wird schwierig werden.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Aber ich bin aus einem anderen Grund noch mal nach vorne gekommen, weil ich gerne im Zusammenhang mit meiner Vaterschaft und dem Thema Steinkohlekraftwerk etwas prinzipiell richtigstellen möchte.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kommt jetzt ein Adoptionsangebot?)

Nein, nein, nein, nein. Ich glaube, da haben Sie bedauerlicherweise, aus Ihrer Sicht zumindest, das falsche Beispiel gewählt. Wissen Sie, warum?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das werden Sie mir gleich sagen.)

Ja, das werde ich Ihnen jetzt sagen.

Dieses Projekt ist ein Projekt der rot-roten Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Bernd Schubert, CDU: Genau.)

und Ihr Minister, Herr Holter – den ich durchaus schätze, keine Frage, aber jetzt muss er dazu stehen –, hat in seinem Landesraumordnungsprogramm die Kohle in Lubmin als möglichen Rohstoff für Energieerzeugung ausdrücklich ausgewiesen. Und ich sehe und sah es als meine Pflicht als der nachfolgende Minister, und ich glaube, das ist die Pflicht jedes deutschen Landesministers, dass man jedem Investor in diesem Lande ein rechtsstaatliches Verfahren ermöglicht,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. So ist es.)

nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Rainer Albrecht, SPD – Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Und jetzt will ich Ihnen sagen, ich war zufälligerweise am Wochenende dort und habe dieses gesamte Gewerbegebiet noch mal besichtigt. Ich muss ganz ehrlich sagen, mir hat das Herz geblutet. Ich sehe dort ein Gewerbegebiet, wo wir eine Kläranlage gefördert haben in zweistelliger Millionenhöhe. Ich sehe dort nagelneue Anlagen der Infrastruktur, sprich Bahn, sprich Straße, nagelneu, ein Hafen, ich glaube, auch zweistellige Millionenhöhe. Also wenn man das mal zusammenrechnet, kommen dort Summen zusammen, die sind immens. Wenn ich mir noch die Rückbaugelder angucke, sind es Milliarden.

So, und dort finde ich dann vier, fünf Unternehmen mit relativ bescheidenen Aktivitäten. Ich will da nichts schlechtmachen, das, was da ist, ist Gott sei Dank gut, aber es ist wenig. In der großen Kraftwerkshalle liegen noch drei Teile von „Liebherr“, dort wird gar nichts mehr

gemacht. Da blutet mir das Herz, und insofern finde ich, dieses Beispiel ist kein gutes Beispiel, wenn man das hier so anspricht. Wir hätten dort mit einer Energieerzeugung auf jeden Fall eine Menge an hochwertigen industriellen Arbeitsplätzen hingekriegt. Das muss man auch ins Verhältnis setzen bei aller Sorge um den Klimaschutz und dergleichen mehr.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das wollte ich noch mal feststellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Seidel.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rudi Borchert für die Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich meinen Redebeitrag anmeldete, wusste ich ja noch nicht, was mein geschätzter Kollege Jürgen Seidel hier sagen wird. Deswegen nutze ich die Gelegenheit und nehme darauf mal kurz Bezug. Das fällt mir insofern sehr leicht, weil ich ja – der eine oder andere wird es wissen – ein aktives und, wie ich finde, auch relativ erfolgreiches Mitglied der Initiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ war.

Für mich, und ich spreche auch für viele, viele Genossinnen und Genossen der SPD,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Oha!)

war es niemals ein Projekt von Rot-Rot, sondern es dürfte bekannt sein, dass es da auch innerhalb der SPD nicht nur vor Ort, sondern in der Landespartei gut begründete, gut begründete Ablehnung gab. Aber das insofern zur Historie.

(Egbert Liskow, CDU:
Das stimmt doch nicht. –
Jürgen Seidel, CDU: Das stimmt
aber nicht. Das stimmt aber nicht.)

Ich möchte eigentlich hier vorne noch mal eine Brücke ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das war doch eindeutig so. –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Warum sind Sie denn,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

warum sind Sie denn bei dem Thema so aufgeregt?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Herren, bleiben Sie doch mal ganz ruhig! Ich bin nicht nach vorne gegangen, um mich zum Steinkohlekraftwerk Lubmin zu äußern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Leute, das Thema ist so was von tot!)

Ich werde gleich noch mal sagen, worum es geht. Ich wollte einfach nur noch mal eine kleine Replik in die Vergangenheit machen, aber entscheidend ist doch etwas anderes.

Mein geschätzter Kollege Jürgen Seidel, ich will nämlich jetzt gerade mal eine Brücke bauen, denn Sie haben an einem Punkt absolut recht. Wenn man erfolgreich Klimaschutz machen will, reicht es nicht, nur die Gefahren der Erderwärmung und des Klimawandels zu beschreiben, meine Damen und Herren. Das reicht nicht! Wenn ich nur das mache, werde ich keinen Erfolg haben, wenn Ende nächsten Jahres in Paris der nächste Weltklimagipfel ansteht und dort die entscheidende Frage diskutiert wird: Gelingt es uns, in der Welt ein neues Klimaschutzabkommen ab 2020 in Kraft treten zu lassen? Das ist nämlich die entscheidende Frage.

Und um solch ein Abkommen weltweit hinzubekommen, reicht es nicht, nur die Gefahren und die Horrorszenarien zu beschreiben, die, wie ich finde, durchaus berechtigt sind, sondern man muss zum Zweiten vor allem auch die Chancen deutlich machen. Es ist nämlich nicht so, dass Klimaschutz nur Geld kostet. Klimaschutz ist ein Wirtschaftsfaktor

(Burkhard Lenz, CDU: Dank Helmut.)

und die Umwelttechnologien und die gesamten Wirtschaftszweige, die damit verbunden sind, bieten erhebliche, erhebliche wirtschaftliche Chancen insgesamt für die Weltwirtschaft und insbesondere für die deutsche Wirtschaft gerade im Exportbereich.

Insofern, meine Damen und Herren, liegen wir da, glaube ich, gar nicht so weit auseinander, wenn es darum geht, in Zukunft auch hier im Land den Klimaschutz weiter voranzutreiben. Ich würde Sie einfach bitten, diesen Aspekt in der zukünftigen Debatte vielleicht auch noch stärker zu berücksichtigen, als das vielleicht heute in diesem Fall möglich war. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU:
Jetzt wird er Öl ins Feuer gießen. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, Kohle.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vaterschaftsanerkennungen sind ja so eine Sache,

(Jochen Schulte, SPD: Ja, wird teuer.)

aber wir lassen uns das Kuckucksei nicht ins Nest legen.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU: Oooh!)

Lieber Kollege Seidel, Sondierungsgespräche 2006 zwischen SPD und PDS, ich habe sie damals für meine

Partei geführt, zusammen mit dem geschätzten Kollegen Professor Dr. Wolfgang Methling. Die Frage, die an uns gestellt worden ist: Was hält die PDS eigentlich davon, wenn wir ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin bauen? Meine Antwort war: Nichts! – Die Sondierungsgespräche waren beendet.

(Jürgen Seidel, CDU: Da hätten Sie vorher das Raumordnungsprogramm ändern müssen! Vorher!)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3336. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3336 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Offshore-Konzept für Mecklenburg-Vorpommern entwickeln, Drucksache 6/3331.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Offshore-Konzept für Mecklenburg-
Vorpommern entwickeln
– Drucksache 6/3331 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich hätten wir das fast in verbundener Aussprache machen können, diese beiden Themen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zu spät!)

Aber das Thema Offshore ist, glaube ich, so wichtig, dass es sich lohnt, das mit einem Extraantrag zu bearbeiten.

Wenn wir über Offshore reden, reden wir natürlich auch über internationale große Konzerne, die sich in diesem Bereich engagieren, zum Beispiel die Firma Vattenfall aus Schweden. In Schweden gibt es eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen, und Anfang Oktober hat die beschlossen, dass Vattenfall aussteigen soll aus dem Thema Kohle und sich ganz engagieren soll im Bereich regenerative Energien.

Das ist ein wirklich hoffnungsvolles Signal, was da aus Schweden gekommen ist, und deswegen will ich es jetzt hier nicht unterlassen, wenigstens zu erzählen, was die

Reaktion darauf ist, auf diesen Beschluss. Der Ministerpräsident von Sachsen und der Ministerpräsident von Brandenburg haben einen, das ist ungewöhnlich, einen gemeinsamen Brief an die schwedische Regierung geschrieben und darum gebeten,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das nicht zu machen, ja.)

von diesen Plänen Abstand zu nehmen, weil doch die Braunkohle so unglaublich wichtig sei und – das ist die Krönung jetzt –, weil die Braunkohle wichtig sei für die Sorben, die in diesen Gebieten leben, wo die Braunkohle jetzt abgebaggert wird. Ausgerechnet die Sorben hatten den Beschluss gefasst als Verband, dass in ihrem Siedlungsgebiet keine neuen Braunkohletagebaue mehr aufgemacht werden sollen. Das ist schon echter Hammer, was sich da geleistet wurde. Und vor dem Hintergrund, kann ich sagen, haben wir es hier noch relativ kuschelig im Land, dass wir in eine gemeinsame Richtung gehen wollen und nur noch darüber streiten, auf welchem Weg und was ist der beste Weg dabei, aber nicht mehr diese grundsätzlichen Kämpfe führen, wie wir sie in Brandenburg oder in Sachsen führen müssten.

(Egbert Liskow, CDU: Unter Rot-Rot, ja.)

Ja, aber auch mit CDU-Regierung. Gut.

Also was möchten wir mit unserem Antrag erreichen? Wir sehen, dass der LEP vorgelegt wurde, und sicherlich eines der größten Aufregerthemen beim neuen LEP ist das Thema Offshorewindkraft und sind die Vorschläge der Landesregierung, Eignungsräume bis zu sechs Kilometer an die Küstenlinie heranzuziehen. Wir haben selber eine kleine Anhörung bei uns in der Fraktion gemacht, wo wir uns alle möglichen Fachleute eingeladen haben und uns intensiv damit beschäftigt haben. Und wir haben auch innerhalb der Fraktion durchaus sehr kontroverse Diskussionen zur Frage: Was ist der richtige Abstand zur Küstenlinie?

Aber warum wir das gemeinschaftlich vorlegen konnten als Antrag, ist der Punkt, dass wir sagen, wir brauchen, wenn wir in diese schwierige Diskussion gehen wollen, wesentlich mehr Vorbereitung, um vernünftige Argumente zu finden, wie wir mit den betroffenen Gemeinden reden sollen in dieser Diskussion.

Der Einwand war nicht ganz unberechtigt. Dieses Papier, LEP, ist im Landesplanungsbeirat vorgelegt worden, in dem ich zum Beispiel für unsere Fraktion sitze, und wir haben das Ding durchgewunken und gesagt, ja, das ist ein Diskussionsstand, so wollen wir in die Diskussion eintreten. Allerdings haben wir damals noch angenommen,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

allerdings haben wir damals noch angenommen, dass parallel das Landesenergiekonzept eigentlich kurz vor der Vorlage steht und wir damit eine Grundlage haben, in diese Diskussion einzusteigen. Das ist dann bis heute nicht erfolgt und das ist einer der ganz wesentlichen Punkte, die wir sowohl beim Thema Onshore als auch beim Thema Offshore immer wieder zu hören bekommen: Was wollt ihr denn noch weitere Anlagen irgendwo hinstellen, wenn doch volkswirtschaftlich niemand diesen Strom braucht? Das ist eines der ganz wesentlichen

Argumente, die wir onshore und offshore im Moment erleben.

Fakt ist, dass wir diesen Strom definitiv brauchen.

(Rudolf Borchert, SPD: Unbedingt.)

Und alle, die sich mit dem Thema Energiewende beschäftigen, wirklich alle, sind sich einig, dass die Windkraft der Leistungsträger der Energiewende sein muss. Anders wird es nicht funktionieren. Fotovoltaik kommt da nicht annähernd ran, Biogas wird wichtig sein als Regenergie. Aber wenn wir die Energiewende wollen, wenn wir uns dann in die Augen gucken, ist klar, Windkraft wird das Leistungspferd sein müssen.

Daraus folgt, wir müssen klare Ziele haben, was wir in Nord- und Ostsee zum Beispiel realisieren wollen und warum wir natürlich eine gewisse Belastung für diejenigen in Kauf nehmen wollen, die es sich wünschen würden, einfach auf eine freie Ostsee zu gucken, und die einfach nichts haben wollen. Das muss ich gut begründen, wenn ich damit ankomme. Und nur mit der Argumentation zu kommen, wir hätten doch auch Arbeitsplätze bei uns im Offshorebereich und die müssen ja irgendwas aufstellen, das reicht definitiv dafür nicht, weil dann stehen Arbeitsplätze gegen Arbeitsplätze. Natürlich sind diejenigen, die die Arbeitsplätze bereits haben im Tourismusbereich, klar der Meinung, die lassen wir uns da nicht streitig machen, im Zweifelsfall für die eigenen Arbeitsplätze und nicht für die einer Industrie, die irgendwas produziert.

Da ist auch ein kleiner Punkt, weil es immer wieder diskutiert wird, die regionale Wertschöpfung, ein ganz großes Thema. Auch das wird den Leuten natürlich immer erzählt, wir wollen regionale Wertschöpfung. Und dann kriegen sie mit, die Umformerplattform in irgendeinem Offshorewindpark in Mecklenburg-Vorpommern kommt aus Spanien. Da bricht das Ganze wie ein Kartenhaus zusammen, weil gesagt wird, also sorry, für spanische Arbeitsplätze, das kann ja wohl jetzt alles nicht wahr sein.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Richtig so!)

Da kann ich nur darauf drängen, dass wir sagen, lasst uns da sauber argumentieren. Es gibt kaum ein Bundesland, was so stark profitiert von der Energiewende in Deutschland wie Mecklenburg-Vorpommern. In den letzten Tagen ist gerade eine große Umformerplattform angefangen worden zu bauen, ich glaube, in Rostock auf der Werft,

(Jochen Schulte, SPD: Von Alstom.)

die für die Nordsee ist. Und das ist einfach so in der Wirtschaft, dass man nicht sagen kann, dieses Projekt rechnen wir mal raus aus dem Thema Energiewende, das ist ja nur für die Nordsee, das hat mit uns nichts zu tun. Wenn die Umformerplattform von irgendeinem Offshorewindpark aus Spanien kommt, dann beweist das, Energiewende bringt überhaupt nichts für die heimische Wirtschaft, weil die ist ja woanders gebaut worden.

Es ist das Wesen von Wirtschaft, dass es den Austausch gibt. Würde Nordex nur davon leben, was sie in Mecklenburg-Vorpommern aufstellen, wären die Arbeitsplätze sofort erledigt in Rostock. Das trifft auch für alle anderen

Firmen im Bereich Windkraft in Mecklenburg-Vorpommern zu, wie KENERSYS, eno energy und so weiter. Also deswegen kann ich da nur an eine saubere Debatte erinnern, mahnen und sagen, Leute, guckt euch an, was die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern auslöst. Das ist ein wirtschaftlicher Aufschwung, den wir dadurch erleben, und da haben wir noch eine ganze Menge Potenzial. Aber lasst uns nicht kleinliche Kirchturmpolitik machen und immer vorrechnen, wo kommt die Turbine her, ist es deswegen sinnvoll gewesen oder ist es nicht sinnvoll gewesen.

Zu den Punkten, die wir konkret beantragen: Wir möchten, dass es im Landesenergiekonzept eine genaue Zahl gibt, welche Ausbauziele wollen wir wann erreichen. Das ist auch wichtig für die Diskussion dieser küstennahen Eignungsräume, die durchaus als Vorhaltegebiete gedacht sind, wo wir nicht darüber reden, dass sie in den nächsten drei oder fünf Jahren gebaut werden, sondern mit einem deutlich späteren Horizont. Damit können wir auch eine Menge Druck aus der Diskussion nehmen, weil klar ist, selbstverständlich haben wir da Zeit, bestimmte Sachen noch zu überprüfen. Wir wollen nur die Räume erst mal freihalten und gucken, wie die Diskussion läuft. Denn wenn diese Räume einmal besetzt sind mit anderen Nutzungsarten, dann ist die Diskussion abgeschlossen zu dem Thema. Das wollen wir verhindern. Und natürlich muss auch die Landesregierung sich einen Plan dazu entwickeln. Was passt in solche Eignungsräume rein? Wie groß sind diese Anlagen? Wie sind die Abstände der Anlagen?

Und es ist, wenn ich sehe, was wir in anderen Bereichen für Mittel, für Gutachten ausgeben, zumutbar, ein Gutachten in Auftrag zu geben, dass die Visualisierung dieser Windparks objektiv versucht, weil wenn es die Windbranche macht, sagt die Tourismusbranche, sorry, das hatten wir uns so gedacht. Ihr macht die immer besonders klein, deswegen stimmt das alles nicht. Und in der „Ostsee-Zeitung“ sehen wir dann die anderen Fotomontagen, die zwar nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben, die aber alle auf die Bäume scheuchen. Deswegen ist es sinnvoll, dass ein Objektiver, nämlich die Landesregierung, sagt, wir geben das Geld aus, wir machen eine solche Visualisierung und treten damit in die Diskussion ein. Also auch das wäre sehr, sehr wichtig.

Dann brauchen wir natürlich die Abstimmung zwischen den Küstenländern, weil es nicht sein kann, dass wir hier meinen, wir machen die Energiewende ganz alleine. Wir brauchen die Abstimmung konkret mit der Nordsee, denn im schleswig-holsteinischen Teil der Ostsee wird es keine Offshorewindkraftanlagen geben. Die Projekte sind da – das war wohl eins – mehr oder weniger gestorben. Deswegen geht es um die Abstimmung mit der Nordsee.

Wir brauchen auch eine konkrete Haltung unserer Landesregierung, resultierend aus unserem Landesenergiekonzept gegenüber der Bundesebene. Wir brauchen da ein klares Auftreten, weil im Moment drückt sich die Bundesregierung einfach um eine klare Diskussion herum. Das ist, glaube ich, für alle deutlich, die sich mit dem Thema beschäftigen. Auf der einen Seite wird nach wie vor gesagt, bis zum Jahr 2050 wollen wir 80 Prozent des Stroms aus regenerativen Energien haben. Das ist ein mögliches Ziel. Wir GRÜNEN wollen bis 2040 100 Prozent haben. Da müssen wir uns auch ganz schön gegenseitig am Riemen reißen, ob wir das sozusagen gemeinsam stemmen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat 80 Prozent beschlossen, das ist gut, aber im EEG, im überarbeiteten, stehen plötzlich andere Zahlen. Da ist bloß noch von einem Ausbau bis maximal 15.000 MW die Rede. Und das muss gegeneinander gestellt werden. Da muss man diskutieren. Meint das EEG, dass das abschließend ist und dass da nichts mehr obendrauf kommt? Dann allerdings muss man sagen, mit den 80 Prozent, das wird nichts werden, oder aber man sagt klar und deutlich, das ist der Zeithorizont, den wir uns gesetzt haben, um einen guten, geregelten Ausbau hinzukriegen. Und wenn wir das geschafft haben, muss es selbstverständlich weitergehen, damit auch die Industrie, die jetzt hier investieren soll, ein Signal bekommt, ob das lohnend ist oder nicht.

Da kann man nur das warnende Beispiel USA anführen. Davon profitieren wir in Deutschland, von diesem warnenden Beispiel. Die machen nämlich ihre Energiewende in einem Stop-and-go-Prozess. Die machen immer zwei Jahre richtig Party, da werden unglaublich viele Anlagen aufgestellt, und nach den zwei Jahren bricht alles wieder wie ein Kartenhaus zusammen, weil sie das über so ein Steuergesetz machen, und das muss immer wieder erneuert werden. Zwei Jahre lang findet dann wieder nichts mehr statt, weil Republikaner und Demokraten hart über ganz andere Themen verhandeln, und dann geht es wieder zwei Jahre los. Und weil die Industrie sagt, da lohnt es sich nicht, deswegen dort etwas aufzubauen, profitieren wir in Europa richtig gut davon.

Aber das bedeutet, wenn wir aus diesen Fehlern lernen, dass wir auch bei uns klare Perspektiven aufbauen müssen, damit die Industrie weiß, lohnt es sich jetzt dranzubleiben oder ist eigentlich das Fähnchen umgeschwenkt in eine andere Richtung und wir ziehen uns zurück. Ich kann das wirklich auch von anderen Energiebereichen deutlich berichten. Auch ganz normale Stromversorger sagen, das Wichtigste, was wir in Deutschland eigentlich jetzt haben wollen, ist irgendwie eine langfristige Perspektive, egal ob es das Thema Kohle, Atom oder Regenerative angeht. Was überhaupt nicht geht, ist der permanente Wechsel. Ich werde das nachher noch fortsetzen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jaeger.

Ums Wort gebeten ...

Ach so, nein, erst mal muss ich sagen, dass im Ältestenrat vereinbart worden ist, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch. Wir eröffnen die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst freue ich mich, dass die Grundeinschätzungen, die die GRÜNEN mit ihrem Antrag zum Ausdruck bringen, mit den Regie-

rungsüberzeugungen zum Thema Offshorewindkraft in vielen Teilen übereinstimmen.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, ist fest überzeugt, die Offshorewindkraft stellt eine Riesenchance dar, eine Riesenchance für die Energiewende und ihr Gelingen – von Ihnen auch deutlich betont eben –, aber auch eine Riesenchance für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland. Für unsere Wirtschaft ist die Offshorewindkraft und die damit verbundene Industrie schon heute, auch deutlich dargelegt, ein erheblicher Faktor.

(Rainer Albrecht, SPD: Wirtschaftlich.)

Wer beispielsweise in Rostock den Hafen besucht, wird deutlich und sehr erkennbar die positiven Effekte der Offshorewindkraftindustrie sehen. So sehen Sie Stahlkonstruktionen für die Bodenverankerung von Offshorewindanlagen, sogenannte Monopiles, die durch die EEW, die Erndtebrücker Eisenwerke, direkt an der Hafenkante produziert werden. Als ich kürzlich mit meiner Tochter – vier Jahre – da vorbeifuhr, hat die ganz begeistert gerufen: Oh, guck mal Papa, ein Tunnel! Das war eine dieser Röhren. Das zeigt, welche Dimensionen dort produziert werden.

Es finden sich aber gleichermaßen im Lande bereits diverse Zulieferer für einzelne Komponenten für Offshorewindkraftanlagen, beispielsweise die, die Türme ausstatten. Da ist eine Menge an kleineren Teilen drin. Aber auch Befeuerungs- und Beleuchtungssysteme kommen zwischenzeitlich für die meisten Offshorewindparks aus Mecklenburg-Vorpommern.

Ein weiteres wirklich positives Beispiel sind selbstverständlich die Nordic Yards Werften, die mit den Plattformen für das Einsammeln und Umwandeln des Stroms hier vor allem in der Nordsee – eben auch schon deutlich formuliert – eine echte Erfolgsgeschichte geschrieben haben.

Wichtig für das Land und unsere Wirtschaft ist hierbei vor allem auch, dass die Offshorewindkraftindustrie eine ganz erhebliche Exportorientierung nicht nur in die Nordsee hinein hat, sondern auch eine erhebliche Exportorientierung in andere Nationalstaaten. Sowohl die Monopiles der EEW als auch diverse Komponenten, zum Beispiel die eben genannten Beleuchtungssysteme, werden in großem Umfang ins Ausland geliefert. Aktuell sind das vor allem Offshoreprojekte in der britischen und irischen See, die hier ganz erheblich Auftragsvolumen auslösen.

Alle diese Produkte und Unternehmen brauchen aber auch weiterhin einen starken heimischen Markt – Sie haben es angesprochen – für die Kontinuität der Planung. Ich spreche es an, und ich glaube, auch das wird man an der Küste bei den Diskussionen über das Landesraumentwicklungsprogramm deutlich sagen müssen, auch für die hier produzierenden Unternehmen: Das wird nie 100 Prozent Auslastung sein, aber immer eine Grundauslastung.

Hierfür, meine Damen und Herren, ist die Ostsee im Übrigen besonders prädestiniert, weil die Kosten für den Stromanschluss von Offshorewindparks bei uns circa 30 bis 40 Prozent unter jenen in der Nordsee liegen. Das hat ganz verschiedene Gründe:

Erstens stehen die Anlagen deutlich dichter an der Küstenlinie, sodass der Strom als Wechselstrom an Land transportiert werden kann. In der Nordsee wird er zunächst umgewandelt in Gleichstrom mit riesigem Aufwand. Das macht im Übrigen den größeren Teil der auf Nordic Yards gebauten Plattformen aus, die diese große Umwandlertechnik enthalten müssen. Wenn der Strom dann an Land angekommen ist, muss er zurückgewandelt werden in Wechselstrom, damit er normal hier genutzt werden kann. Dies verteuert den Netzanschluss nicht unerheblich und das wiederum ist für die volkswirtschaftliche Betrachtung nur begrenzt sinnvoll, ohne dass ich Nord- gegen Ostsee ausspielen will. Ich weise nur darauf hin, die Ostsee hat da erhebliche Vorteile, sie hat allerdings auch weniger Platz als die Nordsee.

Besonders sinnvoll, aber selbstverständlich vor allem auch für unsere eigene volkswirtschaftliche Entwicklung, und aus genau diesen beiden Gründen, die volkswirtschaftliche Verantwortung für die Energiewende im Übrigen in der gesamten Bundesrepublik auf der einen Seite, aber auch für die besondere Verantwortung für eine positive Entwicklung in unserer heimischen Wirtschaft, hat der erste Entwurf des Landesraumentwicklungsprogramms im Küstenmeer die Ausweisung neuer Windeignungsgebiete vorgesehen. Und genau in dieses Landesraumentwicklungsprogramm, davon sind wir überzeugt, gehört eine solche Planung auch.

Das Ziel der Landesregierung ist insoweit eindeutig und hier im Landtag im Übrigen auch diverse Male vorgetragen worden: Die Landesregierung setzt auf die Energiewende – und da haben Sie vollkommen recht, da sind wir viel, viel dichter beieinander als in vielen anderen Bundesländern – und sie setzt auf erneuerbare Energien als eine riesige wirtschaftspolitische Chance in unserem Bundesland. Wir setzen dabei insbesondere auf die Windkraftnutzung und dann geht es an Land gleichermaßen wie auf See.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Soweit teilweise Diskussionen geführt werden, ob man sich zwischen der Windkraftnutzung an Land oder auf See entscheiden sollte, wird man, glaube ich, in den Diskussionen, je nachdem, ob man auf dem Festland ist oder an der Küste, jeweils sehr deutlich antworten müssen, dass das Entweder-oder als Diskussion nicht ausreichen wird bei den Mengen, die wir mittelfristig an erneuerbaren Energien benötigen. Es werden beide Energieerzeugungsformen gebraucht werden, denn derzeit erreichen wir knapp 25 Prozent Anteil des erneuerbaren Stroms am Gesamtstromverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn ich in einigen Jahren 50, 70, 80 oder 100 Prozent – die Summen, diese Prozentzahlen sind ja erst mal nebensächlich – erreichen will, dann weiß jetzt bei 50 Prozent einer Verdoppelung jeder, was er sich vorstellen muss, was wir noch zubauen müssen, um wenigstens die 50 Prozent, gern auch 80 oder höhere Werte, zu erreichen. Und dann wird auch jedem deutlich werden, dass es nicht darum geht zu entscheiden, machen wir noch ein ganz bisschen an Land oder ein ganz bisschen auf See, sondern wir reden noch über richtige Dimensionen, und zwar an Land und auf See.

Das ist im Übrigen, dass man beides braucht, für die deutsche Energiepolitik auch nichts Neues. Wenn wir in

die alte konventionelle Zeit gucken, dann haben wir natürlich Kernkraftwerke gehabt, wir haben Braunkohlekraftwerke gehabt, Steinkohlekraftwerke, Gaskraftwerke, verschiedene Wasserkraftformen, wir haben dezentral in Stadtwerken in KWK-Anlagen Strom erzeugt. Also das Nebeneinander von verschiedenen Formen, das Verzichten auf reine Lehre ist uns nicht unvertraut in der Energieerzeugung.

Da eben gerade auch Offshorewindkrafterzeugung gebraucht wird, dies vor allem auch für die wirtschaftliche Entwicklung bei uns in Mecklenburg-Vorpommern eine Riesenchance darstellt, hat das Landesraumentwicklungsprogramm in seinem aktuellen Entwurf die Ermöglichung eines weiteren Ausbaus ganz bewusst aufgegriffen, auch mehrfach durchaus sehr kritisch diskutiert im Planungsbeirat.

Aber die Windkraftnutzung auf See konkurriert selbstverständlich mit vielfältigen anderen Nutzungsinteressen auf See. Diese sehr unterschiedlichen Interessen und Ansprüche sind gegen- und miteinander in Einklang zu bringen und abzuwägen. Ich habe deswegen sehr früh versucht, deutlich zu machen in den Veranstaltungen zum Landesraumentwicklungsprogramm, dass die beiden großen Beteiligungswellen, die erste ist gerade abgeschlossen, der Öffentlichkeit sehr ernst gemeint sind. Und deshalb sage ich an dieser Stelle gern auch noch mal sehr deutlich: Es gibt kein bereits feststehendes Ziel, diese oder diese Gigawattzahl muss zwingend erreicht werden. Das würde uns dem Vorwurf aussetzen, dass die Beteiligung nichts anderes ist als eine Pro-forma-Beteiligung, weil das Ziel von Anfang an feststeht. Den Eindruck würde ich gerne deutlich vermeiden, weil wir durchaus wesentliche Hinweise in der ersten Beteiligungswelle erhalten haben, die natürlich Einfluss nehmen müssen auf den Abwägungsprozess.

Ich glaube auch, dass eine ernst gemeinte Beteiligung Akzeptanz am Ende erhöht und dass sie ganz ernsthafte Dinge im Zweifel verändern muss und nicht von Anfang an ein Ziel feststehen kann, das auf Teufel komm raus hinten erreicht werden muss. Deshalb bin ich da ein bisschen im Zwiespalt mit Ihrem Wunsch nach einer sehr genauen Zielzahl, die vorne steht. Das würde die Debatten nicht zwingend erleichtern.

Aber ein Ziel, das will ich gerne gleichwohl an dieser Stelle mit bekunden, ist im festen Blick: Das Land Mecklenburg-Vorpommern will auch nach 2020 – das ist das Jahr, bis zu dem wir 6,5 Gigawatt in Nord- und Ostsee nach der EEG-Reform erreicht haben wollen – noch Entwicklungsmöglichkeiten für Offshorewindkrafterzeugung auf der Ostsee vorhalten. Die bisher im Küstenmeer, also in unserer Planungshoheit befindlichen, bisher bereits festgeschriebenen beiden Bereiche sind entweder bereits genutzt, das ist Baltic 1, oder jetzt mit einer Genehmigung versehen, das ist Arcadis Ost. Und Arcadis Ost hat signalisiert, in den kommenden Jahren auch bauen zu wollen.

Also die beiden, die wir schon im Küstenmeer geplant haben, werden aller Voraussicht nach bis 2020/2021 umgesetzt sein. Alle anderen Planungen, die denkbar sind, sind durch den Bund in der Außenwirtschaftszone geplant worden, also außerhalb der Landeszuständigkeit. Das macht es im Übrigen in der Nordsee auch nicht ganz einfach, mit den anderen Bundesländern Kontakt aufzunehmen. Alles, was in der Nordsee passiert, ist nicht in

Bundesländerhoheit unserer norddeutschen Nachbarländer, sondern ausschließlich in der AWZ durch den Bund erfolgt.

Aber auch in der AWZ der Ostsee sind die Projekte bereits im Bau beziehungsweise für die kommenden zwei bis drei Jahre angekündigt. Eine kontinuierliche industriepolitische Entwicklung – gerade die war dem Abgeordneten Herrn Jaeger ja eben auch bedeutsam und das unterstreiche ich gerne – braucht jedoch längerfristige und vor allen Dingen kontinuierliche Perspektiven und nicht das eben angesprochene Stop-and-go: bremsen, zwei Jahre Gas geben, bremsen, zwei Jahre Gas geben. Und gerade dem dient das Landesraumentwicklungsprogramm.

Wir wissen jedoch, dass Offshorewindkraftprojekte sehr, sehr lange Vorlaufzeiten haben. Und gerade deshalb soll das Landesraumentwicklungsprogramm sehr langfristig Sicherheit bringen und industriepolitisch neue Entwicklungsperspektiven eröffnen. Zunächst konnte mit der EEG-Reform der Ausbau mit 6,5 Gigawatt bis 2019 fest definiert werden. Hierbei ist die Landesregierung im Übrigen dankbar, dass in diesen 6,5 Gigawatt die reellen, bis dahin umsetzbaren Projekte in der Ostsee erfasst sein dürften. Für den Zeitraum danach sind pro Jahr zwei weitere Windparks auf See im jetzigen EEG in der aktuellen Fassung vorgesehen.

Genau für diese dann fortlaufende langfristige Perspektive wollen wir mit unserem LEP-Entwurf Perspektive schaffen. Es geht darum, sehr langfristig entsprechende Möglichkeiten vorzuhalten. Wir gehen im Übrigen als Landesregierung davon aus, dass sich die Offshorewindkraft bis 2020 rein praktisch bewähren wird, ihre Tauglichkeit, ihre Preistauglichkeit unter Beweis stellen wird.

Bis dahin wird eine Vielzahl weiterer Projekte realisiert sein, gerade auch bei uns in der Ostsee, wie ich es eben schon genannt habe. Erst mit diesen wird dann praktisch bewiesen und diskutiert werden können, dass wir zum einen die derzeitigen Kosten, die offshore zum Teil vorgehalten werden in der Investition, drastisch senken können. In Studien ist ja auch schon prognostiziert worden, dass das 40 Prozent circa sein werden. Zum anderen wird die kontinuierliche und beinahe grundlastfähige Stromerzeugung auf See, die für uns sehr bedeutsam ist, um eine kontinuierliche Stromerzeugung sicherzustellen, bis dahin für alle erkennbar sein und in verschiedenen Windparks unter Beweis gestellt werden können.

Wir gehen davon aus, dass der derzeit ab 2020 im EEG vorgesehene Ausbaukorridor dann auch noch einmal politisch, bundespolitisch einer neuen Bewertung unterzogen wird. Ich gehe fest davon aus, dass dann auch bundesweite Ausbauziele für Offshoreanlagen neu definiert werden. Aber es braucht eben erst mal einen Sack voller praktischer Beispiele, die zeigen, dass es geht, wie es geht, und wie erfolgreich es geht. Ich gehe im Übrigen davon aus, dass wir dann auch die regelmäßig aktuell geübte Preiskritik mit Sicherheit noch mal neu bewerten werden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen – da bin ich für den Antrag noch einmal ganz besonders dankbar, weil das eine regelmäßige Parole ist, die getreten wird, dass die regelmäßig kritisierten 19,4 Cent je Kilowattstunde, die völlig isoliert als Zahl in den Raum gestellt werden für Offshorewindstrom, lediglich im soge-

nannten Stauchungsmodell die ersten acht Jahre gezahlt werden –, das EEG hat immer eine Preisvergütungsbindung für 20 Jahre, und zwar die ersten 8 Jahre 19,4 im Stauchungsmodell, die weiteren 12 Jahre fällt dieser Windpark dann auf 3,9 Cent pro Kilowattstunde nach dem Regelmodell. Wenn Sie das im Durchschnitt für 20 Jahre angucken, sind wir bei knapp über 10 Cent die Kilowattstunde im aktuellen Vergütungsmodell, meine Damen und Herren.

Das in Großbritannien – weil vorhin auch einmal „Kraftwerk“ ganz laut gerufen wurde aus dem Saal – neu zu errichtende und geplante Werk hat durch den britischen Staat vor Kurzem eine 35-jährige, nicht wie bei uns 20-jährige, eine 35-jährige Preisgarantie erhalten einschließlich fortlaufendem Inflationsausgleich, was wir im EEG auch nicht tun, und zwar in Höhe von 10,6 Cent je Kilowattstunde als Einstiegsvergütung plus Inflation über 35 Jahre.

Wenn Sie sich das anschauen, meine Damen und Herren, zeigt das deutlich, Offshorewindstrom ist schon heute längst mit konventionellen Energieerzeugungsformen, wenn diese neu errichtet werden müssen, konkurrenzfähig.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Heinz Müller, SPD)

Und für Offshorewindstrom ist ein deutlicher Preisverfall nach der jetzt bevorstehenden ersten Errichtungswelle, da sind wir in der Lernkurve erst am Anfang, in den kommenden drei bis fünf Jahren zu erwarten. Dann rufe ich noch mal den eben genannten Preisvergleich gerne auf.

Dies zeigt, welche erheblichen Kostenvorteile Offshorewindkraft für die Energiewende noch mit sich bringen wird. Und für alle diese Entwicklungen will und wird das Landesraumentwicklungsprogramm Vorsorge treffen. Dabei wird in den jetzigen beiden Beteiligungswellen der mögliche Rahmen für die Neuausweisung von Offshore-eignungsgebieten ermittelt werden können. Dies soll und wird als ernsthaft ergebnisoffener Prozess gestaltet werden. Damit vertragen sich von Anfang an ganz fest vorgesehene Mindestausbauziele nicht ganz einfach. Das weckt Misstrauen in einem ernsthaft ergebnisoffenen Prozess.

Wichtig ist der Landesregierung aber umgekehrt auch, hier deutlich zu sagen, auch weiterhin wollen wir einen namhaften Anteil an der Offshoreentwicklung in der Ostsee sicherstellen, vor allem im Interesse der heimischen Wirtschaft und der industriellen Entwicklungspotenziale, die dieses Land an dieser Stelle hat. Und wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, der der Aufstellung oder der Bearbeitung des Landesraumentwicklungsprogrammes, dann will ich auch gern die kommunalen Wünsche, die in Veranstaltungen schon mal als Plan B angeregt worden sind, nämlich die, die nah an der Küste liegen und dann diese Dinge sehen, aufgreifen. Das habe ich bereits in Veranstaltungen zugesagt. Wenn also das Landesraumentwicklungsprogramm 2016 Gesetzeskraft im Verordnungswege erlangt, will ich gern eine Erweiterung des bis dahin sicherlich beschlossenen Bürger- und Kommunalbeteiligungsgesetzes für Offshorewindparks ernsthaft prüfen, mit den Kolleginnen und Kollegen angehen

(Regine Lück, DIE LINKE:
Da sind ja alle Messen gesungen.)

und damit die Kommunalbeteiligung für die mit dem neuen Landesraumentwicklungsprogramm ausgewiesenen neuen Offshorewinddeignungsgebiete sicherstellen. Das ist aber erst einmal Zukunftsmusik.

Und auf den Zuruf eben hingewiesen: Vorher sollte das Landesraumentwicklungsprogramm in der Tat fertig sein. Sie sagen, alle Messen sind gesungen. Da wir aus den aktuellen Projekten wissen, dass zehnjährige Vorlaufzeiten für einen Offshorewindpark nicht untypisch sein werden, zeigt sich, wie viel Zeit wir noch haben werden hinterher, um dann auch andere Gesetze anzupassen und darauf vorzubereiten. Das derzeit als Entwurf vorgelegte Landesraumentwicklungsprogramm wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2016 Gesetzeskraft erlangen. Zeitdruck besteht angesichts der dann circa zehnjährigen Vorlaufzeiten, selbst wenn sie achtfährig werden, weil wir gelernt haben, für Offshorewindparks also erkennbar nicht.

Zunächst werden wir aber mit den aktuell in der Planung und Umsetzung befindlichen Offshorewindparks in der Ostsee unserer Wirtschaft wichtige Impulse geben und schon jetzt zeigt sich insbesondere auch in Hafennähe und in den Häfen unseres Landes sehr, sehr deutlich, welche wirtschaftspolitischen Chancen hier im Land mit Offshorestrom verbunden sind. Wir sind deshalb nicht auf eine abstrakt theoretische Ermittlung, das war ja Ihr Wunsch, von Wirtschaftspotenzialen durch die Offshorewindkraft beschränkt. Vielmehr ist längst in der Wirtschaft unseres Landes praktisch erkennbar, welche erheblichen Potenziale dadurch bereits entstanden sind. Ein Besuch der Windenergiemesse, den ich mit einigen von Ihnen teile, in Hamburg vor einigen Wochen und der dort ausgestellten Beiträge aus unserem Land hat dies im Übrigen jedem deutlich vor Augen geführt. Gleiches lässt sich im Übrigen auch durch einen Besuch des Rostocker Hafens, des Sassnitzer Hafens und an anderen Stellen im Land deutlich erkennen.

Offshorewindkraft hat durch Baltic 1 und den aktuellen Bau von Baltic 2 längst Fahrt aufgenommen und ist wirtschaftspolitische Realität in diesem Land geworden mit all ihren Chancen. Die weiteren durch Iberdrola, durch E.ON, durch Arcadis Ost geplanten Investitionen haben bereits praktische Auswirkungen auf den Hafen und die Industrie unseres Landes. Die weiteren Investitionen werden aber insbesondere die Potenziale der Offshorewindkraft unter Beweis stellen, sodass wir da mit dem Bund mit Sicherheit auch neu diskutieren werden.

Jetzt eine bundesweite Debatte über die Offshorebedingungen in zehn Jahren loszubrechen, wie es der Antrag anregt, das würde nach meiner Einschätzung in der bundespolitischen Ebene und auch in anderen Bundesländern zurzeit keiner verstehen. Die EEG-Novelle ist gerade abgeschlossen. Vielmehr wird jetzt erst mit den gerade im Entstehen befindlichen Windparks auf See der Beweis angetreten werden, dass Offshorewindstrom alle bisherigen Erwartungen deutlich übertreffen wird. Dann wird sich zum Ende unseres jetzigen Jahrzehnts eine neue Diskussion im Bund über den Umfang der Offshorewindkraft ergeben. Die Landesraumentwicklungsplanung wäre übrigens schon allein für die ab 2020 erwarteten zwei neuen Offshorewindparks pro Jahr in Nord- und Ostsee sinnvoll und erforderlich, um die Perspektiven nutzbar zu machen.

Die von mir erwartete Erfolgsgeschichte, die die jetzt entstehenden Offshorewindparks in der Ostsee schrei-

ben werden, genauso wie die in der Nordsee, wird aber sicherlich noch einmal zu einer bundespolitischen Neubewertung führen. Das wird erst recht die Ausweisung neuer Winddeignungsgebiete erforderlich machen in unseren Planungsprozessen. Und genau diese Chancen für unser Land und unsere Wirtschaft sichert unser Entwurf für ein neues Landesraumentwicklungsprogramm. All das findet auch seinen richtigen Platz in genau diesem Programm. Dort gehört es hin. Dieses Konzept wird die Ziele und Planungen des Landes, so hoffe ich, deutlich machen und in Diskussionen deutlich machen können. Ein Blick auf unsere Wirtschaft macht die Erfolge der Offshorewindkraft in unserem Land schon jetzt mehr als deutlich. Das Programm wird es dann noch einmal planerisch abbilden. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Da die angemeldete Redezeit des Ministers um 100 Prozent überschritten wurde,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heinz Müller, SPD: Was heißt das in Minuten? –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wichtiges Thema, da
kann man ja auch ruhig ein bisschen länger
reden. – Zurufe von Manfred Dachner, SPD,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

verweise ich auf Paragraph 85 unserer Geschäftsordnung „Zusätzliche Redezeiten“, wonach jetzt die Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, zusätzlich diese Redezeit zur Verfügung gestellt bekommen.

Ich rufe auf den Abgeordneten Herrn Borchert für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Offshorewindenergie ist notwendig, weil sie unverzichtbar ist für den Erfolg der Energiewende. Die Umstellung auf 100 Prozent und die Ablösung der fossilen Energieträger mit erneuerbaren Energien zu 100 Prozent ist nur im Energiemix der Erneuerbaren möglich und dazu gehört selbstverständlich auch die Offshorewindenergie. Alles andere würde praktisch bedeuten, man verabschiedet sich vom notwendigen Ziel, 100 Prozent Erneuerbare.

Zum Zweiten ist die Offshorewindenergie natürlich mit einem großen Vorteil ausgestattet. Sie hat annähernde Volllastfähigkeit, trägt somit auch zur Netzstabilität und zur Versorgungssicherheit bei und sie hat sehr große Wertschöpfungspotenziale, gerade für Mecklenburg-Vorpommern. Das ist von den Vorrednern auch schon ausdrücklich hier erläutert worden.

Es gibt auch Nachteile. Das sind die zurzeit zugegebenermaßen noch vergleichsweise relativ hohen Kosten. Aber der Minister hat zu Recht darauf verwiesen, dass die sogenannte technologische Lernkurve auch im Offshorebereich sicherlich dann tendenziell zu einer Kostenreduzierung führen wird bei den Investitionen. Es gibt einen zweiten Nachteil, aber ich glaube, den müssen wir in Kauf nehmen. Bei den Milliardeninvestitionen dürfte es

auch zukünftig schwer sein, dass sich Stadtwerke und Bürger beteiligen, so, wie wir es bei Onshore favorisieren.

Grundsätzlich: Die SPD-Position ist klar, wir stehen für die Offshorewindenergie, denn ohne Offshorewindenergie ist der Erfolg der Energiewende nicht möglich.

Zum Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag fordert ein Offshorekonzept für Mecklenburg-Vorpommern mit Ausbauzielen, Ausbausritten, Entwicklungsplanungen, Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele inklusive regionalwirtschaftlicher Potenzialanalyse. Mein Kollege Jochen Schulte wird auf das Thema „Regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse“ noch gesondert eingehen. Ich möchte mich auf die anderen Punkte konzentrieren.

Die Kollegen werden mir recht geben, wir hätten das auch in verbundener Aussprache machen können,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Hättet ihr gleich noch eine
Ablehnung gespart.)

weil die Frage, wie bewerten wir hier Ihren Antrag oder wie gehen wir damit um, ist die gleiche Begründung wie beim vorhergehenden Antrag. Wir halten nichts davon, mit einem gesonderten Offshorekonzept das Thema anzugehen, sondern wir betrachten diese berechtigten Fragen als Bestandteil des angekündigten Energiekonzeptes einfach besser platziert. Insofern ist aber die heutige Debatte notwendig und auch richtig. Allerdings in der Umsetzung, wie gesagt, gehen die Koalitionsfraktionen – wie ich finde, völlig richtig – einen anderen Weg und halten demzufolge Ihren Antrag für entbehrlich und werden ihn auch ablehnen.

Im Übrigen verweise ich auf den eigentlich bekannten Vorschlag des Landesenergiegremiums zum Energiekonzept des Landes, verabschiedet und einstimmig beschlossen im Landesenergiegremium Anfang August 2013. Dort befinden sich bereits wichtige Aussagen, zumindest für die Potenziale der Offshorewindenergie. Dieses Gesamtpotenzial ist dort definiert mit 5 bis 6 Gigawatt, davon in der AWZ 4 Gigawatt, und demzufolge an Küsten innerhalb der 12-Meilen-Zone 1,3 Gigawatt. Das sind klare Aussagen, die so wie bisher im Entwurf des Energiekonzeptes stehen, zugegebenermaßen als Potenzial definiert. Aber daraus gewisse Zielsetzungen abzuleiten, ich glaube, das dürfte dann nicht so schwierig sein – ich gebe zu, Zahlen noch vor Verabschiedung des EEG. Nichtsdestotrotz, wenn man sich mal konkret anguckt, was ist erreicht worden im Land Mecklenburg-Vorpommern im Bereich Offshorewindenergie, dann werden wir feststellen, dass tendenziell dieses Potenzial, wie ich finde, als völlig realistisch einzuordnen ist.

Wie sieht die aktuelle Situation aus? Wir haben bereits am Netz im Betrieb Baltic 1 mit 50 MW und Arcadis Ost ist gerade genehmigt worden, mit 350 MW demnächst am Netz, beides im Küstenmeer. In der AWZ bereits im Bau sind Baltic 2 mit 290 MW, Arkona-Becken Südost und Wikinger, genehmigt mit 320 beziehungsweise 400 MW, und auch bereits genehmigt GEOFFrE mit 25 MW. Das heißt in der Summe: Bei den Anlagen, die momentan im Betrieb sind, die im Bau sind und auch genehmigt sind, haben wir bereits jetzt zu erwarten, dass wir in etwa sechs bis acht Jahren 1,4 Gigawatt praktisch am Netz haben werden. Das eigentliche Zwischenziel bis 2023, das wurde im Landesenergiegremium auch diskutiert, mit 2 Gigawatt

wäre unter dem Gesichtspunkt „neues EEG“ durchaus realistisch.

Ob man, Herr Minister, und in welcher Form das konkret in das Konzept schreibt, sei mal dahingestellt. Ich kann Ihre taktischen Überlegungen durchaus nachvollziehen. Unabhängig davon sind diese Potenziale und auch die bisher erfolgten Ausbausritte Fakten, also bereits Realität und machen deutlich, welche großen Chancen bei uns vor der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern mit der Offshorewindenergie verbunden sind.

Meine Damen und Herren, wenn man sich diese Zahlen zu Gemüte führt und sie sich ansieht, wird man sehr schnell erkennen, es wird alleine mit Windenergieanlagen weit auf der Ostsee, am besten nur in der AWZ, nicht funktionieren. Wir werden damit praktisch unsere Ziele nicht erreichen. Hinzu kommt, dass natürlich gerade die Anlagen im Bereich der 12-Seemeilen-Zone selbstverständlich kostengünstiger sind, in der Regel zumindest, als in der AWZ, auch wenn sicherlich die Baugründe zum Teil etwas schwieriger sind. Aber allein von den Tiefen und von den Entfernungen auch für die Leitungskorridore sind Windparks im Küstenmeer deutlich kostengünstiger als in der AWZ. Insofern muss es unser Interesse sein, in der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms, im aktuellen LEP, möglichst viele neue Eignungsgebiete und Leitungskorridore für Offshorewindenergie auch innerhalb des Küstenmeeres zu sichern.

Allerdings, das möchte ich auch deutlich sagen, für die SPD-Fraktion ist völlig klar, dass dabei selbstverständlich mit Augenmaß und mit hoher Sensibilität die Anforderungen sowohl von Tourismus als auch Naturschutz berücksichtigt werden müssen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Das schränkt logischerweise das theoretische Potenzial in der Realität stark ein. Aber ich glaube, wer es ernst meint mit der Energiewende, wer es ernst meint mit Offshorewindenergie, wird an einer Neuausweisung von Offshorewindenergiegebieten im Küstenmeer nicht vorbeikommen und kann nicht darauf verzichten.

Ich möchte, meine Damen und Herren, dann noch kurz eingehen auf Punkt 2 des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wenn man so will, hat man eine klassische Oppositionsforderung, das sei mir gestattet, hier zu sagen, weil in diesem Punkt 2 von uns erwartet wird – oder vom Landtag –, dass wir die Landesregierung auffordern, sie möchte sich auf Bundesebene für gute Rahmenbedingungen für Offshorewindenergie einsetzen. Ich halte diesen Punkt 2 ehrlich gesagt für überflüssig, weil ich glaube, das dürfte inzwischen auch die Opposition erkannt haben und hat es zum Teil auch verbal bereits sogar anerkannt, dass gerade bei der Neugestaltung und Reform des aktuellen EEG unsere Landesregierung beim Thema Offshore nicht nur sehr aktiv war, sondern durchaus erfolgreich war, was teilweise dazu führte, dass es Kritiker im Land gab, die der Meinung waren, die Landesregierung setzt sich zu stark für Offshoreinteressen ein und zu wenig für andere Bereiche der Energiewende. Ich halte diese Forderung für unberechtigt. Aber eins kann man der Landesregierung wirklich nicht vorwerfen, dass sie sich nicht konsequent und auch erfolgreich eingesetzt hat für relativ gute Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die Entwicklung der Offshorewindenergie, und das gegen starken Widerstand vor allen Dingen natürlich der

bekannten süddeutschen Länder, in dem Falle auch parteiübergreifend.

Insofern noch mal zum Schluss ganz klar die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Auf die Aspekte der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen wird mein Kollege Jochen Schulte eingehen. Ich möchte mich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich dafür bedanken, dass die Landesregierung das Thema Offshorewindenergie so weit nach vorne getrieben hat und so erfolgreich ist. – Insofern vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Lück für die Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon viel gesagt worden. Im Antrag der Bündnisgrünen wird im ersten Punkt das Konzept zur Windenergienutzung auf See gefordert, mit anderen Worten also das Offshorekonzept fürs Küstenmeer. Da ist das Land zuständig. Im Punkt 2 werden auf Bundesebene verlässliche Rahmenbedingungen gefordert für den Windenergieausbau bis 2030. Also da sagen wir: Ganz ohne Offshorewindkraftnutzung geht es nicht. Meine Vorredner meinen sogar, sie ist notwendig, um die Energiewende zu meistern. Wir vertreten jedoch den Standpunkt, so viel wie nötig, nicht so viel wie machbar. Unabhängigkeit von wenigen Stromanbietern, dezentrale Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten sind mit Offshorewindparks kaum zu machen.

Die nach unten korrigierten Ziele für den Offshorewindenergieausbau entsprechen dem real Machbaren. Der Offshoreausbau erfolgt sehr viel langsamer als ursprünglich erwartet, und wie wir alle wissen, lassen sich die Zahlen in die eine oder andere Richtung natürlich immer korrigieren. Wie unberechenbar Politik ist, erleben wir aktuell. So wird spekuliert, ob Deutschland zum „Zweistromland“ werden könnte.

(Heinz Müller, SPD: Mesopotamien.)

Von einem nördlichen und einem südlichen Energiemarkt und Energiepreis ist die Rede, weil die CSU keine neuen Stromtrassen will. Der Norden würde dann auf der Windenergie sitzen bleiben, während der Süden auf Solarenergie setzt und neue Gaskraftwerke bauen lassen will. Das kann und will ich hier jetzt nicht weiter vertiefen, das ist auch heute nicht unser Thema. Vielmehr will ich auf die Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms eingehen.

Seit Monaten wird heftig über die Ausweisung von Offshorevorrang- und -vorhaltsgebieten im Küstenmeer diskutiert. Selbst die GRÜNEN, so lese ich im Antrag, monieren, dass es wohl auch übertrieben wurde mit der Ausweisung der Flächen im Küstenmeer, wenn ich den Antrag richtig verstehe in der Begründung, und deshalb seien die Widerstände so groß.

In der Tat sieht die Landesregierung oder das Energieministerium Potenziale für Windkraftnutzung im Küstenmeer, die mehr als ambitioniert sind. So schloss

der dem Landesplanungsbeirat mit Arbeitsstand vom Februar 2013 vorgelegte Entwurf zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms Windenergieanlagen außerhalb von Vorrang- und Vorhaltsgebieten nicht ausdrücklich aus. Im Bundesfachplan Offshore vom März dieses Jahres wird deutlich, was diese Ausweisung bedeutet hätte. Im Bundesfachplan steht zwar die deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone, die AWZ, im Fokus, aber die Planungen Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns für das Küstenmeer werden zumindest nachrichtlich aufgenommen. Während man – und hören Sie mal gut zu – in Schleswig-Holstein von einer Leistung von 125 bis 150 Megawatt ausgeht, meldet unser Energieministerium, also das Ministerium Mecklenburg-Vorpommern, sage und schreibe ein Potenzial von 4.000 bis 8.000 Megawatt auf einer Fläche von 565 bis 1.130 Quadratkilometern.

Im Entwurf des Landesraumentwicklungsprogramms zur ersten Beteiligung wird zumindest Windkraftnutzung außerhalb von Vorrang- und Vorhaltsgebieten ausgeschlossen. Derzeit umfassen Vorrang- und Vorhaltsgebiete zusammen 590 Quadratkilometer. Damit wäre eine Leistung von 4.000 Megawatt machbar, wenn man die Kapazität von Baltic 1 zugrunde legt. Bei leistungsstärkeren Anlagen wäre es noch deutlich mehr. Was das für eine Größenordnung ist, zeigt ein Vergleich:

In der gesamten AWZ der Ostsee werden laut Bundesfachplan Offshore für den Planungshorizont bis zum Jahr 2030 drei Cluster für Offshorewindkraftnutzung vorgesehen. Insgesamt wird mit einer Leistung der Windparks von 3.660 Megawatt gerechnet. Davon sind ein gutes Drittel genehmigte Windparks. 50 Hertz, für die Errichtung und den Betrieb der Übertragungsnetze für den deutschen Teil der Ostsee zuständig, geht von perspektivisch 5.000 Megawatt aus. Da frage ich mich schon: Übertreibt es Mecklenburg-Vorpommern mit der Flächenvorsorge für Offshore im Küstenmeer?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein.)

Die Frage muss erlaubt sein,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

die muss man stellen können hier, auch in der Debatte.

Selbst wenn der Mindestabstand zwischen Küste und Vorrang- beziehungsweise Vorhaltsgebieten von sechs auf zehn Kilometer erhöht werden würde, ständen immer noch knapp 300 Quadratkilometer Fläche für Offshorewindkraftnutzung zur Verfügung. So geht es aus einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Bündnisgrünen hervor. Auch das wäre immer noch reichlich viel Flächenvorsorge, denn der Planungshorizont des neuen LEP wird wie das LEP aus 2005, so hat es der Minister auch gesagt, wieder gut zehn Jahre betragen. Auch im Vergleich zur AWZ, für die aktuell für alle drei Cluster zusammen 178 Quadratkilometer Fläche für Windenergie vorgesehen sind, wirkt die Flächenvorsorge für das Küstenmeer reichlich überdimensioniert.

Minister Pegel räumt ein, dass es bei der derzeitigen Flächenausweisung nicht bleiben wird. Insbesondere – und das ist uns allen auch bekannt – Tourismusbereiche, aber auch Kommunen kritisieren den Mindestabstand von sechs Kilometern scharf.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Und, das möchte ich hier in der Debatte auch noch mal sagen, das ist wirklich ein großes Problem. Minister Pegel betont jedoch wiederholt,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

wie wichtig Offshorewindkraftnutzung für die Wirtschaft des Landes und gute Industriearbeitsplätze sei.

(Rainer Albrecht, SPD: Auch für die Kosten.)

Sicher ist jedoch nicht, ob und inwieweit Firmen zum Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern wirklich davon profitieren. Wissen Sie das? Können Sie diese Frage beantworten?

Sie fordern, Herr Jaeger, auch eine saubere Debatte ein in dieser Frage, bringen das Beispiel Spanien. Ihre Argumentation ist aber meiner Meinung nach auch diskussionswürdig. Tatsachen sprechen eine andere Sprache.

Und da bin ich schon bei dem Beispiel Spanien. Der spanische Energiekonzern Iberdrola wird den 1,4 Milliarden Euro teuren Offshorepark Wikingen nordöstlich von Rügen in der AWZ bauen. Zum Monatsanfang verkündete ein Sprecher von Iberdrola, man sei in der finalen Phase der Vertragsverhandlungen mit ausgewählten Lieferanten für Kabel, Fundamente, Umspannplattformen und die Windkraftanlagen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir haben in Spanien
50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Das ist
normalerweise ein Thema für die LINKEN.)

Nur die Hälfte der gesamten Investitionen soll in Aufträge für deutsche Unternehmen fließen. Der Baustart ist für 2015 vorgesehen. Den ersten Auftrag zum Bau der 70 Millionen Euro teuren Fundamente für die Umspannplattform vergab Iberdrola jedenfalls an eine spanische Firma und wohl auch die Umspannplattform. Damit geht natürlich der Stralsunder Werftenstandort Nordic Yards leer aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, so ist das manchmal.)

Iberdrola baut derzeit ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk in Berlin. Die Turbinen kommen aus Amerika, die kommen nicht aus Berlin. Also das sind Tatsachen. Und so könnten wir natürlich auch viele andere Gründe nennen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was ist das für eine Diskussion jetzt? –
Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Gründe der Globalisierung natürlich. Da haben Sie recht vom Argument her, aber es könnte noch viele weitere Beispiele dafür geben, Kolleginnen und Kollegen.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja, die haben
keinen Plan. Die haben keinen Plan.
Macht doch mal vernünftige Vorschläge!)

Anfang September dieses Jahres besuchte der Energieausschuss das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie am Rostocker Standort. Zu den Aufgaben des

Bundesamtes gehört die jährliche Aufstellung des schon erwähnten Bundesfachplanes Offshore für die AWZ. Aufschlussreich war die Antwort von Herrn Dr. Nolte vom Bundesamt auf die Frage von Dietmar Eifler im Rahmen des Besuchs, ob denn die derzeit ausgewiesenen Flächen ausreichend seien, um die energiepolitischen Ziele bis 2030 erreichen zu können. Ja, war die Antwort.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die festgelegten Ziele sind mit den durch Raumordnung festgelegten Flächen als auch mit der installierten Leistung bis 2025 und 2027 erreichbar.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hat DIE LINKE eigene Ziele,
oder was? Das ist doch die konkrete Frage.)

Ich führe mit Ihnen keinen Dialog, Herr Jaeger.

(Heinz Müller, SPD:
Das finden wir aber schade. –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle deshalb die Frage in den Raum: Brauchen wir überhaupt weitere als die bisher genehmigten in Betrieb befindlichen Windparks im Küstenmeer?

(Rainer Albrecht, SPD: Ja. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja. –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Die Leistung des Windparks Baltic 1, 16 Kilometer nördlich der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst, liegt bei 50 Megawatt. Kollege Borchert hat es gesagt: Für den Windpark Arcadis Ost 1, 19 Kilometer nordöstlich Rügens, soll im Jahr 2016 Baubeginn sein. Die 58 Anlagen werden 350 Megawatt Leistung erbringen.

Ich verweise also noch mal auf unser Nachbarland Schleswig-Holstein. Im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holsteins vom Jahr 2010 ist das Ziel der Raumordnung verankert: Ich zitiere: „Im schleswig-holsteinischen Küstenmeer wird die Windenergienutzung auf die Errichtung eines Offshore-Windparks als Test- und Demonstrationsanlage mit bis zu 55 Windkraftanlagen in der Ostsee ... begrenzt“, Zitatende.

In der Begründung wird klargestellt, dass bislang im Bereich der schleswig-holsteinischen Hoheitsgewässer von Nord- und Ostsee sowie der Elbe keine Eignungsgebiete für die Windenergienutzung dargestellt worden sind und auch zukünftig keine festgelegt werden sollen. Weiterhin wird begründet, dass in der Nordsee weitestgehend naturschutzfachliche Gründe gegen eine Windenergienutzung sprechen, aber auch Gesichtspunkte des Tourismus sowie der Belange der Schifffahrt.

(Rudolf Borchert, SPD: Die werden
doch bei uns auch berücksichtigt.)

Darüber hinaus gilt für Nord- und Ostsee, dass andere vorrangige Nutzungen und die Dichte der Nutzungskonkurrenzen für die Windenergienutzung keinen Raum lassen. Das wäre meiner Meinung nach und unserer

Meinung nach auch eine Option für Mecklenburg-Vorpommern, zumal auch Dr. Nolte vom Bundesamt im Rahmen des Ausschussbesuches äußerte, dass Naturschutzgründe und Belange des Tourismus gegen die Ansiedlung von Offshorewindparks sprächen und man sich deshalb auf die AWZ konzentriere.

Kolleginnen und Kollegen, ich frage weiter: Wenn schon unbedingt Flächenvorsorge, wie viel sollte es sein?

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ich bitte zu überlegen – hören Sie gut zu –, Teile der im ersten LEP-Entwurf ausgewiesenen Vorrang- und Vorhaltsflächen als Weißflächen zu belassen. Weißflächen sind noch nicht für bestimmte Nutzungen vorgesehene Flächen, die dann späteren Planungen für die Flächenvorsorge vorbehalten bleiben. Damit würden auch die Widerstände sinken. Für ein umfassendes Offshorelandesprogramm sieht meine Fraktion DIE LINKE keinen Bedarf.

(Rainer Albrecht, SPD: Oh! –

Heinz Müller, SPD: Aha! –

Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ausbauziele für Windkraft offshore und onshore sollten im Landesenergiekonzept und, ich habe ja heute dazugelernt, auch Klimakonzept formuliert werden. Unsere Fraktion wird sich also bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf die wirtschaftliche und energetische Bedeutung der Offshoretechnologie sind meine Vorredner alle eingegangen, deswegen erspare ich es mir, komme aber sicherlich später noch mal auf die wirtschaftliche Bedeutung ein Stück weit zurück.

Bedenklich, Herr Jaeger, finde ich Ihren Antrag schon. Und zwar ist es sehr deutlich geworden, dass Sie offensichtlich ein überhitztes Parallelverfahren anstreben, was neben der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes stattfinden soll. Das finde ich außerordentlich bedenklich, gerade wenn wir uns über die Akzeptanz dieser neuen Technologie bei der Bevölkerung unterhalten. Dann kann ich mit solch einem Antrag und solch einem Parallelverfahren, das ist ja deutlich geworden, in welcher überhitzten Art und Weise Sie es durchführen, einfach eher das Gegenteil erreichen von dem, was wir fast alle anstreben.

Herr Jaeger, dass die Herzen der GRÜNEN nicht nur für die Energiewende, sondern auch für die erneuerbaren Energien schlagen, dürfte allgemein bekannt sein.

(Egbert Liskow, CDU: Auch für die Fische. –

Zuruf von Johann-Georg Jaeger,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur Ihre Herzen schlagen für die erneuerbaren Energien, denn sicherlich auch die vieler Kolleginnen und Kollegen dieses Landtages,

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist gut so. –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da haben wir ja lange gebraucht, um das
zu verfolgen. – Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nur mit einem Unterschied – und jetzt kommen wir darauf –, nur mit einem Unterschied: Die Frequenz, wie die Herzen schlagen, die ist unterschiedlich. Und das ist gut so,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn wir dürfen nicht Gefahr laufen, dass die Energiewende in Deutschland aus den Fugen gerät. Die Energiewende als große Chance für die Zukunft braucht neben der Akzeptanz bei den Bürgern Planungssicherheit und Kontinuität sowohl bei den Investoren als auch bei den Verbrauchern. Mit Ihrem Antrag werden diese wichtigen Kriterien geradezu konterkariert. Ich will dies auch erläutern.

Gegenwärtig, und das habe ich schon erwähnt, findet das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes Mecklenburg-Vorpommern statt. In dem Landesraumentwicklungsprogramm sind sehr deutlich die Landesziele insbesondere zu der Ausweisung von Offshore- und Onshorewinddeignungsgebieten enthalten. Obwohl zu dem Beteiligungsverfahren noch keine konkreten Ergebnisse vorliegen, fordern Sie die Landesregierung schon jetzt auf, konkrete Konzepte zu erarbeiten und weitere konkrete Planungen zu veranlassen. Das, Herr Jaeger, das ist purer Aktionismus und geht nach meiner Auffassung an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes Mecklenburg-Vorpommern vorbei.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wie wollen Sie das all den Verfahrensbeteiligten, die sich fachlich und kritisch dazu geäußert haben, erklären? Da sollten Sie vielleicht auch noch mal eine Antwort drauf geben,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da gebe ich gern eine
Antwort drauf. – Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

noch dazu, wo das Beteiligungsverfahren noch ansteht. Sie verlangen, den dritten Schritt zu gehen, bevor der erste gegangen ist. Schon deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Zuvor will ich aber noch auf die wirtschaftliche Bedeutung und die damit verbundene Wertschöpfung für unser Bundesland eingehen. Mit circa 6.000 Arbeitsplätzen und etwa 50 Unternehmen trägt die Windenergiebranche in Mecklenburg-Vorpommern erheblich zur Wertschöpfung bei. Unternehmen, einige sind schon genannt worden, wie Nordex, Nordic Yards und Liebherr sind nur einige große Player auf diesem Wachstumsmarkt. Hinzu kommen zahlreiche Ingenieur- und Planungsbüros sowie Serviceunternehmen. Aufgrund dieser Bedeutung ist es umso verständlicher, dass sich die Landesregierung intensiv mit der Entwicklung der Windenergienutzung sowohl an Land als auch auf See befasst.

Bereits mit der laufenden Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes Mecklenburg-Vorpommern werden wesentliche Vorgaben zur zukünftigen Entwicklung der Offshorewindenergie in Mecklenburg-Vorpommern durch die Landesregierung festgelegt. So sind im ersten Entwurf der Fortschreibung des LEPs circa 590 Quadratkilometer des Küstenmeergebietes für die Offshoretechnologie vorgesehen.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie viel Quadratkilometer?)

Allerdings wird man erst am Ende des Verfahrens genau wissen, welchen Umfang ...

590 Quadratkilometer.

Allerdings wird man erst am Ende des Verfahrens wissen, welchen Umfang die Eignungsflächen im Küstenmeer konkret haben werden.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren, seitens der Bundesregierung wurden klare Zielvorgaben für die Installation von Offshoreanlagen gemacht. Der Ausbaukorridor bis zum Jahr 2020 beträgt 6,5 Gigawatt und soll bis zum Jahr 2030 15 Gigawatt erreichen. Derzeit liegen lediglich die Genehmigungen für 58 Windenergieanlagen im Windpark Arcadis Ost 1 im Küstenmeer unseres Landes vor. Für weitere Planungen sind ausreichende Vorkehrungen getroffen, um Offshoreanlagen im Küstenmeer errichten zu können.

Wie aus der Antwort der Landesregierung zu der Kleinen Anfrage der GRÜNEN hervorgeht, liegen weitere Anträge dafür allerdings jetzt nicht vor. Außerhalb des Küstenmeeres, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da ist die Bundesregierung Deutschland für die Ausweisung von Gebieten und Genehmigungen von Offshoreanlagen zuständig. Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dahin gehend aufgeworfenen Forderungen laufen daher auf Landesebene ins Leere.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes Mecklenburg-Vorpommern weist die Landesregierung ausreichend Räume für die Errichtung von Offshoreanlagen aus. Eine Abstimmung und Koordinierung mit der Bundesebene sowie mit anderen Küstenländern erfolgt regelmäßig, ist selbstverständlich und bedarf daher nicht der Aufforderung durch die GRÜNEN.

Die regionalwirtschaftlichen Potenziale habe ich eingangs dargestellt, kann sie aber auch noch verdeutlichen. Mit einem Jahresumsatz je Mitarbeiter von geschätzten 332.500 Euro und einer Wertschöpfung von 84.500 Euro bei circa 6.000 Arbeitsplätzen ist das Potenzial der Offshoreindustrie immens.

Zur wirtschaftlichen Teilhabe in Bezug auf die Offshoreanlagen hat die Landesregierung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie es gegenwärtig für ein ungeeignetes Instrument hält, zumal eine solche Beteiligung, meine Damen und Herren, nicht nur Chancen, sondern erhebliche Risiken in sich birgt. Vor diesem Hintergrund halte ich diese Vorgabe der Landesregierung für richtig.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Welche denn? Welche
Vorgabe denn konkret? Ich habe gehört,
die Landesregierung ist dafür wegen der
Wirtschaftlichkeit. Sie sagen, Sie sind dagegen.)

Ja, bin ich, ich bin auch dagegen, weil noch nicht ausreichend diskutiert und betrachtet worden ist, welche rechtlichen Risiken damit verbunden sind

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die Überhitzung.)

und in welchem Umfang diese entsprechenden Gemeinden und welche Gemeinden da zu beteiligen sind. Das Thema gehört sicherlich in die Diskussion, aber das heute schon festzulegen, halte ich für unrichtig und nicht geeignet.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das haben wir nicht gefordert.)

Steht in Ihrem Antrag aber drin, die Beteiligung.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein
Konzept vorzulegen, das beraten wird.)

Die Beteiligung, ja.

Es gehört also in jedem Fall in die Diskussion, in die Beratung, und die Risiken, die gegenwärtig erkennbar sind, sprechen deutlicher dagegen als die Vorteile, die sich daraus ergeben könnten.

Sehr geehrte Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seien Sie sich der Tatsache bewusst, dass die Bundesregierung ihre Ausbauziele im Bereich der erneuerbaren Energien sehr intensiv verfolgt. Aufforderungen seitens der einzelnen Bundesländer hierfür bedarf es nicht.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die Landesregierung wie auch die sie tragenden Fraktionen unterstützen die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Ausbauziele hinlänglich. Aus diesem Grund wird meine Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Kollegin Lück, gestatten Sie mir, dass ich vielleicht am Anfang meines Redebeitrages auf eine Anmerkung von Ihnen eingehe, die sinngemäß zusammengefasst sich so darstellte: Wie kann es sein, dass ein Offshorewindpark vor der hiesigen Küste, in dem Fall Wikinger, der von einem spanischen Energiekonzern errichtet wird, wie kann es sein, dass dort nicht die entsprechenden Plattformen und Installationen durch Unternehmen hier in Mecklenburg-Vorpommern gefertigt werden?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir dazu eine grundsätzliche Anmerkung. Erst mal, wir leben, und das nicht erst seit den letzten 25 Jahren, in einer globalisierten Welt und wer seine Anlagen – und das gilt auch für einheimische Unternehmen –, wer seine Anlagen nach China, in die USA oder wie jetzt gerade auch wieder erfolgt, durch Nordex nach Südamerika verkaufen will, der muss auch akzeptieren, dass im Ausland produzierte Anlagen in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern installiert werden.

(Heinz Müller, SPD: So ist das. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wer das will, sehr geehrte Kollegen, der muss sich grundsätzlich einmal die Frage stellen, wie sein Verständnis über einen freien Handel ist. Und wer sich diese Frage stellt, der wird dann auch die Antwort finden, dass es gerade für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, und das gilt in wesentlichen Teilen gerade auch für die, auch wenn es nach meiner Auffassung nicht genügend Unternehmen sind, die in Mecklenburg-Vorpommern im Export arbeiten, aber es gilt insbesondere auch für die einheimischen Unternehmen, die hier schon in den Redebeiträgen genannt worden sind, die halt nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern produzieren und dort ihre Arbeitsplätze schaffen, sondern insgesamt für den weltweiten Markt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch eine zweite Anmerkung dazu machen. Wenn wir bei dem Beispiel Wikinger bleiben, dann reden wir von einem Gesamtinvestitionsvolumen laut Mitteilung von Iberdrola von 1,4 Milliarden Euro. Und wenn man jetzt einfach mal die Mitteilung dieses Energieunternehmens nimmt, dann sind bereits bis heute 15 Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern daran beteiligt gewesen. Insgesamt geht Iberdrola davon aus nach den vorliegenden Vergaben, die noch nicht abschließend sind, weil bestimmte Zulieferunternehmen sind noch nicht von den Hauptauftragnehmern bezuschlagt worden, dass circa 50 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens – Iberdrola spricht, glaube ich, insgesamt von 800 Millionen Euro, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe – nach Deutschland fließen werden. Das vielleicht dazu.

Und eine letzte Anmerkung dazu. Es ist auch eine Frage der innereuropäischen Solidarität,

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So ist es.)

dass man einem Land wie Spanien mit einer Jugendarbeitslosigkeit von an die 50 Prozent bei Gelegenheit mal die Chance gönnt, einen wirtschaftlichen Erfolg zu haben, weil auch die Kolleginnen und Kollegen, die in Spanien in den entsprechenden Unternehmen und Betrieben arbeiten, haben ein Interesse daran, dass ihre Arbeitsplätze gesichert sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und ich glaube, gerade eine Fraktion wie DIE LINKE sollte doch dafür Verständnis zeigen. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich – der Kollege Borchert hat das ja schon angekündigt, dass ich mich auf die regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse und den Teil des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschränken werde mit meinen Ausführungen –, lassen Sie mich gerade ein paar Sätze dazu sagen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie fordern eine regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse, die die Möglichkeiten der hiesigen Wertschöpfung und Beschäftigung des Offshorewindenergieausbaus für Mecklenburg-Vorpommern darstellt. Sie führen in Ihrer Begründung dazu aus und gestatten Sie mir, wenn ich daraus zitiere: „Neben ihrer energiewirtschaftlichen Bedeutung ist die Offshore-Windenergie eine Branche mit erheblichem Entwicklungspotenzial für Mecklenburg-Vorpommern. Wirtschaftliche Chancen bieten sich sowohl während der Bau- als auch während der Betriebsphase, insbesondere für die maritime Industrie, Zulieferer, Dienstleister und Häfen.“

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, blenden Sie mal bitte für einen Moment das aus, was ich gerade eben gesagt habe, und gestatten Sie mir einfach an der Stelle eine ausdrücklich auch nur rhetorisch gemeinte Frage, nämlich: Ist das tatsächlich so? Da möchte ich zwei Punkte in den Raum stellen, die ich dann gleich in dem Sinne beantworten werde. Die Antworten sind Ihnen ja auch alle klar.

Die erste ist: Gibt es momentan einen Hersteller von Offshorewindenergieanlagen in Mecklenburg-Vorpommern? Mir ist zumindest keiner bekannt. Der Kollege Jaeger nickt, ihm ist offensichtlich auch keiner bekannt. Deswegen lautet die Antwort darauf schlicht und einfach: Nein.

Und dann komme ich noch mal darauf zurück, was ich eben schon angeführt habe mit dem entsprechenden Plattformbau, jetzt nicht die Bezugnahme auf die Wikinger oder die Auftragserteilung von Iberdrola an die spanische Werft, sondern die gestrige Pressemitteilung, dass Siemens in Zukunft über einen Generalunternehmer, so will ich es mal nennen, nämlich die US-amerikanische Petrofac die weitere Plattformgestaltung/den Plattformbau beauftragen wird und die entsprechend ihrem Lifting eine arabische Werft wohl mit der Errichtung dieser Plattform beauftragen wird.

Das wird sicherlich nicht zu Begeisterungstürmen bei der Geschäftsleitung von Nordic Yards geführt haben, aber ich möchte an der Stelle, und deswegen habe ich vorhin auch gesagt, dass diese Frage nur rhetorisch gemeint war, ich möchte an der Stelle trotzdem sagen, dass ich ausdrücklich die Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teile, dass der Aufbau der Offshorewindenergie für Mecklenburg-Vorpommern gerade auch wirtschaftlich weiterhin erhebliche Potenziale bietet.

Ich möchte das mit dem letzten Punkt, den ich angesprochen habe, einmal kurz verdeutlichen, weil auch das wird ersichtlich, dass Siemens halt nicht der einzige Vertragspartner ist, sondern der Energieminister hat ja schon ausgeführt, dass Nordic Yards in dem Bereich auch eine sehr gute Zusammenarbeit mit Alstom hat. Und wer die Ausführungen der Geschäftsleitung in einer der letzten Finanzausschusssitzungen durch Nordic Yards verfolgt hat, der hat hier auch mit verfolgen können, dass das

Unternehmen nicht nur im Bereich des Plattformbaus zukünftig weiterhin gute Erfolgsaussichten sieht, sondern zum Beispiel im Bereich der Errichterschiffe sich durchaus weltweit Chancen erwartet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch der Umstand, dass in Mecklenburg-Vorpommern, und damit käme ich dann zu der zweiten Frage, die ich aufgeworfen habe, auch der Umstand, dass in Mecklenburg-Vorpommern keine Offshorewindenergieanlagen gebaut werden, bedeutet letztendlich nicht, dass das Land nicht auch an den betreffenden Wertschöpfungsketten partizipiert beziehungsweise partizipieren kann. Dazu gestatten Sie mir zunächst zwei Anmerkungen.

Dafür ist natürlich erforderlich, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Der Kollege Borchert ist ja schon auf Rahmenbedingungen eingegangen, aber ich möchte da an der Stelle aus meiner, aus der wirtschaftspolitischen Sicht ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Ich möchte hier nicht auf die Ausbauziele des EEG und ich möchte auch nicht auf die Vergütungsstrukturen eingehen. Was mir wichtig ist, und das ist in erster Linie eine Forderung oder eine Anmerkung, die jetzt nicht an das Land gerichtet ist, sondern an den Bund: Der Bund muss auch zukünftig deutlich machen, dass er den Ausbau der Offshorewindenergie will. Dazu reicht es aus meiner Sicht eben nicht, dass man sich zum Ausbau der Windenergieanlagen auf See bekennt, sondern man muss sich auch zu dem Ausbau der dazugehörigen Infrastruktur und der technischen Ausrüstung bekennen.

Um es konkret zu machen: Das heißt, so, wie es ein KfW-Offshoreprogramm für Windparks gibt, muss es auf Bundesebene auch ein Programm geben, das im gleichen Rahmen die maritimen Betriebe und ihre Zulieferer unterstützt. Um das auf einen Punkt zu bringen: Ohne Errichterschiffe, das ist jetzt wirklich überspitzt, ohne Errichterschiffe gibt es auch keine Offshorewindparks.

(Heinz Müller, SPD: Na ja, klar.)

Und das ist eines der grundlegenden Probleme, das der Bund angehen muss. Es ist gut, dass die Koalitionspartner auf Bundesebene sich in ihrer Koalitionsvereinbarung dahin gehend darauf verständigt haben. Ich darf daraus zitieren, dort heißt es: „Darüber hinaus werden wir ein gesondertes ...programm der KfW ... zur Finanzierung von Spezialschiffen und Offshore-Strukturen prüfen, um den Ausbau der Offshore-Windenergie zu flankieren.“

Nur, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch da die Aussage von meiner Stelle: Prüfung ist gut, aber irgendwann muss es dann auch kommen. So, wie ich den Kollegen Beckmeyer als maritimen Koordinator verstanden habe – ich begrüße es ausdrücklich, dass es endlich mal einen maritimen Koordinator gibt, der auch aus einer Region kommt, die die Probleme hat, nämlich aus Norddeutschland, aus den Küstenländern, und nicht aus dem tiefen Süddeutschland, wobei ich nichts gegen Bayern oder Baden-Württemberg oder sonst was habe, ich möchte hier nicht irgendwie in die Ecke gestellt werden, aber ich finde es schon gut, dass ein Kollege, der sich auch früher mit den Themen beschäftigt hat, jetzt maritimer Koordinator ist –, wird er, das hoffe ich jedenfalls und davon gehe ich auch aus, darauf drängen, dass es tatsächlich ein solches Programm gibt, weil das auch für unser Land wichtig ist.

Wir werden, und das ist nicht nur eine Frage der Bürgschaften, der Stellung durch dieses Land, wir werden auf Dauer nicht in der Lage sein, den Finanzbedarf, den diese Schiffsentwicklung und Schifferrichtung und der Bau mit sich bringen, über Landesmittel abzusichern. Dafür sind die Volumen, über die wir dort sprechen, auf Dauer zu groß, jedenfalls dann, wenn wir in diesem wirtschaftlichen Bereich, und das, denke ich, wollen wir alle, tatsächlich Erfolg haben.

Darüber hinaus, und da schließt sich dann auch ein bisschen der Kreis zu den Ausführungen der Kollegin Lück, darüber hinaus, das ist meine ganz persönliche Auffassung, sollte sich der Bund vielleicht einmal bei dem ein oder anderen, ich nenne das jetzt mal Kaminesgespräch mit deutschen Großkonzernen darüber unterhalten, dass es sinnvoll sein könnte im Interesse der gesamtdutschen volkswirtschaftlichen Entwicklung, deren bestimmte Aufträge vielleicht auch mal an deutsche Unternehmen zu geben. Das ist keine grundsätzliche Frage, aber wenn man sieht, wie zum Beispiel in Frankreich Industriepolitik gemacht wird, dann ist das, was hier in Deutschland gemacht wird – das sind meiner Meinung nach die Kollegen von der FDP, sie sitzen ja nun nicht mehr im Landtag, aber ich würde es auch sagen, wenn sie hier wären –, ein falsch verstandenes Verständnis von Liberalisierung. Liberalisierung bedeutet, dass überall die gleichen Konditionen, die gleichen Rahmenbedingungen laufen. Und wenn man sieht, dass in einigen auch innereuropäischen Volkswirtschaften andere Schwerpunkte gesetzt werden, dann sollte man zumindest den einheimischen Unternehmen gleiche Rahmenbedingungen verschaffen.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, gestatten Sie mir an der Stelle, noch einmal auf den Antrag zurückzukommen. Sie, sehr geehrte Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90, fordern eine regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse allein zu dem Offshorebereich. Gestatten Sie mir, wenn ich das so deutlich sage, das halte ich nicht für sinnvoll. Ich halte die Potenzialanalyse für sinnvoll und ich komme dazu auch gleich noch, aber ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass ich der Auffassung bin, dass man das nicht 100-prozentig trennen kann zwischen den Bereichen Offshorewindenergieanlagen und Onshorewindenergieanlagen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, da besteht Einigkeit.)

Ich würde sogar noch weiter gehen. Es gibt Schnittmengen, die für den gesamten Bereich erneuerbare Energien gelten. Ich will es mal an einem ganz einfachen Beispiel machen. Wenn Sie ein Zulieferteil für eine Schaltanlage haben, dann ist das völlig egal, ob hinterher der Strom aus einer Windenergieanlage im Offshore-, im Onshore- oder aus dem Fotovoltaikbereich kommt, aber es ist alles Teil dessen, was letztendlich im Bereich der Wertschöpfungskette in diesem Bereich entsteht. Und da bin ich der festen Auffassung, dass man das nicht auseinanderreißen sollte.

Gleichzeitig – da bin ich dann bei Ihnen – stehe ich auf dem Standpunkt, dass es natürlich wichtig ist, erst einmal die Feststellung des Iststandes im Hinblick auf Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Bereich der Windenergie, aber auch im sonstigen Bereich der erneuerbaren Energien zu machen, damit man dann daraus Rückschlüsse ziehen kann, wie sich das überhaupt entwickelt. Wenn ich nicht weiß, wie der Boden unter meinen Füßen aus-

sieht, weiß ich auch nicht, wie wir die nächsten Schritte tatsächlich tun können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund gestatten Sie mir die Anmerkung, dass meine Fraktion vorbehaltlich des auf der nächsten Fraktionssitzung noch zu fällenden Fraktionsbeschlusses – aber ich gehe davon aus, dass meine Kolleginnen und Kollegen das entsprechend mittragen werden – den Auftrag erteilen wird zur Erstellung einer Analyse zu Arbeitsplätzen und zur Wertschöpfung im Sektor der erneuerbaren Energien. Die entsprechenden Angebote liegen vor. Es muss tatsächlich nur noch der Zuschlag erteilt werden.

Um es dann deutlich zu machen, weil das geht letztendlich auch um die Vorstellung, so habe ich Sie verstanden, Herr Kollege Jaeger, was Sie als Intention haben: Was wir wollen als SPD-Fraktion, ist eine Bestandsaufnahme von Arbeitsplätzen, die Ermittlung der Wertschöpfung in den Unternehmen, die im Bereich erneuerbare Energien tätig sind. Dabei sollen Unternehmen erfasst werden, die Komponenten und Teilkomponenten sowie Dienstleistungen und Service für den Anlagenbau und deren Betrieb produzieren, entwickeln und anbieten. Insbesondere sollen die Betriebe des industriellen gewerblichen Sektors sowie spezialisierte Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen des Landes die Produkte und Leistungen zur Entwicklung des Erneuerbare-Energien-Sektors bereitstellen, berücksichtigt, beschrieben werden, und da fällt natürlich dann auch der Onshore- und der Offshorewindenergiebereich rein.

Was für uns wichtig ist, sind zwei Punkte. Diese Daten sind so noch nie erhoben worden, weil wir werden da Primärdatenerhebung machen. Bisher hat es immer die Versuche gegeben, entsprechende Sekundärdaten zu ermitteln, was dann auch dazu geführt hat, dass wir hier im Lande keine einheitliche Datenlage haben. Schauen Sie sich die Daten an. Alleine, was die Arbeitsplätze angeht, finden Sie keine zwei Stichproben, die zu dem gleichen Ergebnis kommen werden.

Der zweite Punkt ist, und da schließt sich dann der Kreis mit Ihren Ausführungen, Herr Kollege Jaeger, dass wir das natürlich auch benutzen wollen, um in dem entsprechenden Prozess über die Bestimmung der Rahmenbedingungen die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieses Bereiches für die Zukunft zu steuern. Da sind wir auch in enger Koordination zwischen Fraktionen und Energieministerium. Man muss eine Grundlage schaffen, um Potenziale zu erkennen, um dann über die politische Steuerung die entsprechenden Rahmenbedingungen auch im Wettbewerb mit Produzenten außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns für die einheimischen Unternehmen zu verbessern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund, dass wir dieses Vorhaben beziehungsweise nicht nur Vorhaben, sondern dann auch durchführen werden, bin ich gerne bereit, oder meine Fraktion wird sicherlich gerne bereit sein, wenn die Ergebnisse vorliegen, die dann auch mit Ihnen entsprechend zu diskutieren. Ich glaube, das ist keine Frage eines kollegialen Umganges. Vor diesem Hintergrund sage ich jetzt etwas platt, da sind wir vielleicht einen Schritt weiter, als Sie mit Ihrem Antrag gekommen sind, aber gut.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Möchten Sie gerne. –
Heinz Müller, SPD: Ha! Ha!)

Sind wir in dem Fall, Herr Suhr.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Möchten Sie gerne. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Geben Sie es doch einfach mal zu!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir sind ja ganz froh, dass Sie unsere
Ideen übernehmen, Herr Schulte.)

Ach, Herr Suhr, wissen Sie, ich will jetzt nicht fragen, wer da das Urheberrecht hat, aber wir können uns mal in Ruhe darüber unterhalten, wie lange dieser Prozess im Rahmen dieser entsprechenden Auftragserteilung, wenn sie denn stattfindet, gedauert hat. Ich glaube, da würden Sie dann auch sagen, ist okay, auf die Idee sind wir alleine gekommen, dafür haben wir nicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebraucht.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die brauchen Sie grundsätzlich, Herr Schulte.)

Das ist charmant und ich überlege mir das mal zu einem späteren Zeitpunkt, ob man darauf zurückkommen kann.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das vielleicht aus meiner Sicht zu den wirtschaftlichen Aspekten Ihres Antrages. Ich glaube nicht, und da, Herr Suhr, nehme ich Ihre Worte von eben noch mal auf, ich glaube nicht, dass, was die Beurteilung der wirtschaftlichen Effekte und der Potenziale hier im Lande angeht, man wirklich große Differenzen zwischen den Überlegungen, die Sie zumindest hier dargelegt haben, und den Überlegungen, die auch in meiner Fraktion bestehen, erkennen kann. Ich finde das gut. Dort, wo es die Differenzen gibt, soll man die offen ansprechen, aber ich glaube, es ist für die Menschen in diesem Land genauso wichtig, wenn ersichtlich ist, dass es auch zwischen demokratischen Parteien und Fraktionen, was die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes angeht, durchaus Gemeinsamkeiten gibt.

Gestatten Sie mir zum Schluss eine letzte Aussage.

(allgemeine Unruhe –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Och, nee! –
Zuruf von Katharina Feike, SPD)

Doch, gestatten Sie mir zum Schluss eine letzte Aussage, Frau Kollegin Feike.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Es ist ganz wichtig, was Sie
jetzt noch zu sagen haben.)

Doch, das ist es jetzt.

Ich sehe ein Problem und ein bisschen hat das der Kollege Jaeger angesprochen. Wir haben hier in diesem Land inzwischen eine Diskussion, die fasse ich mal zusammen unter dem Stichwort „not in my backyard“. Und wenn wir das nicht gemeinsam beenden, wenn wir den Menschen in diesem Land nicht gemeinsam deutlich machen können, dass erneuerbare Energien völlig unab-

hängig von der Stromproduktion ein wirtschaftliches Potenzial sind, um bessere Arbeitsplätze, besser bezahlte Arbeitsplätze, nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen, dann, bin ich der festen Überzeugung, werden wir alle mit diesen Überlegungen scheitern, weil wir es nicht gegen den Widerstand der Leute machen werden können. Und wenn wir sie nicht überzeugen, dass das, was wir machen wollen, gut ist, dann sehe ich allerdings schwarz, was diese entsprechende wirtschaftliche Entwicklung angeht. Das gilt für den Onshorebereich und das gilt für den Offshorebereich, das gilt für den gesamten Bereich der erneuerbaren Energien. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will versuchen, einfach noch mal anhand unseres Antrages durchzugehen und auf die Gegenargumente zu antworten.

Das erste Thema ist das Thema: Brauchen wir Ausbauziele? Ich glaube, das hat der Beitrag aus der LINKEN-Fraktion von Regine Lück sehr deutlich gemacht, ja, wir brauchen Ausbauziele.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Tja.)

Deswegen ist mir auch völlig unverständlich, warum die LINKE-Fraktion meint, sie müsse sich enthalten. Wir haben hier nicht geschrieben, wir brauchen 5.000 Megawatt oder irgendwas. Wir haben nichts konkret geschrieben, sondern einfach nur gesagt, wir würden gerne die Zahlen mal vorgelegt haben. Und wenn ich dann von der Kollegin Lück höre, sie möchte einfach mal Fragen stellen, dann ist unser Antrag nichts anderes, nämlich zu sagen, wir stellen hier die konkreten Fragen, wir wollen darauf eine Antwort, und dann können wir politisch darüber diskutieren, ob wir das so gemeinsam wollen oder ob wir dagegen sind oder irgendwas. Aber zu sagen, wir enthalten uns zu eurem Antrag, und gleichzeitig zu sagen, wir wollen mal ein paar Fragen stellen, ist völlig unlogisch. Ich kann es nicht nachvollziehen.

Wenn wir gerade bei der Position der LINKEN sind: Was wirklich überhaupt nicht geht, ist diese Geschichte mit Spanien und sie bauen bei uns was im Offshorebereich. DIE LINKE hat den Anspruch einer wirklichen internationalen Solidarität. Und wenn ich über Spanien rede und über 50 Prozent Arbeitslosigkeit, das ist ein wichtiges Thema, und dann hier ankomme und sage, ich führe mal Spanien an – ich habe gerade vorher das Beispiel angeführt, dass unsere Werft eine Umformerplattform für die Nordsee baut –, ist dann DIE LINKE der Meinung, das sollten wir auch mal lassen, weil die Nordsee, sorry, das sollen die mal in Hamburg bauen, das müssen wir ja nicht machen? Da kann ich einfach nur sagen, dann bitte auch einen heimischen Autohersteller aus Mecklenburg-Vorpommern nutzen, und wenn man Fahrrad fährt, ist es auch gut. Aber mit einem Audi durch die Gegend zu fahren und zu sagen, der ist halt aus Ingolstadt, da gilt das dann mal nicht, ich finde, das geht so nicht.

(Stefan Köster, NPD: Was für ein Blödsinn, den Sie hier verbreiten! Natürlich geht Deutschland vor. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat er ja auch gesagt, Herr Köster! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also der Wunsch ist einfach da, ehrlich zu sein und zu sagen: Profitieren wir als Bundesland Mecklenburg-Vorpommern insgesamt von der Energiewende? Das wäre eine berechnete Frage. Da ist die Antwort ganz klar, ja. Wenn DIE LINKE dazu eine andere Haltung hat, wäre es spannend, das zu hören.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich auch nicht nachvollziehen kann, ist, wenn man nur Fragen stellt als LINKE, weil es geht jetzt nicht um einen Bürgermeister einer Küstengemeinde, der genau diese Fragen berechnete stellen darf, sondern um eine Partei, die den Anspruch hat, das Thema mitzubestimmen

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und einen eigenen Plan zu haben, und wo ich erwarte, dass der Plan hier vorgelegt wird und gesagt wird: Sorry, wir haben eine andere Idee, wir unterscheiden uns da von den GRÜNEN. Wir wollen keine Offshoregeschichte im Küstenbereich, weil wir bauen die Anlagen dort und dort. Das ist doch dann eine Diskussion, in die wir eintreten müssen. Und da können wir uns darüber streiten, was der richtige Weg ist. Aber nur Fragen zu stellen, ist nicht okay, wenn man den Anspruch hat, hier eigentlich auch eine Position zu dem Thema zu haben.

(Andreas Butzki, SPD: Kennen wir doch.)

Ausbauziele – ich meine, da unterscheiden wir uns jetzt ein bisschen. Da kann man auch fragen: Ei oder Henne? Würden die Leute unter Druck gesetzt, wenn ich sage, das wäre die Notwendigkeit, die wir brauchen? Ja, das kann sein, dass sie sich unter Druck gesetzt fühlen, aber sie hätten die Vorstellung, dass da irgendein Konzept dahintersteckt und eben nicht nur das Konzept, wir wollen Arbeitsplätze bei uns – Klammer auf: ob die bei uns geschaffen werden, auch die Diskussion haben wir jetzt gehabt –, und dann bauen die uns da irgendwas voll mit Dingen, die wir überhaupt nicht brauchen. Wir brauchen den Strom unter Umständen gar nicht. Und deswegen ist es wichtig, ein Konzept zu haben, wo man sagt: Ja, wir würden ihn brauchen, aber ob dort der konkrete Offshorewindpark richtig ist, darüber werden wir in den politischen Streit gehen und werden das gemeinsam abwägen müssen. Aber wenn wir ihn dort ablehnen, werden wir an anderer Stelle sagen müssen, wo wir was anderes machen oder wo wir uns von unseren klimapolitischen Zielen verabschieden müssen, weil wir sagen: Sorry, wir kriegen es mit Regenerativen nicht hin.

Ich glaube, wir kriegen es hin, aber es wird eine harte Diskussion. Das gehört auch zum Thema Sankt-Florians-Prinzip, dass man sich da ehrlich macht und sagt, wer das eine nicht will, muss das andere wollen, und nicht einfach so tun kann, als könnten wir alles haben: Atomausstieg, Kohleausstieg, am besten auch noch Gasausstieg und regenerativ, sorry, da wollen wir uns nicht anlegen mit den Bürgerinnen und Bürgern.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig. Völlig richtig.)

Da müssen wir auch zur Diskussion stehen. Das ist so.

Zur regionalen Wertschöpfungspotenzialanalyse nur mal so einen Hinweis, sehr geehrter Herr Kollege Schulte. Wir haben das auch gemacht, und zwar 2011 vor der Landtagswahl. Es war Reinhard Bütikofer, der über die Europafraktion genau das für Mecklenburg-Vorpommern gemacht hat. Das können wir gerne mal zur Verfügung stellen, das ist interessant für eine politische Diskussion. Aber man kann sich daran auch zerlegen am Ende, weil die Frage ist, die konkrete Kfz-Werkstatt, die dann das Reparaturserviceauto für den Windpark – das sind dann alles offene Fragen und da muss man halt sehr abwägen. Es sind ein Stück weit politische Aussagen,

(Jochen Schulte, SPD: Nee.)

die sind auch wichtig für die politische Diskussion.

(Jochen Schulte, SPD: Nee, Herr Kollege.)

Deswegen finde ich das gut, dass die SPD das macht, aber ich habe die Schwierigkeiten angedeutet, diese konkrete Zuordnung, da ...

(Jochen Schulte, SPD: Lieber Herr Kollege Jaeger, was wir machen wollen ...)

Ja. Aber wir kennen ähnliche Diskussionen zum Thema Flughafen Laage, wo die IHK was weiß ich für Arbeitsplätze ausrechnet, wo man dann sagt, ja, ist ein Stück weit ...

(Jochen Schulte, SPD: Lassen Sie uns nicht über solche abstrusen Ideen reden!)

Wir müssen solche Potenzialanalysen machen, aber wir wissen alle, das ist Statistik, und da kann man auch eine ganze Menge hin und her drehen.

Zu den Möglichkeiten der wirtschaftlichen Teilhabe, Herr Eifler, also da muss ich mal sagen, da weiß ich jetzt überhaupt nicht mehr, was ich damit anfangen soll. Jetzt haben Sie gesagt, Sie wollen die eigentlich nicht, weil das Risiko ist zu hoch. Im LEP, und das lese ich Ihnen jetzt noch mal vor, wenn Sie den Antrag nicht gelesen haben, steht unter Ziffer 8.1: „die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Teilhabe von betroffenen Küstengemeinden an der Energieerzeugung sicherzustellen“. Das haben Sie da selber reingeschrieben.

(Dietmar Eifler, CDU: Da kann ich aber heute keine Zusage machen.)

Das ist richtig. Sie sollen ja auch keine Zusage machen. Aber Sie hätten doch wenigstens das bestätigen können, was der Minister sagt,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

dass das in Arbeit ist und dass Sie überlegen, Ihr Beteiligungsgesetz auszuweiten auf Offshore, dass Sie das prüfen

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

und dass Sie das gut finden, das zu prüfen. Sie haben hier nur vorgetragen: Die wirtschaftlichen Risiken sind zu groß, deswegen sind wir dagegen.

Und selbst wenn Sie die Risiken so einschätzen, wäre ja noch die Diskussion offen, die wir bei der letzten Landtagssitzung aufgemacht haben, zu sagen: Macht doch das, was juristisch am allersaubersten ist, klärt doch einfach mal, welche Gemeinden im küstennahen Bereich die Gewerbesteuer bekommen können. Aber da war ja leider die Aussage, was ich von der Finanzministerin gut verstehen kann: Wir als Land können das Geld gut gebrauchen und wir werden das schon fair an alle verteilen. Aber, sorry, das widerspricht dann ein Stück weit dem Ziel, diejenigen, die direkt betroffen sind, stärker daran zu beteiligen. Aber vielleicht gibt es ja dann noch mal eine Entwicklung dieses Plans, sodass das am Ende dabei herauskommt.

Also ich glaube nach wie vor, dass unser Antrag grundsätzlich bedenkenswert wäre. Wir brauchen dringend ein solches Konzept. Und selbst wenn wir sagen, vielleicht war es ja richtig, erst mal so in die Diskussion zu gehen, wo ich mir nicht ganz sicher bin, aber spätestens jetzt nach der ersten Runde, wenn ich Antworten in der Abwägung bringen will, muss ich schon mit einer eigenen Idee kommen, warum ich was wie abwäge und welche Erfordernisse ich da mit einbeziehe in die Debatte. Und da ist der Punkt spätestens da, dass ich mich mal kennenlernen muss, wie viel brauche ich wirklich im Land Mecklenburg-Vorpommern, damit mir die Energiewende in Deutschland gelingen kann. Deswegen ist jetzt der richtige Zeitpunkt, genau diesen Prüfauftrag auszulösen. Und wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen, weil das in der Regel so ist, dann bitte ich Sie wenigstens, im Hintergrund genau das umzusetzen, was hier drinsteht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Selbstverständlich.)

Damit dienen Sie der Energiewende. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf aus dem Plenum:
Stimmen wir dagegen.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sie halten das aus,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ganz sicher.)

meine Herren von der Opposition, nicht von der Opposition, von der Koalition. Entschuldigung.

(Andreas Butzki, SPD:
Ich wollte gerade sagen, Sie
sprechen Ihre eigene Fraktion an.)

Wir halten es ohnehin aus.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde ganz gerne auf ein paar Dinge, die in der Diskussion gefallen sind, reagieren.

Zunächst mal will ich sagen, dass es Sie nicht so sehr verwundern kann, dass wir bei Offshore ein paar Fragezeichen machen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

weil das habe ich hier schon mehrfach gesagt, das kann nichts Neues sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da muss man sich unter
Umständen mit Bürgern anlegen.)

Nee. Also wissen Sie, ich bin so eine Verfechterin der Energiewende, ich lege mich dauernd mit Bürgern an, weil dies ja im Prinzip, wie ich vorhin in meiner Antragsbegründung schon gesagt habe und in der Diskussion,

(Andreas Butzki, SPD: Keine Kohlekraft,
keine Atomkraft, keine Windkraft.)

immer irrationalere Züge annimmt, wenn man die Diskussion im Lande überhaupt zur Ausweisung von Windenergiegebieten verfolgt, also egal, ob auf See oder an Land.

Wie gesagt, es kann Sie nicht verwundern, dass meine Fraktion nicht so ganz vorbehaltlos für Offshore steht. Das habe ich mehrfach deutlich gemacht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Trotzdem sage ich Ihnen jetzt meine persönliche Meinung, die ich auch in meiner Fraktion verkünde, aber da gibt es noch nicht so hundertprozentige Zustimmung. Also wir haben da auch Diskussionsbedarf,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Den haben wir auch.)

so, wie Sie bei vielen Dingen auch Diskussionsbedarf haben.

Ich meine, dass, wenn wir ein bisschen mehr bei Offshore machen, wir vielleicht uns auch das eine oder andere Windrad an Land ersparen können, ganz einfach, weil die Leistung, die Ausbeute in Offshoreparks deutlich größer sein kann.

(Rudolf Borchert, SPD:
Richtig. Völlig richtig.)

Ja, aber, wie gesagt, so hundertprozentig habe ich da noch nicht alle LINKEN hinter mir, wenn ich das mal so sagen darf.

(Rudolf Borchert, SPD:
Wir in der SPD auch nicht.)

Aber ich will jetzt mal darauf eingehen und es gleich vorweg sagen, weshalb wir dem Antrag nicht zustimmen. Dafür gibt es nur einen einzigen Grund. Wir bezweifeln, dass es sinnvoll ist, außerhalb des Energie- und Klimakonzepts, worüber wir ja vorhin diskutiert haben, noch ein extra Offshorekonzept zu machen. Da bin ich also eher dann beim Kollegen Schulte, der hier auch sagte: Also wenn, dann müssten wir das für die gesamten erneuerbaren Energien machen, und diese Funktion soll ja nun mal das Energiekonzept haben. Wenn das nicht so sein wird, denn wir haben es ja noch nicht, dann ist das ein anderer Schnack, den wir hier führen müssen. Dann müssen wir weitergehende Forderungen stellen. Aber im Moment gehe ich erst mal zuversichtlich davon aus, dass das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept auch dazu Aussagen treffen wird.

Und was die regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse betrifft, da stehe ich eigentlich auch so ein bisschen dem näher, was Kollege Schulte gesagt hat. Ich denke, dass wir das für die gesamten erneuerbaren Energien brauchen und nicht nur für Offshore. Ich denke, dass das eine ganz wichtige Sache ist. Also insofern bin ich sehr gespannt auf die Ergebnisse, wenn sie denn vorliegen, weil alleine die Lösung „Die Energiewende ist die größte Chance für Mecklenburg-Vorpommern“, alleine diese Lösung reicht nicht aus. Das haben Sie in Ihrer Einbringungsrede selber gesagt, Kollege Jaeger. Also die Leute wollen sehen, wieso, wer hat diese Chance, wer profitiert wirklich davon.

Und dann komme ich auf dieses Argument mit den spanischen Arbeitslosen. Also aus der Aussage von Frau Lück zu schließen, dass wir nicht solidarisch mit den Spaniern sind, das finde ich schon ziemlich abenteuerlich. Das muss ich sagen.

(Zurufe von Heinz Müller SPD,
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Erstens müsste man dann auch mal untersuchen, ob tatsächlich welche von den 50 Prozent arbeitslosen Jugendlichen dort für die Produktion gebraucht werden. Aber ich will das Thema überhaupt nicht berühren.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch gut so.)

Wir haben in vielen anderen Diskussionen zum Ausdruck gebracht, dass wir Deutschland zum großen Teil mitverantwortlich dafür machen, wie die Situation in den Ländern im Süden Europas ist, auch in Spanien,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und hier helfen wir Spanien,
das muss DIE LINKE doch sehen.)

natürlich, auch in Spanien. Insofern hat meine Kollegin Lück nur darauf Bezug genommen, dass die Leute, wenn man sagt, wir profitieren so viel von der Energiewende, ja auch Zeitung lesen. Wenn die dann aber lesen, dass Aufträge nicht an Nordic Yards vergeben werden, sondern an einen ausländischen Investor, dann fragen die sich: Wer profitiert hiervon? Insofern noch mal der Bezug zu der regionalwirtschaftlichen Analyse. Wir brauchen konkrete Antworten: Wie sieht das aus, warum ist das die größte Chance? Mit welchen Argumenten unterstützen wir die Energiewende? Und nur das war der Hintergrund, nichts weiter.

Natürlich können wir, und da ... Also im Prinzip muss ich mich heute dauernd auf Herrn Kollegen Schulte beziehen. In seinen letzten Ausführungen hat er gesagt – das sehe ich auch so –: Ärgern Sie sich nicht darüber, wenn sich also Nordic Yards für so einen Auftrag bewirbt und ihn dann nicht kriegt? Also ich ärgere mich darüber. Und wenn Kollege Schulte sagt, dass er auch von der Bundesregierung schon erwartet, ein bisschen stärker Druck zu machen, vielleicht auch mal einen Auftrag an ein deutsches Unternehmen zu vergeben,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Auch das, ja.)

dann ist doch dem nichts entgegenzusetzen. Das ist doch überhaupt kein Widerspruch. Deshalb sind wir noch lange keine Verteufler des freien Handels.

(Zuruf aus dem Plenum: Doch.)

Nein, das sind wir nicht. Also das ist ja alles Quatsch.

Was die konkreten Zielvorgaben betrifft, also mit konkreten Zahlen können wir Ihnen tatsächlich nicht dienen, das ist so. Also erstens sind da unsere Zweifel, wie das überhaupt mit Offshore weitergeht, und zweitens, bei den ganzen Problemen, die da noch offen sind:

- die bundespolitischen Rahmenbedingungen, die nicht stimmen, auch das ist von mehreren hier gesagt worden,
- die Stromableitung, der Süden will den Strom gar nicht, die wollen keine neuen Leitungen bauen,
- die Unsicherheiten auf Bundesebene, das ist weder Fisch noch Fleisch, ob die sich nun wirklich zu Offshore bekennen.

Also man kann ja Zahlen vorgeben, was wir brauchen würden, wenn denn die Rahmenbedingungen insgesamt so sein könnten oder sein würden, dass wir den Strom tatsächlich insgesamt in der Bundesrepublik verwenden können oder darüber hinaus – es gibt ja noch einen internationalen Verbund –, aber die Situation haben wir nicht. Insofern fällt es mir schwer, konkret zu sagen, die und die Zielvorgabe brauchen wir für Offshore.

Vielleicht so viel nur als Ergänzung zu dem, was meine Kollegin Lück gesagt hat: Ihnen ist deutlich geworden, auch wir diskutieren ständig über die Fragen, sind uns nicht in allen Fragen hundertprozentig einig, aber die Zweifel an Offshore, das kann keine Neuigkeit gewesen sein. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ist doch okay.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3331. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3331 mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bei Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen Landtage und Kommunen beteiligen, Drucksache 6/3335. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3388 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Bei Neuordnung der Bund-Länder-
Finanzbeziehungen Landtage
und Kommunen beteiligen
– Drucksache 6/3335 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/3388 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, laufen Ende 2019 die gesetzlichen Grundlagen für den Länderfinanzausgleich und für den Solidarpakt aus. Somit müssen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geregelt werden. Die anstehenden Novellierungen gilt es zu nutzen, um einen solidarischen, fairen und aufgabengerechten Ausgleich herbeizuführen. Daher muss ich wohl nicht betonen, dass der neue bundesstaatliche Finanzausgleich für die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern eine ganz entscheidende Frage ist. Nach dem Grundgesetz dient er vor allem dazu, die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen auszugleichen, um dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse gerecht zu werden.

Wir wissen, dass die eigene Finanzkraft des Landes bei Weitem noch nicht ausreicht, um alle staatlichen Aufgaben finanzieren zu können. Mecklenburg-Vorpommern ist auch künftig auf Finanzhilfen des Bundes und der finanzstarken Bundesländer angewiesen. Nicht zuletzt, weil einzelne Länder wiederholt versucht haben, das solidarische System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zugunsten individueller Interessen infrage zu stellen, sind harte Verhandlungen gewiss.

(Bernd Schubert, CDU: Harte!)

Meine Damen und Herren, viele Vorschläge der Länder, des Bundes und der verschiedenen Parteien liegen auf dem Tisch. Auch DIE LINKE hat Anfang September ihr Konzept für einen solidarischen und aufgabengerechten Länderfinanzausgleich vorgestellt. Was ist aus unserer Sicht besonders wichtig?

Erstens. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzausstattung aller Bundesländer und Kommunen. Wenn die Länder und Kommunen ihre strukturell unterfinanzierten Haushalte nicht überwinden, können sie die Schuldenbremse sowieso nicht einhalten.

Zweitens. Wir wollen die vollständige Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in den Länderfinanzausgleich und nicht nur, wie bisher, zwei Drittel.

Drittens. Wenn die Länder schon quasi als Erfüllungshelfen des Bundes handeln und Bundesgesetze umsetzen, dann soll der Bund auch die Kosten in voller Höhe für diese Leistungen übernehmen. Beim BAföG oder der Grundsicherung ist der Bund ja schon einsichtig.

Oder viertens. Wir fordern einen Solidarpakt III. Wirtschafts- und strukturschwache Regionen müssen weiterhin unterstützt werden, diesmal aber unabhängig von der Himmelsrichtung, also nicht nur auf den Osten beschränkt.

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Punkte, die von uns als LINKE, aber auch von anderen in die Diskussion eingebracht wurden und werden. Eine abschließende Positionierung des Landtages zu den inhaltlichen Fragen ist natürlich heute nicht gefragt, dafür haben wir noch etwas Zeit.

Unser Antrag zielt auf etwas Grundsätzliches ab. Unabhängig davon, welche Vorschläge die Landtagsfraktionen im Einzelnen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen haben, dürfte doch fraktionsübergreifend

auf Kritik stoßen, dass zwar die Regierungen schön miteinander verhandeln, jedoch die Landtage oder die Kommunen nahezu außen vor bleiben. Meine Damen und Herren, das kann nicht richtig sein! Schließlich ist die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gerade für die Landtage als Gesetzgeber und für die Kommunen von herausragender Bedeutung. Und insofern habe ich mit Freude die Erklärung von Frau Bretschneider gelesen, die stellvertretend für alle Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten im September dieses Jahres Folgendes kundtat, ich zitiere:

„Die Gesetzgeber in den Ländern, und damit die Parlamente, haben das Recht und die Pflicht, die Prozesse der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit zu gestalten, weil diese ganz konkrete Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen und damit auf das Leben der Menschen vor Ort haben. Aus Sicht der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten reicht es nicht aus, den Bundesrat zu beteiligen“, so Frau Bretschneider.

Frau Präsidentin – Sie ist jetzt nicht hier im Raum –, Sie haben vollkommen recht. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir heute diesen Antrag vorgelegt.

Ähnliches gilt für die kommunale Ebene. Wir greifen ebenso deren Erwartung auf, die Einbeziehung, ja, eine Beteiligung bei den Verhandlungen zu fordern, denn auch die Kommunen schauen derzeit noch in die Röhre. Auch das kann nicht richtig sein, schließlich sind die Kommunalfinzen untrennbar mit den Landesfinzen und föderalen Finanzbeziehungen verbunden. Der Städte- und Gemeindebund verlangt somit zu Recht, nicht länger am politischen Katzentisch zu sitzen. Ich denke, mit einer lediglich punktuellen Beteiligung der Kommunen dürfen wir uns nicht zufriedengeben.

Meine Damen und Herren, wir fordern daher die Landesregierung auf, sich bei den Verhandlungen gegenüber der Bundesregierung und den anderen Landesregierungen unverzüglich für eine Beteiligung der Landtage und der kommunalen Spitzenverbände einzusetzen. Und, meine Damen und Herren, diese Forderung, diese Aufforderung, verbinden wir quasi mit einem Lob, wenn Sie sich unseren Änderungsantrag anschauen. Ich sage, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, mehr können Sie nun wirklich nicht von uns erwarten.

Unser Änderungsantrag bezieht sich auf das erst kürzlich verabschiedete Positionspapier der ostdeutschen Länder zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Es ist aus unserer Sicht eine gute Grundlage für die anstehenden Verhandlungen. Und auch wenn es sicher nicht alle Positionen der LINKEN im Detail aufnimmt, ist es doch ein Papier, das die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns wahrt. Im Gegensatz zu manchem Gepolter, vor allem aus dem Süden Deutschlands, verliert dieses Positionspapier – und ich will dies gerne noch einmal betonen – das Ziel des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik, nicht aus dem Blick. Das Papier drängt auf einen solidarischen und fairen Finanzausgleich, der die Interessen der ostdeutschen, aber auch anderer finanzschwacher Länder sowie deren Kommunen angemessen berücksichtigt.

(Marc Reinhardt, CDU:
Das ist doch schön.)

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich auch um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Geben wir sowohl der Landtagspräsidentin, den kommunalen Verbänden als auch der Landesregierung Unterstützung und einen kräftigen Rückenwind für die anstehenden Verhandlungen! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Polzin. Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Vorbemerkungen machen, die Ihnen vielleicht nicht die Laune nach oben treiben. Zum Ersten: Ich glaube, ich bin bekannt dafür, meine Redezeit mindestens einzuhalten, wenn nicht zu unterbieten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

heute garantiere ich Ihnen das nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh, Frau Polzin!)

Ich sage es mal so: Dieses Thema – auch wenn mancher Kulturpolitiker das nicht glauben mag – ist für uns so existenziell, das wird jeden Politikbereich erwischen, wenn es denn erst mal so weit ist.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir haben zurzeit eine komfortable Finanzausstattung in diesem Land,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

ich muss es einfach noch mal so deutlich sagen, aber das nicht, weil wir so hohe Steuereinnahmen haben – die dümpeln so kurz über 50 Prozent des Durchschnitts, andere sind weit über 100 –, sondern weil wir die Solidarpaktmittel bekommen,

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich.)

die Jahr für Jahr abschmelzen, wie Ihnen ja bekannt sein dürfte, und die im Jahr 2020 quasi auf null sind. Sie wissen genauso, dass wir in dieser Förderperiode der EU noch mal Glück hatten mit dieser Übergangsperiode. Stellen Sie sich bitte einfach vor, dass ab 2020 ein Drittel unserer gesamten zusätzlichen Einnahmen weg ist, und richten Sie sich bitte politisch mal darauf ein, fachpolitisch.

In dem Zusammenhang hätte ich gestern fast ein Schütteltrauma gekriegt,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Schütteltrauma!)

als ich mitkriegte, wie – völlig diese Situation negierend, die auf uns zukommt – für die Zukunft eigentlich nur an der Ausgabenseite gebastelt wird. Das werden wir uns

nicht erlauben können. Wir kämpfen im Moment, und zwar mit allen Bandagen, mit aller Leidenschaft darum, dass zumindest der Länderfinanzausgleich und die Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die jetzt bestehen, auf diesem Niveau erhalten bleiben, denn sie müssen sich vorstellen, rund 400 Millionen erhalten wir jährlich aus dem Länderfinanzausgleich. Das ist schon eine Größenordnung beim Gesamthaushalt von 7 Milliarden Euro.

Und insofern darf ich Ihnen nicht nur versichern, dass ich als Finanzministerin mit meinem Haus sehr gut aufgestellt bin – wir haben da extra noch mal Personalverstärkung vorgenommen –, dass wir am Verhandlungstisch sitzen und wie die Löwinen kämpfen, denn meine zuständige Referentin – sie sitzt übrigens dort hinten im Raum –, die gibt genauso alles wie ich auch bei dem Thema.

(Beifall Torsten Koplin, DIE LINKE)

Sie müssen sich bitte vorstellen, wir sitzen hier unter 16 Ländern, bei denen aus Sicht der Südländer natürlich keine gleiche Augenhöhe ist. Stellen Sie sich bitte vor, wie ein finanzschwaches Land, noch dazu aus dem Osten, noch dazu vertreten durch eine Frau, mit Herrn Söder erst mal reden muss.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Das machst du schon!)

Da muss man schon ein bisschen lauter werden, damit man wahrgenommen wird. Das tue ich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Keine
Vorurteile gegen die Bayern bitte!)

Nein, das ist kein Vorurteil.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe es richtig gut erlebt.

Es ist uns, das sage ich jetzt mal so, sowohl auf Referentenebene als auch auf Ministerebene gelungen, dass man an Mecklenburg-Vorpommern vorbei nichts mehr unbedingt organisiert, weil man uns ernst nimmt. Das war harte Arbeit. Wenn Sie mich fragen, es ist mein wichtigstes Projekt, auch wenn ich wahrscheinlich nicht mehr in Verantwortung bin, wenn es irgendwann greift. Wir müssen, um dieses Land überhaupt existenzfähig zu halten,

(Torsten Renz, CDU: Was heißt das?)

genau an diesem Punkt unheimlich viel Kraft einsetzen.

(Michael Andrejewski, NPD: Nordstaat.)

Und jetzt bin ich mal bei dem Thema: Das gilt überhaupt nicht parteipolitisch. Nehmen Sie bitte mal zur Kenntnis, dass die GRÜNEN in Baden-Württemberg oder in Nordrhein-Westfalen, wo sie auch mit in der Regierung sitzen, vermutlich ganz andere Ansprüche an die neuen Beziehungen haben, als das die GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern haben.

(Burkhard Lenz, CDU: Richtig.)

Für die LINKEN gilt das Gleiche, obwohl sie ja nicht in allen Landesparlamenten vertreten sind.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nicht für SPD und CDU.)

Auch ein CDU-Minister in Thüringen ist viel, viel näher bei uns als natürlich der CDU-Minister in Hessen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie sind weg von Parteipolitik, es geht hierbei um nackte Länderinteressen. Deshalb ist es natürlich auch schwierig, wenn all diese Debatten, die sich bei uns noch relativ auf Augenhöhe abspielen, geführt werden.

Stellen Sie sich vor, in der FMK, in der Finanzministerkonferenz, habe ich genauso eine Stimme wie mein geschätzter Kollege Herr Söder. Im Bundesrat sieht das schon ganz anders aus. Da hat natürlich Mecklenburg-Vorpommern mit seinen drei Stimmen längst nicht so ein Gewicht wie die großen Länder, wenn es um Abstimmungen geht. Und wenn ich mir dann die Koalition in Berlin angucke, da hat die CSU, Bayern, ein Drittel. Ich habe also ein hohes Interesse daran, dass wir auf dieser gleichen Augenhöhe möglichst vernünftige Entscheidungen hinbekommen.

Das mal rein organisatorisch mit Blick darauf, was man natürlich als Parlamentarierin, die ich ja auch bin, richtig finden müsste: eine breite Debatte über das, was nach 2020 passiert. Aber die Praktikabilität, schätze ich ein, die geht absolut gegen null.

(Egbert Liskow, CDU: Sie ist null.)

Die Entscheidung ist bereits gefallen: Sowohl die Bundesregierung als auch der Bundesrat haben entschieden, dass es keine FöKo III geben wird.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Das heißt, es wird keinen jahrelangen Prozess geben mit einer Beteiligung von mehr als hundert Personen, um die Dinge auf den Punkt zu bringen. Und darum sind es auch die Ministerpräsidenten der Länder gewesen, die uns als Finanzminister den Auftrag gaben, noch in diesem Jahr Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten, die dann wirklich auch einer gemeinsamen Entscheidung zugeführt werden. Übrigens, der Bund sagt in solchen Diskussionen immer sehr süffisant – Herr Schäuble kann das fantastisch –: Sie sind 16 Länder, ich habe 50 Prozent. – Auch das muss man immer noch wissen bei diesen Verhandlungen. Das im Grunde deshalb, um Ihnen mal deutlich zu machen, in welcher Gemengelage wir uns allein organisatorisch befinden.

Kommen wir mal zur Gemengelage, die sich natürlich inhaltlich ergibt: Ich bedanke mich für das Interesse aller Fraktionen an diesem Thema. Ich habe das im Finanzausschuss erlebt. Da habe ich ja schon sehr umfassend vortragen können, wie wir auf dem Weg sind, diese neuen Beziehungen zu gestalten. Ich habe gespürt, dass ich dabei die Rückendeckung aus allen Fraktionen habe, aber das ist ja auch nicht verwunderlich, denn es ist unser gemeinsames elementares Interesse, auf eigenen Beinen stehen zu können und dass man uns da nicht noch mehr die Basis unter den Füßen wegzieht. Insofern biete ich jetzt schon an, gern noch ausführlicher im Finanzausschuss zu berichten, wie weit es im Detail jetzt ist, wie der Stand der momentanen Tagessituation ist,

denn Sie können sich sicherlich vorstellen, das ändert sich innerhalb einer Woche schon ganz gewaltig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Je nachdem, wie Herr Söder geschlafen hat.)

Ja, der ist aber nicht der Einzige. Es gibt da noch mehrere Länderfürsten, die haben schon Ideen, die uns ganz schön wehtun würden.

Ich hatte im Finanzausschuss berichtet, das sage ich jetzt noch mal für das ganze Plenum, dass wir uns im Grunde schon seit vier Jahren darauf vorbereitet haben, als finanzschwache Länder gemeinsam diesen Weg zu gehen. Denn jedem ist ja klar, dass die Armen ein bisschen dichter zusammenrücken müssen, wenn man den Reichen eine Position entgegenstellen will.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Insofern war es eine große Anstrengung, das Forum mit mittlerweile zwölf Ländern über diese Phase hin zu gemeinsamen Positionen zu koordinieren. Da wir diesen teilweise undankbaren Job übernommen hatten, könnte ich sehr lange aus dem Nähkästchen plaudern. Ich will Sie heute am Freitagvormittag damit nicht noch betun. Dennoch ist das vielleicht wirklich mal ein Thema für „am Rande“ und auch sehr spannend. Wir haben viel gelernt dabei.

Diese gute Botschaft hält natürlich nur bis zu einem gewissen Grade, denn ich muss Sie nicht davon überzeugen, dass ein Stadtstaat wie Hamburg mit dieser Wirtschaftskraft letztendlich nicht ganz deckungsgleich zu kriegen ist mit einem schwachen Land wie dem Saarland, um einfach auch mal im Westbereich zu bleiben. Wir Ostländer sind ja nicht die einzigen, die Probleme haben, nach 2020 mit diesen Rahmenbedingungen, zu denen die Schuldenbremse gehört, umzugehen.

Insofern haben wir uns erst in letzter Zeit das Thema Ostländer noch einmal konkret gegriffen, weil ich feststellen muss, dass wir natürlich die am engsten abgestimmten Interessen haben. Die fünf Flächenostländer und Berlin, das passt im Grunde kein Stück Papier dazwischen. Es ist ja auch klar, wir haben die gleiche Finanzdecke, die uns jetzt wegbricht, wir haben noch den gleichen Nachholprozess zu gestalten, dazu gibt es inzwischen wissenschaftliche Gutachten. Und auch die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister haben das schon deutlich artikuliert, dass sie in den neuen Ländern durchaus Nachholbedarf sehen. Das haben wir nicht nur mit Freude zur Kenntnis genommen, sondern auch gleich veraktet, um es später wieder abrufen zu können.

Im Grunde ist es also dieses Ostpapier, das – Frau Rösler, vielen Dank, dass Sie es auch loben – unsere innerste Überzeugung ist. Da dieses Papier Ihnen allen zugänglich ist, verzichte ich jetzt darauf, auf die einzelnen Positionen noch mal einzugehen. Da ist eine ganze Menge Fachspezifisches drin, das vielleicht nicht jedem Hörer hier unbedingt geläufig und in der Kürze der Zeit auch nicht beizubringen ist. Die Grundzüge heißen dennoch, dass wir diesen Aufholprozess, der nicht abgeschlossen ist, gestalten können müssen, und dazu müssen wir verschiedenen Ansinnen der Südländer eine Absage erteilen.

Ich nenne nur mal das Thema, den Umsatzsteuervorwegabzug nicht mehr vorzunehmen. Das ist ein innigst

hervorgebrachter Wunsch von Nordrhein-Westfalen. Um sich mal den Bundestag vorzustellen,

(Heinz Müller, SPD: Och!)

da reichen alle Abgeordneten der neuen Länder wohl kaum, um die Abgeordneten von Nordrhein-Westfalen stimmlich auszugleichen. Nun stellen Sie sich mal vor, solche Beschlüsse würden im Bundestag auf die Tagesordnung kommen. Davor würde mir Himmelangst werden, muss ich mal so sagen, weil unsere Karten dadurch schlechter werden, wenn dies passieren würde.

Der Umsatzsteuervorwegausgleich ist ja deshalb eingezogen worden, damit die unterschiedliche Steuerkraft der Länder nicht so extrem aufeinanderprallt. Es sollte der Druck vom horizontalen Finanzausgleich zu dem, was Bayern gerne mit 1 Milliarde Euro weniger betun möchte, gezogen werden. Wir erhalten aus diesem Umsatzsteuervorwegabzug mehr, als der eigentliche Länderfinanzausgleich ist. Das heißt, dieses Thema ist für uns noch viel, viel wichtiger als die 400 Millionen Euro Länderfinanzausgleich.

Im Moment gibt es eine sehr differenzierte, komplizierte Gemengelage bei diesem und jenem Thema. Ich sage nur das Thema: Was passiert mit dem Soli? Wie wird er an die Länder und Kommunen verteilt? Wie wird dann für Ausgleich gesorgt, dass das Ganze in strukturschwächere Regionen kommt? Das sind ja alles unsere Forderungen, die wir dabei haben. Dafür gibt es mehrere Mechanismen, alle mit Vor- und Nachteilen, alle mit einer kleinen Schraubenumdrehung, mit ganz schlimmen Zahlenfolgen versehen. All das wird bei uns ganz akribisch aufgearbeitet und bewertet, und wir sind mit Vehemenz dabei, unsere Länderinteressen dabei auch zu vertreten.

Dazu gehört auch das Thema „Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in den Länderfinanzausgleich“. Es liegt quasi auf der Hand, dass die kommunale Finanzkraft einbezogen werden muss. Wir werden ja als Länder und Gemeinden gemeinsam betrachtet und wir haben natürlich die Verantwortung dafür, wie unsere Kommunen ausgestattet sind. Deshalb haben wir ein hohes Interesse daran, dass es einen höheren Einbeziehungsgrad gibt. Ich sage Ihnen nur mal, um das auch deutlich zu machen, es gibt am anderen Ende des Stricks Länder, die sagen: Wir wollen das überhaupt nicht mehr einbeziehen, das interessiert uns überhaupt nicht.

Die 64 Prozent waren damals ein gegriffener Kompromiss eines Gesamtpakets. Auch die waren schon schwierig genug, die Verhandlungen beim letzten Mal. Mir fehlt einfach der Optimismus, dass man jedes Ziel, das man hier vertritt, auch erreicht.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich denke, es wird am Ende des Tages ein Kompromiss herauskommen müssen, der dem Grundgesetz genügt. Davon, denke ich, können wir als Land überhaupt nicht abgehen. Wir müssen die gleichen Lebensverhältnisse in Ost, in West, in Nord und Süd natürlich weiter als Ziel definieren und wir müssen auch die Finanzbeziehungen danach ausrichten. Davon werden wir auch bis zum letzten Mittel nicht abgehen, aber niemand kann heute sagen, welche Stellschraube trägt dazu bei, dieses Gesamtziel zu erreichen.

Und die Verhandlungen nehmen, das hat man ja auch in der Vergangenheit gesehen, teilweise einen dynamischen Charakter an, sodass es große Papiere gibt. Wir als Finanzminister können jetzt sagen, wir haben fertig, wir haben den Ministerpräsidenten unser Bund-Länder-Positionspapier vorgelegt. Wir haben einen halben Meter Papier mit Anlagen, Berechnungen und allem erarbeitet. Da steckt ganz, ganz viel Arbeit drin, und trotzdem macht es nur eins deutlich: die widerstreitenden Interessen der Länder.

Es wird also einer großen Kraftanstrengung bedürfen und natürlich auch einer gewissen Kompromissbereitschaft aller Länder, um diese widerstreitenden Interessen durch die Tür zu kriegen. Ich stelle mir bei einem Beteiligungsprozess natürlich auch vor, dass man vor einer „Nacht der langen Messer“ jetzt noch fragen müsste: Wie weit darf ich überhaupt gehen? So kann man nicht verhandeln!

Im Grunde ist das, was Sie als Beteiligung wünschen, für mich eine sehr nachvollziehbare Forderung im Sinne von: Letztendlich sind Sie als Haushaltsgesetzgeber nachher auch zuständig

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

für die Dinge.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eben. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Soweit kann ich das gut nachvollziehen.

Ich würde auch auf gar keinen Fall den hochgeschätzten Präsidenten entgegentreten, die jetzt mehr Beteiligung wünschen. Aber auch dort ist nicht klar, deshalb sagte ich es vorhin gleich, die FöKo III wird es nicht geben. Man wird also einen Weg finden müssen, wie man diese Beteiligung organisiert, und ich denke, dafür ist jedes Land für sich allein verantwortlich.

Ich biete nach wie vor an, sehr transparent und ausführlich zu berichten, wie der aktuelle Stand ist. Und wenn Sie dann als Fraktion das Gefühl haben, Ihre Interessen werden durch die Finanzministerin gegenüber den anderen Ländern nicht ordnungsgemäß vertreten, dann müssten Sie das vielleicht mal mit mir an dieser oder jener Stelle gerne diskutieren. Denn auch wenn ich sage, ich gebe da alles, wird das vielleicht für den einen oder anderen nicht genug sein. Ich habe mir Mühe gegeben, Ihnen deutlich zu machen, in welcher Gemengelage wir uns da befinden als kleines Land im Nordosten. Die Kraft, die ich eigentlich nehme, trotzdem den Hals aufzureißen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn es darum geht, unsere Interessen zu vertreten ...

Ja, ich bin nicht bekannt dafür, dass ich schüchtern zu Boden gucke, wenn es um die Diskussionen geht.

(Heinz Müller, SPD: Das ist wohl wahr. –
Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD,
und Burkhard Lenz, CDU)

Ja. Da ist es mir auch egal, wer mir gegenüber sitzt, wenn es darum geht. Trotzdem muss man immer noch im Kopf haben: Wunder können wir nicht bewirken. Wir suchen

viele Verbündete. Das sind einmal alle Ostländer, und ich arbeite mit allen Kolleginnen und Kollegen in dem Bereich sehr vertrauensvoll zusammen. Dabei ist es für mich erst einmal unerheblich, welches Parteibuch dabei ist. Es ist in Brandenburg ein linker Kollege, es ist in Thüringen ein CDU-Kollege, und ich habe natürlich auch meine eigenen dabei. Das ist erst einmal unerheblich. Wir haben in etwa gemeinsame Interessen, also verbünden wir uns.

Darum dieses Papier, das übrigens im größten Kern, also in der Organisation und in der Abstimmung, in unserem Haus entstanden ist, das muss man auch mal wissen an dieser Stelle. Wir haben deutlich Signal gegeben, wir Ostländer würden bis zur Klage gehen, wenn man uns nicht angemessen an dieser Stelle berücksichtigt. Mehr kann, glaube ich, ein Parlament auch von uns an dieser Stelle nicht erwarten. Wir können nicht im Einzelnen darüber diskutieren: Ist die Schraube wichtig oder die? Möchten wir denn gern die Stadtstaatenregelung ändern, was ja auch viele tun würden? Soll der Dünnsiedlerfaktor weg? Soll es weiter PolBEZ geben und so weiter? Ich glaube, darüber wollen Sie nicht wirklich im Detail diskutieren, denn was Sie zu Recht wollen, ist eine vernünftige Finanzausstattung, mit der Sie hier noch arbeiten können. Willkommen im Klub, das möchte ich auch!

Ich glaube, die Ministerpräsidenten werden gemeinsam mit dem Bereich der Landtagspräsidenten eine vernünftige Form der Einbeziehung, der Kommunikation finden. Ich möchte das gern dem Parlament an dieser Stelle auch anbieten, aber das Verfahren, das DIE LINKE sich an dieser Stelle vorstellt, ist einfach nicht durchführbar. Ihre Intention allerdings, und ich habe die noch von keiner Fraktion anders erlebt, ist für mich Rückenwind und Unterstützung und dafür bedanke ich mich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU
und Torsten Koplin, DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Na, immerhin!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lenz von der CDU-Fraktion.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Zeit und dass die Finanzministerin ihre sonst gewohnte Redezeit etwas überschritten hat, möchte ich mich kürzer fassen und mich dafür bedanken, dass die Finanzministerin uns hier eine sehr realistische und komplexe Darstellung der Situation bei diesen Verhandlungen erläutert hat.

Die Finanzministerin, das hat sie auch gesagt, hat natürlich nicht nur das Land, sondern auch die Kommunen mit zu vertreten. Und, sie hat es gesagt und mir erschließt sich das auch richtig, ich denke, dass eine Kommune hier in unserem Bundesland, nämlich auch meine Heimatkommune, doch andere Interessen hat als eine Kommune in Bayern, sodass es vielleicht nicht unbedingt günstig wäre, wenn alle mit an den Tisch kommen. Je mehr Köche um den Brei herumstehen, desto schlechter wird er meistens dabei.

Ich möchte, an die Fraktion der LINKEN gewandt, einmal etwas zu Ihrem Änderungsantrag sagen: Sie haben ja da

schon bestätigt, dass die Landesregierung und speziell eben auch die Finanzministerin eine sehr gute Arbeit leisten. Ich habe eigentlich gedacht, auch in Anbetracht dessen, dass wir heute Morgen eine Einladung für den Finanzausschuss bekommen haben, in der als Tagesordnungspunkt 3 eine Anhörung genau zu diesem Thema steht,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, geschickt eingefädelt, ne?)

dass Sie Ihren Antrag zurücknehmen.

Ich lehne deshalb, weil wir in der Diskussion sind, weil auch die Finanzministerin sehr häufig schon über dieses Thema berichtet hat, im Namen meiner Fraktion diesen Antrag ab. – Danke.

(Beifall Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich mir die Argumentation der LINKEN von gestern zur polizeilichen Kennzeichnungspflicht zu eigen machen würde, müsste ich jetzt sagen, man kann ein Thema auch zerreden.

Der Antrag jetzt von der LINKEN ist möglicherweise sogar kontraproduktiv, denn wir waren im Finanzausschuss doch eigentlich schon auf einem sehr guten Weg.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Ritter, Sie erkennen sicherlich Ihre Argumentation selbst.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich!
Ich bin ja auch ein Fuchs, Herr Saalfeld.)

Denn bereits am 6. März dieses Jahres hat sich der Finanzausschuss auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit diesem wichtigen Thema beschäftigt. Damals hatte uns die Finanzministerin sehr ausführlich und auch sehr offen über den aktuellen Stand der Verhandlungen berichtet. Diese Auskunftsfreudigkeit der Finanzministerin stieß damals unter allen demokratischen Fraktionen auf ein positives Echo. Zudem sagte Finanzministerin Polzin zu, uns bei Bedarf eben auch weiter auf dem Laufenden zu halten. Sie hat das heute noch mal unterstrichen.

Jetzt frage ich natürlich DIE LINKE: Warum sind Sie denn nicht auf diesem von uns GRÜNEN angelegten Weg im Finanzausschuss geblieben?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der war uns zu grün. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich will es abkürzen: Man kann natürlich ein Thema zerreden. Ich will mir auch diese recht preiswerte Argumentationsweise von gestern nicht explizit zu eigen machen, stattdessen beschäftige ich mich mal konkret mit dem Antrag der LINKEN. Und das, meine Damen und Herren,

muss ich sagen: Das Anliegen dieses Antrages, das ist im Prinzip richtig, denn Landtag und Kommunen sollten bei der wichtigen Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen dringend einbezogen werden.

Frau Polzin hat es eben selbst dargelegt, wie wichtig diese Neuordnung für unser Land ist. Ich bin der Meinung, je wichtiger eine Angelegenheit ist, desto mehr müssen beteiligt werden, denn es kann nicht sein, dass die wichtigsten Entscheidungen von immer weniger Personen getroffen werden und die unwichtigen Entscheidungen können dann die Parlamente entscheiden. Ich glaube, das ist das falsche Prinzip, und deswegen gehört diese wichtige Entscheidung nicht in die Hinterzimmer.

Frau Polzin hat auch gerade gesagt, es funktioniert nicht, dass man in die „Nacht der langen Messer“ mit einer abgestimmten Position aus dem Parlament geht. Ich glaube, die „Nacht der langen Messer“ kann man auf jeden Fall besser überstehen, wenn man eine Rückendeckung hat. Jeder von uns kennt Verhandlungssituationen, wo man vorher auch klar rote Linien definiert hat.

Ich glaube, die SPD selbst ist bei den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl sehr gut gefahren, als sie gesagt hat: Wir bringen diesen Koalitionsvertrag auch noch mal zu unseren Mitgliedern zu einem Mitgliederentscheid. Dort war vorher auch klar dargelegt, welche roten Linien es gibt und welche nicht überschritten werden können. Das hat Ihre Verhandlungsposition als SPD gegenüber der CDU sehr gestärkt. Das heißt, ich würde das nicht einfach so vom Tisch wischen und sagen, das funktioniert alles nicht, in der „Nacht der langen Messer“ steht jeder für sich und das müssen dann kleine Einheiten sein.

Ich glaube, es gibt sehr viele vernünftige Argumente dafür, diesen Prozess breiter anzulegen, insbesondere mit dem Wissen, dass eine Föderalismuskonferenz III gerade die schwachen Länder gestärkt hätte, denn dort wären viele Prozesse transparenter geworden, wären auch in der Öffentlichkeit kommuniziert worden. Solche Konferenzen stärken im Normalfall die Schwächeren und nicht die Stärkeren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, da müssen
Sie das mal mit Ihrem Ministerpräsidenten
aus Baden-Württemberg besprechen.)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es auch von der Koalition etwas unglaublich, vorgestern, es war genau vorgestern, lautstark eine bessere Beteiligung der Landtage in europäischen Angelegenheiten zu fordern und heute einer besseren Beteiligung der Landtage bei der Neuordnung der so wichtigen Finanzbeziehungen nicht zuzustimmen.

Gerade erst vorgestern sind wir der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses zur Unterrichtung der Präsidentin zur Konferenz der deutschen Präsidentinnen und Präsidenten gefolgt. Das steht auf der Drucksache 6/3361 und ich will das noch mal zitieren. Dort haben wir folgender Forderung zugestimmt, Zitat-anfang: „Der Landtag fordert die Landesregierung insbesondere auf, sich u. a. über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass künftig die Beteiligungs- und Informationsrechte der Landesparlamente in europapolitischen Fragestellungen gestärkt werden.“ Zitatende. Das ist richtig. Aber warum soll das jetzt nicht auch hier gelten?

Meine Damen und Herren, wir können zudem nicht einerseits die Europäische Kommission dafür kritisieren, dass sie gerade mit den USA und Kanada die Freihandelskommen TTIP und CETA hinter verschlossenen Türen verhandelt, und andererseits bei den Verhandlungen um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Landtage und Kommunen außen vor halten. Das funktioniert einfach argumentativ nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber die Ministerin berichtet doch! Die Ministerin berichtet doch im Finanzausschuss!)

Das stimmt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

aber die Kommunen sind außen vor, und dazu komme ich jetzt noch.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum ist denn nun die Einbeziehung der Landtage und Kommunen eigentlich so wichtig?

Erstens. Eine zentrale Frage wie die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gehört nicht in die Hinterzimmer, das habe ich eben gerade schon dargelegt. Es ist ja eigentlich schon absurd, dass über öffentliche Mittel des Steuerzahlers geheim verhandelt wird. Das ist in unseren Augen inakzeptabel.

Zweitens. Der Landtag ist der Haushaltsgesetzgeber. Frau Polzin hat das selbst angesprochen. Bei der Frage der Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geht es um die materiellen Interessen von Bund und Ländern, die natürlich in einem Spannungsverhältnis stehen. Die maßgeblichen Rahmenbedingungen für die zukünftige Arbeit und die Gestaltungsmöglichkeiten dieses Parlaments werden zurzeit allein durch die Landesregierung mit der Bundesregierung verhandelt. Das heißt, unsere Spielräume als Parlament werden von der Landesregierung verhandelt. Ich denke, daher sollten wir uns auf jeden Fall einschalten.

(Vincent Kokert, CDU:
Verhandelt denn da die GRÜNE-
Landtagsfraktion in Baden-Württemberg
mit, Herr Saalfeld?)

Es ist schließlich dieser Landtag als Haushaltsgesetzgeber, der für die zukunftssichere Bereitstellung zahlreicher Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur verantwortlich ist. Denken Sie allein an die Herausforderungen, die im Bereich der Bildungspolitik vor uns liegen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da, wo sie es können, machen sie es ja, und hier fordern Sie etwas, wovon Sie genau wissen, dass es nicht funktioniert.)

Dafür sind wir als Abgeordnete dieses Parlaments für unser Land verantwortlich.

Ich verweise auch auf die Schuldenbremse, die es ab 2020 einzuhalten gilt. Auch dafür müssen wir sorgen, und ich glaube, deswegen sollten wir heute mitreden.

Drittens. Es braucht eine Einbeziehung der kommunalen Ebene, weil natürlich die kommunale Finanzausstattung maßgeblich von der Finanzausstattung des Landes abhängt. Hinzu kommt auch, dass die Kommunen in einem weiteren relevanten Punkt betroffen sind, nämlich inwieweit die kommunale Finanzkraft in einem Finanzausgleichssystem berücksichtigt wird. Bisher sind es nur 64 Prozent. Unsere Vorstellung wäre – wie auch die der LINKEN – natürlich eine vollständige Berücksichtigung,

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube, dazu hat die Ministerin was gesagt, ne?)

weil die reduzierte Anrechnung ein Vorteil für die Länder ist, die besonders finanzstarke Kommunen haben. Grund genug, meine Damen und Herren, auch die Kommunen an den Tisch zu holen,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

denn die machen dafür auch Druck.

Viertens. Eine Einbeziehung der Landesparlamente und Kommunen würde eben auch die Akzeptanz für die Entscheidung erhöhen, denn ich möchte nicht, dass diese wichtige Entscheidung in ein paar Jahren wieder hinfällig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin natürlich auch wieder etwas enttäuscht, dass wir zu diesem Thema keinen fraktionsübergreifenden Antrag hinbekommen haben,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

obwohl sich die Fraktion DIE LINKE prinzipiell dazu bereit erklärt hat. – Schade! Warum eigentlich,

(Heinz Müller, SPD:
Das fragen wir uns auch.)

denn auch in anderen Landtagen – Herr Kokert, Sie sprachen gerade Baden-Württemberg an –,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

denn auch in anderen Landtagen wird gezeigt, dass zu diesem wichtigen Thema fraktionsübergreifende Anträge möglich sind. Ich möchte zum Beispiel auf den Landtag in Schleswig-Holstein verweisen,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, mich interessiert aber Baden-Württemberg, weil die klagen.)

das ist jetzt ein anderes rot-grün regiertes Land, darauf möchte ich einfach hinweisen.

(Vincent Kokert, CDU:
Die klagen ja dagegen. Die wollen uns ja das Geld wegnehmen, Herr Saalfeld.)

Das ist ein anderes rot-grün regiertes Land, was uns als Mecklenburg-Vorpommern nähersteht, ja?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Vincent Kokert, CDU: Ach so?! Oh!)

Schleswig-Holstein steht uns sowohl geografisch als auch finanziell sehr viel näher.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte also zum Beispiel auf den Landtag Schleswig-Holstein verweisen, wo ein Antrag mit dem Titel,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und jetzt hören Sie bitte zu, Herr Kokert ...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Dort gibt es einen Antrag mit dem Titel „Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen nicht ohne Beteiligung der Landesparlamente“, Drucksache 18/2261. Man könnte sagen, es ist verwunderlich, dass ein gleichartiges gemeinsames Vorgehen bei uns nicht möglich ist, obwohl Schleswig-Holstein ja nun nicht wirklich weit weg ist.

Ich möchte das Positionspapier der ostdeutschen Länder zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch positiv erwähnen. Es ist eine gute Grundlage, das wurde heute schon erwähnt. Ich finde es gut, dass dort auch noch mal die Erhaltung des Aufkommens des Solidaritätszuschlags festgeschrieben wurde und auch klar kommuniziert wird, dass die ostdeutschen Bundesländer eine Verteilung dieses Solidaritätszuschlagsaufkommens nicht nach Himmelsrichtung vornehmen wollen, sondern dafür offen sind, dieses nach objektiven Kriterien deutschlandweit zu verteilen. Ich denke, das ist ein sehr gutes und auch seriöses Vorgehen.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir ein starkes und geschlossenes Votum aus diesem Landtag für Frau Bretschneider gewünscht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Das ist in meinen Augen leider eine unnötig verpasste Chance.

Von uns GRÜNEN gibt es auf jeden Fall ein klares Ja zur Beteiligung der Landesparlamente. Dem Antrag stimmen wir also zu, dem Änderungsantrag natürlich auch. Wir wissen, dass er heute abgelehnt wird von der Koalition, das hat man ja schon den Vorrednern angemerkt. Ich hoffe daher, dass wir wenigstens den von uns GRÜNEN im Finanzausschuss angelegten Weg, und das Angebot hat ja Frau Polzin auch gemacht, dass wir diesen Weg weiterverfolgen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch selbstverständlich.)

und die Kommunen dort mit ins Boot holen, wie es jetzt auch die Koalition im Finanzausschuss beantragt hat. Das finde ich einen sehr guten Weg. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Saalfeld.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schwarz von der SPD-Fraktion.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe hier eine Rede vorbereitet, aber die Finanzministerin hat ja einiges bereits im Vorfeld abgeräumt,

(Vincent Kokert, CDU:
Das ist schon mal ein guter Einstieg. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Einiges? Alles!)

deswegen werde ich mich dann mal auf ein paar Dinge beschränken.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ein paar Dinge will ich trotzdem noch sagen,

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und zwar gerade zu dem Vorredner. Der Vorredner hat hier eine Verhandlung eines Länderfinanzausgleichs mit einem Koa-Vertrag, den sie beschlossen haben, und einer Mitgliederbefragung – seid ihr einverstanden? – verglichen. Also der Vergleich hinkt!

(Zuruf aus dem Plenum: So ist es.)

Hier geht es um den Länderfinanzausgleich, hier geht es, wie die Ministerin schon sagte, um die Existenz des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern.

(Vincent Kokert, CDU: Was durch
Baden-Württemberg bedroht wird!)

Und ich habe auch bemerkt, so unterschwellig, dieses Hintertürchen, ein Hintertürchen. Und die Landesregierung – also im Gegensatz, sagen wir mal, vielleicht zu Ihnen,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hat die Koalition volles Vertrauen zum Ministerpräsidenten und zu unserer Finanzministerin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das sollte wahrscheinlich
noch mal ausgesprochen werden.)

Das unterscheidet uns erst einmal. Und die Ministerin ...

(Zurufe von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, Leute, so geht das nicht!

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Es ist auch nicht die Frage der Beteiligung, nicht das Ob, sondern das Wie,

(Udo Pastörs, NPD:
Alles einstimmig.)

das muss sinnvoll und praktikabel sein. Ich glaube, sie hat umfangreich erzählt, wie schwierig diese Verhandlungen sind.

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Du kannst Kamingespräche führen, kommst zu einem Kompromiss, eine Stunde später klingelt das Handy: Alles hinfällig, die Mehrheiten haben sich geändert. Also ich finde, es muss sinnvoll und praktikabel sein.

Sie hat angeboten zu informieren und sie hat immer informiert im Finanzausschuss, das heißt, das Parlament ist bereits einbezogen, und nicht nur in diese Geschichte. Ob das die Steuerschätzung, ob das die Werften sind, das Finanzministerium und die Ministerin haben immer umfangreich informiert, haben mit nichts hinter dem Berg gehalten, Herr Saalfeld.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Also das Misstrauen ist völlig unbegründet. Wir haben Vertrauen zu unserer ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie regen sich hier über Dinge
auf, die überhaupt nicht zur Debatte stehen.
Ich habe das überhaupt nicht behauptet!)

Herr Saalfeld, Sie haben es so gemacht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ich habe es auch gehört. –
Heinz Müller, SPD: Sie können Ihre
Rede ja noch mal nachlesen, Herr Saalfeld.)

Und noch einmal zu den Kommunen: Die Ministerin hat immer gesagt, das Land und die Kommunen sitzen in einem Boot.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Saalfeld, es ist das ureigene Interesse des Landes, dass die Kommunen nicht hinten runterfallen, logischerweise, weil wir ja für die Kommunen einstehen müssen. Also ist das Misstrauen völlig hinfällig.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na, das letzte Mal haben Sie gleich
40 Millionen im FAG hinten runterfallen lassen.)

Jetzt möchte ich mal auf eine andere Sache eingehen,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die noch gar nicht angesprochen worden ist. Wir geben der Finanzministerin mit auf den Weg, das Bestmögliche aus den, ich sage mal, Verhandlungen rauszuholen. Das ist die eine Seite. Und wenn sie – ich will es mal plakativ machen – dann schweißgebadet hier ankommt mit dem Rucksack voller Euros,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

dann haben wir die Aufgabe und die Verantwortung, mit diesem Geld sorgsam umzugehen. Es nützt nichts, auf der einen Seite so viel Geld wie möglich rauszuholen, sondern wir müssen auch mit dem Geld sorgsam umgehen und, wenn politische Entscheidungen notwendig sind, diese mit Augenmaß behandeln.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Der erklärt
uns jetzt wieder die Weltökonomie. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schuldenbremse 2020, 2019 Ende Solidarpakt II, wir haben einiges gehört von der Frau Ministerin, und sie hat auch wohl deutlich gemacht, dass sie, wie sie sagte, „wenn sie ihren Hals aufreißt“, Zitat, das dann auch im Sinne der Interessen unseres Landes tut.

Aber gleiche Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen, war ja auch Vorbild für die Einführung des Euros, wo es dann hieß: Gleiche Lebensverhältnisse in Europa herstellen. Und wahrscheinlich werden die Weltbürger in wenigen Jahren schreien: Gleiche Lebensverhältnisse in der ganzen Welt herstellen.

Sie sind gefährlich auf dem Holzweg, Frau Ministerin, und auch einige Redner hier am Rednerpult, weil Sie nämlich einiges durcheinanderwerfen und verkennen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Oh ja!)

Eine wirklich nachhaltige,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann ordnen
Sie das doch bitte mal für uns, Herr Pastörs! –
Heinz Müller, SPD: Da bin ich aber gespannt.)

einen wirklich nachhaltigen Ausgleich von Lebensqualität und Lebensverhältnissen erreichen Sie am Ende nur, wenn Sie die ökonomischen Grundlagen in Mecklenburg-Vorpommern schaffen, aus eigener Kraft eine Lebenswirklichkeit zu schaffen, wie sie zum Beispiel in Baden-Württemberg herrscht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, das ist ja eine tolle Erkenntnis!)

Und wenn Sie 25 Jahre nach der sogenannten Einheit die versprochenen blühenden Landschaften

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Für Sie
ist das die „sogenannte Einheit“, ja?)

des ehemaligen Bundeskanzlers Kohl betrachten, dann müssen Sie auch so ehrlich sein und ihren „Hals aufreißen“, wenn es darum geht, die Hausarbeiten zu erledigen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das macht sie doch.)

Und die Hausarbeiten lauten dann eben, aufzuhören mit der Selbstbeweihräucherung, wenn es um ökonomische Eckdaten hier in Mecklenburg-Vorpommern geht. Dann

müssen Sie mal sagen, dass Mecklenburg-Vorpommern noch weitestgehend am Tropf von Subventionen der EU, des Bundes

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das hat sie doch gesagt. Haben
Sie nicht zugehört, oder was?!)

und auch zukünftig für viele, viele Jahre

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Immer schön die Öhrchen
waschen morgens!)

am Tropf fremder Finanzquellen hängt, weil Ihre Politik ein Vierteljahrhundert nach der Wende vollkommen gescheitert ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Herr Pastörs! Herr Pastörs!)

Und der Beweis ist Ihre Rede, die Sie vorhin hier gehalten haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Immer dieselben Plattitüden.)

Wir haben einfach die Situation, dass es nur noch ganz wenige Länder gibt, die netto so viel über haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Monsieur Plattitüde.)

dass sie den Hungerleidenden, in erster Linie im Norden, überhaupt etwas abgeben können. Bayern ist mit 4 Milliarden, im Moment 5 Milliarden, knapp 5 Milliarden im Moment, dabei, Geld abzugeben an die Länder, die durch den Länderfinanzausgleich Empfänger sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, und?)

Und wenn Sie sich angucken, dass da nur noch Baden-Württemberg und Hessen zur Verfügung stehen und ab und zu Hamburg, was ja schon mal wechselt aufgrund der spezifischen ökonomischen Situation dieser Stadt, dann werden Sie feststellen, dass eine ganz massive und auch verständliche Gegenwehr eintreten wird, weil die nämlich einfach sagen, wir haben keine Lust, für die nächsten 20/30 Jahre festzuschreiben, dass ständig vom Süden in den Norden transferiert wird. Wenn ihr das da oben nicht gebacken bekommt, ihr lieben demokratischen Parteien, dann werden wir,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bayern war
auch mal Empfängerland. Wissen Sie das
eigentlich, Herr Pastörs? Wissen Sie das?)

dann werden wir ganz klar dafür sorgen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nee, das weiß er nicht.)

dass wir euch den Geldhahn abdrehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja.)

Damit werden Sie zu rechnen haben, dass diese Argumente kommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bayern
hat auch empfangen, Herr Pastörs.
Erzählen Sie das doch mal!)

Ganz besonders deutlich wird diese Asymmetrie in der wirtschaftlichen De-facto-Ausstattung der Länder. Wenn Sie einmal vergleichen: Bremen, jenes multikulturelle rote Beispiel der Republik, das seit fast 35 Jahren Geld ausgibt für Dinge, die nun wirklich nicht notwendig sind. Wenn ich mir anschau, was hier finanzpolitisch geschieht, dass seit Jahren damit argumentiert wird, dass keine Schulden, keine neuen Schulden gemacht werden, aber de facto nur marginal Tilgung betrieben wird, und dass in Wahlkämpfen dann nach außen dargestellt würde, als wenn es dem Land finanziell blendend ginge, dann muss ich Ihnen sagen: Sagen Sie die Wahrheit! Hören Sie auf, sich in die eigene Tasche zu lügen!

Machen Sie nicht nur finanzpolitisch Tabula rasa, sondern sorgen Sie wirtschaftspolitisch dafür, dass Sie nicht in fünf oder zehn Jahren noch weiter hinten anstehen in der Produktivität dieses Landes – die ist katastrophal im Bundesvergleich –, Produktivität der Wirtschaft! Sorgen Sie dafür, dass im Bildungsbereich die Betriebe sagen können, jawohl, die jungen Menschen erfüllen die Bildungsvoraussetzungen, dass wir sie als Lehrling oder als Techniker einstellen können! Und sorgen Sie auch dafür, dass im Bereich der Sozialbudgets bitte schön zunächst einmal darauf geschaut wird, was die deutschen Familien stärkt in diesem Land!

(Beifall Stefan Köster, NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, ne?!)

Und verschwenden Sie zukünftig nicht massenhaft Geld

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ein bisschen
Rassismus muss immer dabei sein.)

für die Lebensinteressen Fremder,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die zum größten Teil hier hineinkommen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, genau.)

um sich in der sozialen Hängematte

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Setzen Sie sich mal hin, Sie Rassist!)

dieses Landes einzurichten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Jetzt noch ein Wort zum Antrag der GRÜNEN. Selbstverständlich müssen die Interessen der Kommunen berücksichtigt werden. Aber was erwarten Sie denn von einer Landesregierung,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die im Finanzausgleichsgesetz so brutal die Gemeinden und kreisfreien Städte behandelt hat, wie Sie jetzt befürchten, dass Sie selbst von den Geberländern behandelt werden? Das ist unredlich, das ist schäbig. Wir nehmen Ihnen deswegen Ihre gute Absicht ab, hier etwas für Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen, aber das werden Sie auf der Zeitachse nur erreichen, wenn dieses Land ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, kommen Sie zum Ende!

Udo Pastörs, NPD: ... endlich ökonomisch auf die Beine kommt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Lenz, also von Ihren Ausführungen war ich schon enttäuscht.

(Zurufe aus dem Plenum: Ooh! –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass Sie über ein Ob und ein Wie der Beteiligung der Kommunen wirklich noch mal nachdenken. Wenn ich aus einem Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft „Kommunalpolitik der CDU/CSU“ vom 9. Oktober dieses Jahres zitieren darf, Zitat: „Um sicherzustellen, dass die Interessen der Kommunen in den Beratungen der Bund-Länder-Kommission zur Neugliederung der Finanzbeziehungen angemessen und ausreichend vertreten werden, ist es unerlässlich, die Kommunen als Verhandlungspartner kontinuierlich in die Gespräche einzubinden. Eine Vertretung der Kommunen über ihre Bundesländer reicht keinesfalls aus.“

Also das ist, denke ich, deutlich.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört!)

Um noch mal das Motto von Frau Polzin zu bemühen: „Willkommen im Klub“ ist uns leider in Bezug auf diesen Antrag nicht gelungen. Das bedauere ich, dass es nicht gelungen ist, alle demokratischen Fraktionen zu einer gemeinsamen Antragstellung zu bewegen. Das Angebot unsererseits stand.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

An BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN scheiterte dies nicht, das will ich hier noch mal offen sagen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
So? An wem denn dann?
Lassen Sie uns mal überlegen!)

SPD und CDU konnten sich mal wieder nicht einigen. Insbesondere schaue ich hier mit einem kritischen Blick auf die Kolleginnen und Kollegen der CDU.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hatten wir ja schon mehrfach
an diesen drei Tagen.)

Dieses Theater führte, glaube ich, nicht nur bei mir zu Kopfschütteln. Schließlich besitzen nach meiner Kenntnis alle Landtagspräsidentinnen und -präsidenten entweder das Parteibuch der SPD oder das der CDU.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber die Hoffnung stirbt zuletzt und vielleicht haben die Koalitionäre dazugelernt und stimmen der Aussage der Landtagspräsidentin nicht nur verbal zu, sondern – viel entscheidender – durch ein „Ja“ in der Abstimmung zu unserem Antrag. Übrigens durch ein „Ja“ zu unserem Antrag würden SPD und CDU nicht nur Frau Bretschneider, sondern auch den Kommunen den Rücken stärken.

(Marc Reinhardt, CDU: Auch noch.)

Dass Ihnen das Thema wichtig ist, ist gar keine Frage. Das ist heute in der Debatte, denke ich, deutlich geworden. Damit Sie einem LINKEN-Antrag aber nicht beitreten oder zustimmen oder ihn überweisen müssen und um dennoch das Thema nicht unter „ferner liefern“ zu behandeln, beantragten Sie Anfang der Woche eine Befassung im Finanzausschuss, das ist ja hier schon gesagt worden. So weit, so gut. Das ist natürlich auch in unserem Sinne und wir freuen uns, mit der Präsidentin, den kommunalen Spitzenverbänden und natürlich auch mit der Finanzministerin dazu ins Gespräch zu kommen. Aber ich sage das ganz deutlich: Die Befassung im Finanzausschuss ersetzt die Positionierung im Landtag nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe an der Regierungsbank)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/...

Meine beiden Herren!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Rudi!)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3388 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3388 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und bei keinen Stimmenthaltungen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3335 zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3335 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Innere Sicherheit stärken – Polizeiarbeit fördern, Drucksache 6/3346(neu).

**Antrag der Fraktion der NPD
Innere Sicherheit stärken –
Polizeiarbeit fördern
– Drucksache 6/3346(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Müller darf ans RednerInnenpult.)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Einbringungsrede zu unserem Antrag möchte ich mit folgendem Zitat beginnen: „Ich freue mich für die Beamtinnen und Beamten, dass sie künftig optimale Arbeitsbedingungen haben werden. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind rund um die Uhr kompetente Ansprechpartner, wenn es um die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit geht. Zweckmäßige und moderne Arbeitsbedingungen tragen wesentlich zur Motivation und zu guten Ergebnissen in der Polizeiarbeit bei. Und in einer Region, die im großen Maße vom Tourismus lebt, ist Innere Sicherheit auch ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.“ Zitatende.

Dieses Zitat von Innenminister Lorenz Caffier stammt aus einer Pressemitteilung seines Ministeriums vom 6. Oktober dieses Jahres anlässlich der Sanierung der Polizeiinspektion Wismar. Optimale Arbeitsbedingungen und Motivation führen zu guten Ergebnissen in der Polizeiarbeit und stärken somit die innere Sicherheit des Landes?! Das, meine Damen und Herren, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, Herr Müller?)

ist graue Theorie, denn in der täglichen Polizeiarbeit offenbaren sich ganz andere Zustände, nämlich solche, die mit Ihren Worten, die aus einem Werbetext stammen könnten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so?!)

eher wenig gemein haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann sagen Sie mal ein paar Beispiele, Herr Müller!)

Die Entwicklung der Landespolizei und die aktuellen Hilferufe vonseiten der Gewerkschaft der Polizei – GdP – zeigen hingegen, in welchem Zustand sich die Sicherheitsbehörden befinden. Die Funktionsweise beziehungsweise Handlungsfähigkeit der Polizei ist durch die gestiegene Arbeitsbelastung, ein hohes Durchschnittsalter und fehlendes Personal schlicht und ergreifend gefährdet. Bereits zu Beginn des Jahres wurden die Auswirkungen der verkorksten Polizeistrukturen 2010 deutlich. Einen Schwerpunkt bilden unter anderem die Einsatzbelastungen, auf die bis heute nicht umfänglich eingegangen wurde. So meldete die GdP am 22. September dieses Jahres: „Fast 37 Tage Krankheit pro Mitarbeiter in unserer Landespolizei sprechen eine deutliche Sprache. Unsere Landespolizei ist krank!“ Und weiter heißt es: „Wenn immer weniger Kollegen immer mehr Arbeiten erledigen müssen, werden die verbliebenen KollegInnen auch schneller und häufiger krank.“ Zitatende.

Dieser Hilfescrei ist nicht zu überhören und es müssen endlich zielführende und präventive Maßnahmen eingeleitet werden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ein Punkt, bei dem unsere Fraktion dringenden Handlungsbedarf sieht, ist die Verbesserung des behördlichen Gesundheitsmanagements,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

um den hohen Krankheitsständen und langfristigen Krankheitsfällen bei der Landespolizei, Herr Müller, entgegenzuwirken. Vergleichbare Maßnahmen aus anderen Bundesländern zeigen, dass die Umsetzung von ganzheitlich ausgerichteten Gesundheitskonzepten nicht nur äußerst sinnvoll, sondern nahezu unvermeidlich ist, um den Herausforderungen des demografischen Wandels, der zunehmenden Alterung der Belegschaft und den hohen Krankenständen erfolgreich zu begegnen.

Diese Maßnahmen können aber nur greifen, wenn die perspektivische Neuausrichtung der Polizeiarbeit ganzheitlich erfolgt und nicht länger aufgeschoben wird. Darum fordern wir in unserem Antrag weiter, dass die Landesregierung einer stärkeren Ausbildungs- und Nachwuchsgewinnung bei der Polizei eine höhere Priorität einräumt. An die 1.100 Polizisten werden bis zum Jahr 2020 in Pension gehen. Dem gegenüber stehen zu wenige Neueinstellungen, um die Differenz in den nächsten Jahren auszugleichen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt nicht.)

Mit Blick auf die sinkenden Zahlen der Bewerber muss gerade die Polizeiarbeit perspektivische Anreize schaffen, um künftig eine ausreichende Anzahl von PolizistInnen auszubilden. Weitere 47 Stellenstreichungen, wie insbesondere im kommenden Jahr im mittleren Dienst, tragen weiter dazu bei, dass die ohnehin schon eingeschränkten Aufstiegs- und Beförderungschancen für Einsteiger weiter verschlechtert werden. Die Attraktivität, bei der Polizei zu arbeiten, nimmt somit weiter ab und verschärft die Nachwuchssorgen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern steht in der Verantwortung, die Nachwuchsgewinnung entschlossener voranzutreiben, damit auch künftig die Polizeiarbeit in quantitativer und auch qualitativer Hinsicht sichergestellt werden kann.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD-CDU-Koalition, waren und sind es, die durch die Polizeistrukturenreform die Sicherheit unserer Landsleute aufs Spiel gesetzt haben und setzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Lächerlich,
Herr Müller! Lächerlich, Herr Müller!)

Jetzige Überlegungen, weitere Aufgabenbereiche der Polizei in den Dienstleistungssektor abzuschieben, verschlimmbessern lediglich die Situation, denn mit der Privatisierung polizeilicher Aufgaben stiehlt sich die Landesregierung aus der Verantwortung.

(Stefan Köster, NPD: Wieder einmal!)

Wir als NPD-Fraktion lehnten die Polizeistrukturenreform von Anfang an konsequent ab

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Toll!)

und machten dies bereits frühzeitig mit richtungsweisenden

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtungsweisend!
In welche Richtung weisen Sie denn noch mal? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

parlamentarischen Initiativen deutlich, Herr Ritter. Die Sicherheit und der Schutz der Bürger dürfen nicht länger unter der Reformwillkür leiden. Die Sicherheit der Bürger, die innere Sicherheit unseres Landes

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist gewährleistet.)

sind für uns Nationalisten nicht verhandelbar. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, ist sie auch
nicht, weil sie gewährleistet ist, Herr Müller.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Stefan Köster, NPD: Der Blockierer!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Stefan Köster, NPD: Der Volkspolizist!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kennen Sie den Unterschied zwischen den demokratischen Fraktionen und der NPD-Fraktion?

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die demokratischen Fraktionen besuchen regelmäßig die Polizei und die NPD bekommt regelmäßig Besuch von der Polizei.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heinz Müller, SPD: Sehr gut. –
Udo Pastörs, NPD: Oh! –
Stefan Köster, NPD: Sie sind
ja ein richtiger Spaßvogel. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die Polizei in diesem Land garantiert nicht auf diesen Antrag gewartet. Der NPD-Antrag trägt zwar in der Drucksachenummer die Feststellung „(neu)“, der Antrag selbst ist aber nicht neu, er ist NPD-typisch und die Rede des Herrn Müller hat das hier auch noch mal deutlich gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen werden sich erinnern: Am 16. Januar dieses Jahres hat der Innenausschuss gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei und dem Hauptpersonalrat der Polizei zum Thema „Evaluation der Polizeistrukturen 2010“ beraten. Dies war eine sehr spannende und intensive Diskussion, die auch die unterschiedlichen Bewertungen der demokratischen Fraktionen zu diesem Thema mehr als deutlich gemacht hat. Die NPD-Fraktion war fachmännisch vertreten, sodass dem Ziehen richtungsweisender Schlüsse eigentlich nichts mehr im Wege gestanden hätte. Aber auf den elf

Seiten Protokoll zu diesem zentralen Polizeithema finden sich keine Frage, keine Anmerkung,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

keine Kritik, kein Wort, nicht eine einzige Silbe der NPD-Fraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer war denn da fachmännisch? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

So viel zur Ernsthaftigkeit des vorliegenden Antrages, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Um unsere Polizei müsste einem in diesem Land angst und bange werden, wenn die Landesregierung, wenn das Innenministerium und die Polizei auf einen Startschuss in Form des vorliegenden Antrages der NPD hätten warten müssen. Daher noch zwei Anmerkungen:

Erstens. Der Koalitionsvertrag von SPD und CDU spricht in Ziffer 347 von der Evaluation der Landespolizei 2015. Der Ergebnisbericht des Innenministeriums zur Überprüfung der Polizeistrukturen, Innenausschussdrucksache 6/183, listet auf Seite 6 zahlreiche Themen einer weitgehenden Untersuchung auf. Diese Arbeitsschritte sind mit ganz konkreten Terminen versehen, Herr Müller, in der Regel Ende 2014. Warum also wie in der Antragstellung der NPD-Fraktion bis zum 31. Mai warten? Mein Geburtstag wird nicht Anlass gewesen sein für diese Terminstellung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Michael Andrejewski, NPD: Doch, natürlich. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Der Innenausschuss – das ist mein Vorschlag an die Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen – sollte sich deshalb in einer der ersten Sitzungen im neuen Jahr damit befassen, wie die ersten Arbeitsergebnisse aus dem Innenministerium aussehen

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

und welche weiteren Schritte gemeinsam beraten werden müssen. Wir brauchen also nicht bis zum Mai des nächsten Jahres zu warten.

Gesundheitsmanagement und Nachwuchsgewinnung sind selbstverständlich laufende Herausforderungen. Auch deshalb bedarf es keiner erneuten oder besonderen Aufforderung durch die NPD-Fraktion.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine zweite Anmerkung: Der Innenminister hat sich meiner Meinung nach zu Recht gegen einen weiteren Stellenabbau bei der Polizei ausgesprochen.

(Stefan Köster, NPD: Heute
gesprochen, morgen gebrochen.)

Für die Umsetzung dieser Position – das sage ich hier ganz deutlich – braucht der Innenminister Verbündete fraktions- und koalitionsübergreifend im demokratischen Lager.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Unterstützung der NPD-Fraktion bei diesem Vorhaben braucht er garantiert nicht.

Die Gewerkschaft der Polizei regt in diesem Zusammenhang die Bildung einer Arbeitsgruppe an aus Vertretern von Politik, Polizei und externen Sachverständigen. Ich möchte diese Idee noch einmal nachhaltig unterstützen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich darf hier am Rande nur auf die insgesamt positiven Erfahrungen mit unserem sogenannten Brandschutzgipfel verweisen, wo wir auch aus gutem Grund auf die Herren der NPD-Fraktion verzichtet haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine abschließende Bemerkung: Unsere Landespolizei wäre im Interesse der Bürgerinnen und Bürger noch intensiver beispielsweise im grenznahen Raum

(Michael Andrejewski, NPD:
Da ist doch alles in Ordnung offiziell.)

gegen Grenzkriminalität oder organisierte Kriminalität im Einsatz, wenn sie sich zum Beispiel nicht permanent um das Thinghaus in Grevesmühlen kümmern müsste.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE,
Vincent Kokert, CDU, und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen Sie also das Ding zu! Die Polizei wird es Ihnen danken.

Ansonsten habe ich weitere Termine und Arbeitsschritte angekündigt. Der vorliegende Antrag kann mit ruhigem Gewissen abgelehnt werden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch mal der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zurück zu den Fakten: Die Politik der Landesregierung beruht seit Jahren auf einem Spardiktat und einer Reformwillkür zulasten der Bürger unseres Landes. Die innere Sicherheit darf aber nie abhängig sein von der Frage, was kostet es, sondern was ist nötig. Was ist nötig, um die innere Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten? Was ist notwendig, um den immer weiter steigenden Aufgabenfeldern bei der Polizei Rechnung tragen zu können?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche denn?)

Wohnungseinbrüche, Fahrzeug- und Baumaschinenklau, Fahrrad- und Ladendiebstähle oder Manipulation von Geldautomaten – seit Ende 2007 die Grenzkontrollen zu

Polen und Tschechien entfielen, ist Deutschland quasi zu einem riesigen Supermarkt für Kriminelle geworden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh Gott, oh Gott, oh Gott! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gut organisierte Banden aus Osteuropa stehlen, was das Zeug hält,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

oftmals auf Bestellung. Nur ein kleiner Bruchteil der Straftäter gerät in die Fänge der Polizei, die während eines Dienstes nicht einmal mehr alle Ortschaften in Grenznähe bestreifen kann, da der Bund den Sprit rationiert hat. Von einem Sicherheitsgefühl kann schon längst keine Rede mehr sein. Macht- und Hilflosigkeit machen sich breit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da herrscht ja richtig Anarchie
im Grenzgebiet, mein lieber Mann!)

Meine Damen und Herren, Sie verschließen die Augen vor der Realität, die Sie schon längst eingeholt hat. Die Ergebnisse in Hamburg sollten doch Mahnung genug sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was ist da denn los? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ganz klar wurde aufgezeigt, welches Desaster die Politiker zu verantworten haben,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wenn sie einerseits die Überfremdung ganzer Stadtteile zulassen beziehungsweise noch fördern

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, das
geht jetzt wieder los! Ja, jetzt haben
wir es wieder. Der nächste Rassist!)

und im Gegenzug die Sicherheitsbehörden, Herr Nieszery, ausdünnen:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, genau. Der
nächste. Ich habe mich schon gefragt, wann Sie
endlich die Kurve kriegen. Aber das ist immer so.)

Ausländerhorden, die ihre Konflikte aus ihrer Heimat in die Städte und Gemeinden Deutschlands tragen, Kurden und Salafisten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kurden
und Salafisten auch noch, oh!)

die mit Macheten, Totschlägern und anderen Hieb- und Stichwaffen aufeinander losgehen.

Der Vorsitzende der Hamburger Polizeigewerkschaft, Joachim Lenders, sprach in diesem Zusammenhang bei „Hamburg 1 Aktuell“ bemerkenswerten Klartext, Zitat: „Große Gewaltbereitschaft, sich gegenseitig ... geradezu abzuschlachten ... –“

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist
die multikulturelle Bereicherung. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

„ein Bürgerkrieg, der offensichtlich stellvertretend hier nach Deutschland, hier nach Sankt Georg verlegt worden ist, und mittendrin dann die Polizei. ...“

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Stefan Köster, NPD)

„Wir versuchen nur, und das ist unsere Aufgabe, diese Gruppierungen voneinander zu trennen, bevor da Tote liegenbleiben.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, Müller,
hören Sie auf mit dem Quatsch jetzt!)

„Und dass es zu Toten hätte kommen können, das war offensichtlich, wenn wir nicht entsprechend entschieden“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch absurd.)

„und konsequent dagegen vorgegangen wären.“ Zitat-
ende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
In Hamburg, ne?)

Zur Bekämpfung dieser bürgerkriegsähnlichen Konflikte mussten zur Unterstützung der personell schwachen Hamburger Polizei

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Haben Sie Vergleichsbeispiele
in unserem Land, Herr Müller?)

im Übrigen auch Einsatzkräfte aus Mecklenburg-Vor-
pommern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Haben Sie Vergleichsbeispiele in
unserem Land? Erzählen Sie das mal!)

Herr Nieszery, ausdrücken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Im Namen meiner Fraktion fordere ich Sie auf, den Ver-
schleiß der Landespolizei endlich zu stoppen. Wir wollen
keine Hamburger Verhältnisse auf den Straßen unserer
Heimat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir
auch nicht. Haben wir auch nicht.)

Wir wollen eine Polizei, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was erzählen
Sie den Leuten hier für einen Blödsinn?!)

die personell wie materiell den Herausforderungen ge-
wachsen ist und nicht weiter auf dem Zahnfleisch krie-
chen muss. Wir wollen die innere Sicherheit unseres
Landes schützen und stärken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ausgerechnet Sie!)

Bekennen Sie sich zur Polizei und zeigen Sie endlich
Flagge! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach,
Herr Müller, dazu brauchen wir Ihre
Aufforderung ganz sicher nicht.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ums Wort gebeten hat
noch mal der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion
der NPD.

(Udo Pastörs, NPD: Du hast zwei Minuten.)

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen
und Herren!

Herr Ritter hat in seinem Gewäsch hier auch noch mal
ein paar Sachen ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Petereit!

David Petereit, NPD: ... abgelassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Herr Petereit, was war das?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Petereit, Sie kennen
das Prozedere. Halten Sie an sich!

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Halten Sie an sich! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

David Petereit, NPD: Zwischen dem, was er da abgelas-
sen hat, hat er dann noch Vorwürfe erhoben in Richtung
dessen, dass da Polizisten im Rahmen des Thinghauses
ständig beschäftigt worden sind. Dass Ihnen das gefällt,
Herr Ritter, das ist mir völlig klar, denn das, was da ab-
geht, das erinnert so ein bisschen an den Lieblingsstaat
Ihrer SED-Nachfolgepartei.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja. –
Stefan Köster, NPD: Ja, in
diesem Unrechtsstaat.)

Es ist nämlich dort zum Beispiel beim letzten Mal so
gewesen, dass alle potenziellen Teilnehmer nach weit-
räumigen Straßensperren Platzverweise für ganz Meck-
lenburg-Vorpommern bekommen haben –

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

also bisher auch wirklich nur vorstellbar in der DDR
wahrscheinlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer hat die
denn ausgesprochen? Die Polizei, die ...)

Die Polizei, natürlich.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und wenn der Einsatzleiter beim,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Heinz Müller, SPD,
Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

wenn der Einsatzleiter dann sagt, es sei ihm völlig egal, was sie machen, sie könnten ja, und sagt dann zu demjenigen, dem er das Verbot ausspricht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was will uns der „Weisse Wolf“ damit sagen?)

er könne ja klagen, solange er das bezahlen könne,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es ist ihm scheißegal, was irgendwelche Gerichte sagen würden, ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Petereit!

(allgemeine Unruhe)

David Petereit, NPD: Das ist ein Zitat eines leitenden Beamten. Bleiben Sie mal ruhig da hinten!

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das müssen Sie dann dazusagen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

David Petereit, NPD: ... dann ist das kein Rechtsstaat, das ist Rechtsbeugung, von wem auch immer angewiesen. Das wird natürlich alles Klagen nach sich ziehen. Aber was Sie behaupten, Herr Ritter, dass das irgendwas mit Rechtsstaatlichkeit zu tun hat, das stimmt bei Weitem nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Machen Sie die Bude zu, dann haben wir Ruhe!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe...

(Stefan Köster, NPD: Ich bitte noch mal ums Wort. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Möchten Sie auch noch was sagen?)

Stefan Köster, NPD: So, Herr Ritter! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zeit läuft.)

Wenn Polizeibeamte sagen, ich erteile Ihnen einen Platzverweis für ganz Mecklenburg-Vorpommern,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und?)

und die Polizeibeamten gefragt werden von den entsprechenden Personen, die diesen Platzverweis erhalten haben, warum machen Sie das, und die Polizeibeamten antworten, ich weiß es auch nicht, ich verstehe es nicht, das kommt von oben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kurz vor der Schnappatmung steht er schon wieder.)

dann wissen wir, dass wir hier in der Bundesrepublik Deutschland in einer Gesinnungsdiktatur leben. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, mir kommen die Tränen!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich schließe die Aussprache, meine Herren der NPD-Fraktion!

(Udo Pastörs, NPD: Na und?!
Deswegen dürfen wir doch weiterreden.)

Sie haben Ihre Redezeit ausgereizt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3346(neu). Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3346(neu) abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Stimmenthaltungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 12. November 2014, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen und ich wünsche allen einen guten Nachhauseweg.

Schluss: 12.57 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier, Patrick Dahlemann, Tilo Gundlack, Heino Schütt, Erwin SELLERING und Susann Wippermann.